

## DER REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

**A-Post Plus**  
Bundesamt für Justiz  
Bundesrain 20  
3003 Bern

7. September 2022

### **17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Revision des Zivilgesetzbuchs im Bereich des Namensrechts Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die vorliegende Revision erweitert die im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Möglichkeiten der Namensführung während der Ehe um einen amtlichen Doppelnamen, welche keine Auswirkungen auf allfällige Kinder zeitigen soll.

Generell ist anzumerken, dass aus Sicht des Regierungsrats keine Gründe bestehen, weshalb die Freiheiten zur Bestimmung des eigenen Namens überhaupt eine Einschränkung erfahren sollen – Rechtsmissbrauch ausgenommen.

Dank der Registerharmonisierung – mit dem Schweizer Personenstandsregister als Referenz und der zugeordneten eindeutigen AHV-Nummer – bestehen in der Praxis keine Schwierigkeiten, die erfassten Personen (unter anderem alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger sowie ausländische Personen, die ein Zivilstandsereignis in der Schweiz oder mit Bezug zur Schweiz hatten) auch nach einer Namensänderung zu identifizieren. Dies ist unter anderem auch bei einer Eheschliessung mit Änderung der Namensführung oder einer amtlichen Namensänderung bereits der Fall. Sowohl betriebsrechtlich als auch strafrechtlich wird durch entsprechende Mitteilungen der Missbrauch eingedämmt.

Mit dem neuen Namensrecht von 2013 sieht die Grundregel vor, dass jede Person ihren Familiennamen behält, wodurch die Familienzusammengehörigkeit nicht mehr erkennbar ist. Durch die Einschränkung auf die Wahl einzig eines Ledignamens der Ehegatten beziehungsweise der Eltern in Bezug auf die Namensbestimmung der gemeinsamen Kinder ergeben sich Konstellationen, wonach die Kinder einen anderen Familiennamen als ihre Eltern führen, wenn beispielsweise die Mutter den Familiennamen des Ex-Ehemannes weiterführt und die Kinder ihren Ledignamen erhalten.

Das Schweizer Namensrecht führt zudem aufgrund der nur ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern zustehenden Optionsmöglichkeiten zur Benachteiligung von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern. So regelt Art. 37 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (IPRG): *"Eine Person kann jedoch verlangen, dass ihr Name dem Heimatrecht untersteht."* Demgemäss stehen ausländischen Personen bei der Namensbestimmung zu den wenigen Möglichkeiten des Schweizer Rechts auch die Möglichkeiten ihres Heimatstaats zur Verfügung.

Von den im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage präsentierten Varianten zur teilweisen Rückgängigmachung der erfolgten Einschränkungen mit dem neuen Namensrecht ist die als "grosse Lösung" bezeichnete Variante zu präferieren. Diese sieht die Möglichkeit vor, dass beide Eheleute einen amtlichen Doppelnamen führen können, unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Familienname gebildet wird. Die Variante ist weiter dahingehend zu öffnen, dass auch die freie Kombinierbarkeit der Namen möglich ist. Die Aussage zur verworfenen Möglichkeit der freien Kombinierbarkeit des Doppelnamens der Verlobten im Erläuternden Bericht (Seite 17), wonach "*[diese] zu unübersichtlichen Ergebnissen, die dem System des bisherigen namensrechtlichen Konzepts bei Eheschliessung widersprechen, [führt]*" ist angesichts der vom Gesetzgeber mit der Namensrechtsrevision geschaffenen Normlösung wie oben gezeigt nicht nachvollziehbar.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau ist aus den vorstehend erwähnten Ausführungen der Überzeugung, dass grundsätzlich eine gänzliche Öffnung des Schweizer Namensrechts angezeigt ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler  
Landammann

Joana Filippi  
Staatsschreiberin

Kopie

- eazw@bj.admin.ch



## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an  
eazw@bj.admin.ch

Appenzell, 5. Oktober 2022

### **Parlamentarische Initiative (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Vor-entwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie begrüsst die Möglichkeit für Eheleute, in Zukunft einen amtlichen Doppelnamen führen zu können. Die vorgeschlagenen Varianten werden aber abgelehnt. Die Interessen der Kinder werden zu wenig berücksichtigt. Ferner sind die Varianten nicht alltagstauglich und führen insbesondere bei der «grossen Lösung» zu Verwirrung und Unsicherheit, weil je nach Konstellation der Namenswahl Kinder anders als ihre Eltern heissen. Damit wird das Ziel, die familiäre Zusammengehörigkeit über den Namen zum Ausdruck zu bringen, nicht erreicht.

Die Vorlage ist konzeptionell zu überarbeiten. Dabei sollten folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Die aktuelle und in der Vorlage übernommene exklusive Anknüpfung an den Ledignamen ist aufzugeben.
- Bei einem gemeinsamen Familiennamen soll der bisher geführte Name oder der Ledignamen mit Bindestrich angefügt werden können.
- Bei der Bestimmung der Namensgebung bei Kindern ist zwingend die «Selbstbeschränkung» auf Ledignamen fallen zu lassen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Kinder den tatsächlich von einem ihrer Elternteile geführten Namen tragen und damit auch für Dritte erkennbar eine Familieneinheit gebildet wird.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

  
Markus Dörig

*Zur Kenntnis an:*

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

---

Kommission für Rechtsfragen

per E-Mail: eazw@bj.admin.ch  
[PDF- und Wordversion]

**Dr. iur. Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 23. September 2022

**Eidg. Vernehmlassung; Umsetzung der parlamentarischen Initiative 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 wurden die Kantonsregierungen von der Kommission für Rechtsfragen eingeladen, zum Vorentwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat in Umsetzung der Initiative 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser bis 8. Oktober 2022 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit Blick auf die Gleichstellung von Frau und Mann und auf die Ziele, die die Revision des seit 2013 geltenden Namenrechts verfolgte, befürwortet der Regierungsrat die «grosse Lösung». Sie sieht vor, dass beide Eheleute einen amtlichen Doppelnamen führen können, unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Familienname gebildet wird. Mit dieser Variante verfolgt die Gesetzesrevision das bisher nicht erreichte Ziel, die Stellung der Frau zu stärken, indem ihr Name an Bedeutung gewinnt. Die «kleine Lösung» bringt aus Sicht des Regierungsrates keinen nennenswerten Mehrwert, sondern entspricht weitestgehend der Regelung vor Inkrafttreten des geltenden Rechts.

Es ist zudem zu begrüßen, dass die Namen der Kinder von dieser Revision nicht betroffen sind. Die Doppelnamen bieten lediglich den Ehepaaren die Möglichkeit, einerseits den Namen für die Kontinuität zu behalten und andererseits mit dem Doppelnamen die Familie als Ganzes auszudrücken.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
info.regierungsrat@be.ch  
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen

Per E-Mail (in Word und PDF) an:  
eazw@bj.admin.ch

RRB Nr.: 963/2022  
Direktion: Sicherheitsdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

21. September 2022

**Vernehmlassung des Bundes: Parlamentarische Initiative 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»  
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

**1. Grundsätzliches**

Das Bundesparlament hat per 1. Januar 2013 das aktuell gültige Namensrecht mit dem Grundgedanken eingeführt, das Namensrecht zu vereinfachen: Jede Person soll das ganze Leben lang denselben Namen tragen. Bei Eheschliessungen haben die Paare nach schweizerischem Recht aktuell gleichwohl zwei Varianten zur Wahl: Entweder behalten die Verlobten ihre Namen oder sie wählen einen gemeinsamen Namen, der aus dem Ledignamen einer oder eines Verlobten besteht. Im Alltag des bernischen Zivilstandswesens bietet das aktuelle Namensrecht kaum Grund und Anlass für Anpassungen.

Die heutige gesetzliche Lösung dürfte aus einer allgemeinen Sichtweise für viele Paare dennoch nicht zufriedenstellend sein. Der Familienname hat in der Gesellschaft grosse emotionale, symbolische, aber auch praktische Bedeutung. Er ist im hohen Masse identitätsstiftend und persönlichkeitsrelevant. Der Doppelname dürfte für viele Paare die mitunter schwierige Namenswahl vereinfachen.

Der Regierungsrat begrüsst darum das Bestreben der Parlamentarische Initiative 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat» nach einem liberaleren Namensrecht, das den verschiedenen Bedürfnissen der Bevölkerung gerechter wird. Er erblickt mithin keinen wichtigen sachlichen Grund, Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern bei der Wahl des Familiennamens nicht die grösstmögliche Freiheit zu belassen. In Kauf zu nehmen ist dabei, dass das Namensrecht mit einer zunehmenden Anzahl von Varianten komplizierter würde und womöglich einzelne Bürgerinnen und Bürger nochmals andere Varianten bevorzugt hätten. Der

Regierungsrat unterstützt das Vorhaben insgesamt und spricht sich bei der Variantenwahl für die «grosse Lösung» aus.

## **2. Anträge**

### **2.1 Antrag 1**

Der Regierungsrat präferiert bei der Variantenwahl die «grosse Lösung». In allen Lösungsvorschlägen ist konsequenterweise zu berücksichtigen, dass nicht nur der bisherige Name, resp. ein bisherig geführter Name, sondern auch der Ledigname vorangestellt (Kleine Lösung) oder mit Bindestrich angefügt (Grosse Lösung) werden kann. Zudem sollte es möglich bleiben, allein auf Gewohnheitsrecht einen (nicht amtlichen) Allianznamen zu bilden und im Ausweisdokument vermerken zu lassen (Variante 3 auf S. 18 f. des erläuternden Berichts).

### **2.2 Begründung**

Es ist kein wichtiger sachlicher Grund erkennbar, Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern bei der Wahl des Familiennamens nicht die grösstmögliche Freiheit zu belassen.

### **2.3 Antrag 2**

Der erläuternde Bericht führt aus, dass der Name der Kinder nicht angepasst werden soll. Dennoch ist in einer allfälligen Gesetzesrevision zwingend zu berücksichtigen, auch Art. 270 Abs. 1 ZGB anzupassen: Wenn Eltern miteinander verheiratet sind und sie verschiedene Namen tragen, so erhält das Kind aktuell denjenigen ihrer Ledignamen, den sie bei der Eheschliessung zum Namen ihrer gemeinsamen Kinder bestimmt haben. Diesem Absatz ist die Möglichkeit von Ledignamen auf Familiennamen anzufügen. Sinngemäss ist auch Art. 270a ZGB anzupassen, damit das Kind nicht nur den Ledignamen sondern auch den Familiennamen des Elternteils tragen kann. Es ist sehr stossend, dass Kinder unter Umständen einen (Ledig-)Namen tragen müssen, den kein Elternteil führt.

### **2.4 Begründung**

Die Gesetzesbestimmungen, die den Kindern nur das Tragen des Ledignamens eines Elternteils ermöglichen, werden von der Kundschaft der Zivilstandsämter häufig als Einschränkung empfunden.

### **2.5 Eventualantrag**

Sollte der Gesetzgeber die «kleine Lösung» weiterverfolgen, wäre die übergangsrechtliche Regelung auszudehnen und konkret in Art. 8a<sup>bis</sup> SchIT ZGB sowie Art. 37b PartG keine zeitliche Einschränkung vorzusehen.

## 2.6 Begründung

Es sollte sämtlichen Ehepaaren sowie Partnerinnen und Partner ermöglicht werden, einen Doppelnamen zu führen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Christine Häslar  
Regierungspräsidentin



Christoph Auer  
Staatsschreiber

Verteiler

- Sicherheitsdirektion
- Staatskanzlei

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kommission für Rechtsfragen  
des Nationalrats  
Bern

[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Liestal, 27. September 2022

**Vernehmlassung**

**zur Parlamentarischen Initiative 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»  
(Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs ZGB); Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir stimmen der vorgeschlagenen Ermöglichung von Doppelnamen zu. So können Eheleute ihre Zusammengehörigkeit mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, ohne dass eine oder einer der beiden auf den vor der Ehe geführten Namen verzichten muss. Bei der Umsetzung sprechen wir uns für die "kleine Lösung" aus. Danach darf jene Person, deren Ledigname nicht zum gemeinsamen Familiennamen wird, ihren vor der Ehe geführten Namen dem Familiennamen voranstellen. Diese Regelung entspricht weitgehend der früheren Doppelnamen-Regelung und ist unseres Erachtens klar und verständlich. Allerdings bedauern wir, dass bei der Wiedereinführung von Doppelnamen nicht auch die Frage der Namensführung von Kindern miteinbezogen werden soll.

Freundliche Grüsse

  
Kathrin Schweizer  
Regierungspräsidentin

  
Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

eazw@bj.admin.ch

Basel, 13. September 2022

**Regierungsratsbeschluss vom 13. September 2022  
Vernehmlassung zur Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zur Ermöglichung  
von Doppelnamen bei der Heirat: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Bemerkungen zukommen.

## 1. Grundsätzliche Einschätzung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt begrüsst die aufgrund der Parlamentarischen Initiative Stamm ausgelöste Revision des geltenden Namensrechts, mit welcher es künftig erneut ermöglicht werden soll, nach erfolgter Eheschliessung einen Doppelnamen zu tragen.

Das schweizerische Namensrecht ist komplex und daher für viele Bürgerinnen und Bürger nur schwer nachvollziehbar. Die in jeweils kurzen Abständen eingeführten Revisionen (1988, 2013 und die nun aktuelle) haben zusätzlich zum Unverständnis beigetragen. Aus diesem Grunde sollte die laufende Revision aus Sicht des Regierungsrats unbedingt dafür genutzt werden, um ein möglichst verständliches und nachhaltiges Namensrecht einzuführen.

## 2. Kleine oder grosse Lösung

Von den vorgeschlagenen Umsetzungsvarianten bevorzugt der Regierungsrat die «grosse Lösung». Die «kleine Lösung» bedeutet eine Rückkehr zu jener Regelung, die vor dem aktuell geltenden Recht gegolten hat. Dieser entsprechend soll die oder der Verlobte, deren oder dessen Ledigname nicht zum Familiennamen wird, den eigenen bisherigen dem Familiennamen voranstellen können. Ein Doppelname wird jedoch nur bei Wahl eines Familiennamens und nur für jene Personen möglich, deren Ledigname nicht zum Familiennamen erklärt wird. Dahingegen sieht die «grosse Lösung» die Einführung eines amtlichen Doppelnamens vor, wobei beide Ehepartner die Möglichkeit haben, einen Doppelnamen zu führen. Aus Sicht des Regierungsrats wird mit dieser Lösung dem Wunsch der Bevölkerung bzw. des Initianten besser Rechnung getragen.

### 3. Allianzname

#### 3.1 Allianzname als amtlicher Name

Prüfungswert scheint dem Regierungsrat die später in die Diskussion eingebrachte Lösung, den Allianznamen als amtlichen Namen zu ermöglichen. Er regt sogar an, ausschliesslich den Allianznamen als amtlichen Namen zuzulassen.

Wie einleitend erwähnt, ist schon das geltende Namensrecht für die Bevölkerung schwer verständlich und oft nicht nachvollziehbar. Die Einführung einer «grossen Lösung *plus*», wonach sowohl Doppelname als auch Allianzname als amtliche Namen zugelassen sind, würde die Verwirrung zusätzlich verstärken. Mit der alleinigen Zulassung des Allianznamens als amtlicher Name würde zwar der klassische «Doppelname» – also eigener bisheriger Name und nachgestellter bisheriger Name der Ehegattin oder des Ehegatten bzw. Familienname und nachgestellter bisheriger Namen der Ehegattin oder des Ehegatten – verunmöglicht, jedoch bisheriger Name und durch Bindestrich angefügter bisheriger Name der Ehepartnerin oder des Ehepartners ermöglicht. Mit der Einführung des bisher nicht geregelten, aber im Alltag oder in den Reiseausweisen sehr oft geführten Allianznamens *als einziger* amtlicher Name würde sich die Bevölkerung an nichts grundsätzlich Neues gewöhnen müssen. Auch wäre damit die im Rahmen dieser Revision betreffend das Ausweisgesetz geführte Diskussion obsolet (vgl. dazu Ziff. 4.7 des erläuternden Berichtes der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates).

#### 3.2 Zukunft des Allianznamens (Ausführungen zu Ziff. 4.7 des erläuternden Berichtes)

Die «grosse Lösung» sieht vor, den Allianznamen nur in den Reiseausweisen führen zu dürfen und nicht auch in den amtlichen Registern. Dies ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Diese Regelung entspricht der aktuell geltenden und stösst bei der Bevölkerung regelmässig auf Unverständnis. Der Regierungsrat würde es begrüessen, den Allianznamen im Rahmen der aktuellen Revision klar und nachvollziehbar gesetzlich zu regeln.

Bei der im Zusammenhang mit der aktuellen Revision vorgesehenen gesetzlichen Regelung des Allianznamens ist der Variante 1 den Vorzug zu geben. Sofern eine Person einen Allianznamen tragen möchte, soll sie diesen auch als amtlichen Namen führen können. Sowohl die vorgeschlagene Übergangslösung gemäss Variante 2, wonach neue Ausweise nur noch den amtlichen Namen enthalten würden, bestehende Einträge von Allianznamen aber in künftige Ausweise übernommen werden können, als auch die Beibehaltung der bisherigen Praxis (der Allianzname ist nach wie vor nicht gesetzlich geregelt, kann aber im Rahmen des Gebrauchsrechts im nichtamtlichen Verkehr verwendet werden), kommen für den Regierungsrat nicht in Frage.

### 4. Keine Doppelnamen für Kinder

Mit der vorgesehenen Revision wird der Namensgebung der Kinder – selbst bei Einführung der «grossen Lösung» – nur schlecht Rechnung getragen. Elternteile, die nicht denselben Nachnamen tragen wie ihre Kinder, haben bei Reisen im internationalen Umfeld regelmässig Schwierigkeiten und müssen beweisen, dass keine Kindsentführung vorliegt bzw. sie zur Mitnahme der Kinder berechtigt sind. Für den Regierungsrat ist denn auch nur schwer nachvollziehbar, dass am Grundsatz der Unveränderlichkeit des Namens festgehalten werden soll. Ein Umschwenken zu einer anderen Lösung – etwa zur spanischen oder gar portugiesischen – wäre ein Paradigmenwechsel und könnte der Problematik entgegenwirken, indem die Namen der Kinder (zumindest teilweise) mit den Namen *beider* Eltern übereinstimmen würden. Dem spanischen Ansatz folgend würde bei Vergabe eines Doppelnamens an die Kinder deren Doppelname bei eigener Heirat entsprechend abgeändert, indem der erste Name bestehen bliebe, der zweite Name jedoch durch den ersten Namen der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners ersetzt würde.

Angesichts der häufigen Revisionen dieser Materie sollte auch bei der Namensführung der Kinder im Rahmen der aktuellen Revision die Gelegenheit ergriffen werden, eine für alle sinnvolle und vor allem alltagstaugliche Lösung unter Berücksichtigung des Kindeswohls zu finden.

## 5. Zusammenfassung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zieht die «grosse Lösung» vor. Er regt jedoch an, anstelle des Doppelnamens nur den Allianznamen als einzigen amtlichen Namen zu berücksichtigen. Das Problem, wonach die Kinder bei Doppelnamen der Eltern trotzdem nur den Namen eines Elternteils tragen, wird mit der vorgesehenen Gesetzesrevision nicht gelöst. Angesichts dessen, dass das Namensrecht erst 1988 und erneut 2013 geändert wurde, sollte die aktuelle Revision in allen Bereichen Klarheit schaffen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne das Bevölkerungsamt Basel-Stadt, Herr Fritz Schütz, [fritz.schuetz@jsd.bs.ch](mailto:fritz.schuetz@jsd.bs.ch), Tel. 061 267 71 00, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans  
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

## **PAR COURRIEL**

Conseil national  
Commission des affaires juridiques  
Monsieur Vincent Maitre  
Vice-président  
3003 Berne

Courriel : [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

*Fribourg, le 20 septembre 2022*

2022-987

### **17.523 n lv. Pa. (Stamm) Walliser - Autoriser le double nom en cas de mariage - procédure de consultation**

Monsieur le Vice-président,

Par courrier du 17 juin 2022, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre et nous vous en remercions. Nous nous déterminons comme suit.

#### **1. En général**

Nous saluons la réintroduction d'un double nom officiel lors du mariage et sommes favorables à une modification du Code civil suisse concernant le nom de famille après mariage.

La réintroduction d'un double nom officiel lors du mariage constitue un moyen approprié pour répondre aux besoins d'une société moderne et égalitaire. En effet, comme mentionné dans le rapport (p. 9), le nom sert à souligner les doubles appartenances familiales : avec le conjoint ou la conjointe - horizontale et avec sa famille d'origine - verticale. Le nom est aussi, et c'est important, un support de la représentation de soi et de l'identification psychologique. Ces fonctions du nom pourraient être considérablement renforcées par la réintroduction d'un double nom matrimonial. Cela permettrait de mieux répondre au souhait des époux de mettre en évidence le lien qui les unit à leurs enfants au moyen du nom. Il serait ainsi possible à autrui de percevoir d'emblée ce lien parents-enfants.

#### **2. Les solutions proposées**

Les deux solutions proposées sont présentées comme garantissant toutes deux la continuité du nom en tant que droit à la personnalité et comme étant compatibles avec le principe d'immutabilité du nom de naissance. La déclaration écrite faite devant un office d'état civil de vouloir porter un double nom n'implique pas nécessairement le consentement de l'autre fiancé-e. Les époux restent libres, comme dans le droit actuel, de porter un nom d'alliance en dehors des relations officielles.

**Nous vous informons que nous privilégions la « grande solution »,** solution qui favorise une égalité de fait entre femmes et hommes dans ce domaine.

Celle-ci offre, par une instauration de règle plus étendue que dans les dispositions antérieures, des droits plus égalitaires. Elle donne, en effet, la possibilité aux deux époux de former un double nom. Cela indépendamment du fait qu'ils choisissent ou non un nom de famille commun ou conservent le nom que les 2 personnes portaient jusqu'alors. La possibilité de faire suivre le nom que le conjoint ou la conjointe portait jusqu'alors attribue un caractère officiel au nom d'alliance.

Dans cette proposition le nom de famille (commun) est placé en premier. Toutefois, les fiancé-e-s qui accordent une importance particulière au maintien de leur identité personnelle, sans vouloir renoncer à instaurer un lien entre eux et avec leurs enfants communs, peuvent conserver leur nom et y ajouter celui de l'autre.

Cependant, il faut être conscient que cette « grande solution » risque aussi de susciter des difficultés de compréhension lors de sa mise en œuvre. En effet, déjà actuellement, malgré les explications des officiers de l'état civil, il est constaté que les fiancés ne comprennent pas toujours, lors de leur venue à l'office dans le cadre de la préparation au mariage, les possibilités qui s'offrent à eux en relation avec le nom porté à la suite de leur union. Avec la « grande solution » qui offrira encore un plus large éventail de possibilités et la complexification du système qui en découle, les fiancé-e-s risquent d'avoir, pour certain-e-s, des difficultés de compréhension encore plus importantes, ce qui irait à l'encontre du but recherché par la présente initiative parlementaire.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le Vice-président, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

Olivier Curty, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

*L'original de ce document est établi en version électronique*

**Copie**

—

à la Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, pour elle et le Service des affaires institutionnelles, des naturalisations et de l'état civil ;

à la Direction de la santé et des affaires sociales, pour elle et le Bureau de l'égalité hommes-femmes ;

à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 28 septembre 2022

## Le Conseil d'Etat

4052-2022

Conseil national  
Commission des affaires juridiques  
Monsieur Vincent Maître  
Vice-président  
3003 Berne

**Concerne : Consultation relative à l'initiative parlementaire visant à autoriser le double nom en cas de mariage 17.523 n lv. Pa. (Stamm) Walliser**

Monsieur le Vice-président,

Notre Conseil a pris connaissance avec intérêt de la consultation susmentionnée.

Après un examen attentif des deux solutions proposées, à savoir la "petite solution" et la "grande solution", nous rejetons la "petite solution", celle-ci permettant uniquement à l'un des deux fiancés de porter un double nom. Nous nous prononçons ainsi clairement en faveur de la "grande solution", celle-ci paraissant plus équitable.

Il nous apparaît toutefois indispensable que le grand nombre de possibilités, de noms ou de combinaison de noms, offert par la "grande solution" soit réduit. En effet, toutes ces possibilités seront difficiles à expliquer par les officiers de l'état civil dans le cadre de la procédure préparatoire de mariage, tout comme elles seront difficiles à appréhender par les usagers.

A noter, à titre d'exemple, que s'il devait être prévu que le double nom ne puisse pas être relié par un trait d'union, une possibilité de moins serait offerte aux fiancés, ce qui permettra également de différencier ce double nom du nom d'alliance se trouvant actuellement sur les documents d'identité.

L'annexe jointe au présent courrier détaille les éléments plus techniques sous-tendant notre prise de position.

Vous remerciant d'avoir consulté notre Conseil, nous vous prions de croire, Monsieur le Vice-Président, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Mauro Poggia

Annexe mentionnée

Copie à (format Word et PDF) : [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

**Annexe à la consultation du Conseil national suite à la mise en œuvre de l'initiative parlementaire 17.523 n Iv. Pa. (Stamm)  
*Walliser. Autoriser le double nom en cas de mariage***

Petite solution:

Nous rejetons la "petite solution".

Il y a cependant lieu de mentionner les points suivants:

Concernant la possibilité de faire une déclaration, avant le mariage (article 30a ou 119 CC ou 30a LPart), de reprise du nom de célibataire, il est indiqué au chiffre 4.2, qu'aucun coût supplémentaire ne sera perçu lorsqu'elle est effectuée dans le cadre de la procédure préparatoire de mariage. Ceci va à l'encontre du commentaire de la révision de l'Ordonnance sur l'état civil (OEC) et des modifications y relatives de l'ordonnance sur les émoluments en matière d'état civil (OEEC) (Nom et droit de cité) (état au 10 mai 2012) prévoyant qu'une telle déclaration est sujette à émolument, car il ne s'agit, en principe, pas d'une déclaration concernant le nom en relation avec le mariage. A notre sens, il n'y a pas lieu de modifier cette règle. Par conséquent, nous recommandons de maintenir ce qui est appliqué aujourd'hui, à savoir que la déclaration de reprise du nom de célibataire faite durant une procédure préparatoire de mariage soit sujette à émolument.

Nous constatons que le principe d'égalité de traitement n'est pas respecté aux articles 8a<sup>bis</sup> du titre final, 2<sup>ème</sup> phrase nCC et 37b nLPart. En effet, il n'est pas équitable que l'époux/partenaire qui a conservé son nom, conformément aux articles 160, alinéa 1, CC et 12a alinéa 1, LPart et dont son nom n'est pas porté par les enfants communs ou n'a pas été choisi pour les futurs enfants des époux, ne puissent pas former un double nom ultérieurement et soit contraint de déposer une requête en changement de nom. Etant donné la possibilité pour le fiancé dont le nom de célibataire ne devient pas le nom de famille commun de faire suivre son nom de célibataire par celui de son fiancé (article 160, alinéa 2, nCC), il y a ainsi lieu de permettre à l'époux qui a gardé son nom au mariage et dont le nom n'est pas celui choisi pour les enfants (article 160, alinéa 3, CC) de le faire suivre par le nom de son conjoint par simple déclaration. Dans ce cas-là et contrairement à ce qui est indiqué à la page 21, il n'y a pas d'effet sur le nom des enfants communs qui restera celui choisi au moment du mariage. Il n'est dès lors pas justifié de ne pas permettre l'ajout du nom de célibataire de son époux par simple déclaration.

Grande solution:

Nous nous prononçons en faveur de la grande solution. En effet, cette solution paraît plus équitable. Nous recommandons, cependant, un allègement de cette solution en restreignant le nombre de possibilités qui s'offre aux fiancés. En effet, la grande solution offre, à notre avis, trop de possibilités. Celles-ci seront difficiles à expliquer par les officiers de l'état civil dans le cadre de la procédure préparatoire de mariage et également difficiles à appréhender par les usagers. En ce sens, nous recommandons notamment que le double nom ne puisse pas être joint par un trait d'union. En effet, ceci diminuera ainsi le nombre de possibilités et permettra également de le différencier d'avec le nom d'alliance se trouvant actuellement sur les documents d'identité.

Par ailleurs, pour des raisons de compréhension, nous suggérons que le texte des articles 160, alinéa 4, chiffre 1, nCC, et 37b, alinéa 2, nLPart soient modifiés de la manière suivante:

- Article 160, alinéa 4 chiffre 1, nCC: "si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci **peut être suivi** par le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé"
- Article 37b, alinéa 2, nLPart: "si les partenaires ont conservé leur nom, celui-ci **peut être suivi** par le nom porté jusqu'alors par l'autre partenaire"

Nous sommes favorables à ce que seul le nom officiel, respectivement le nom d'état civil, soit inscrit sur les documents d'identité (point 4.7, variante 1). En effet, il est primordial d'arriver, à terme, à une uniformisation entre le nom figurant sur les documents d'identité et celui officiel contenu au registre de l'état civil.

Nous souhaitons également attirer l'attention sur le fait que les explications contenues au point 4.3 sont peu claires et contredisent parfois le texte légal. En effet, le premier exemple mentionné à la page 14, concernant des fiancés qui conservent leur nom, la liaison entre les possibilités offertes doit non pas être "ou" mais "et". Il serait cependant plus clair de différencier les possibilités données à chaque fiancé en utilisant les termes: fiancé 1 et fiancé 2.

Regierungsrat  
Rathaus  
8750 Glarus

Kommission für Rechtsfragen  
des Nationalrates  
3003 Bern

Glarus, 30. August 2022  
Unsere Ref: 2022-140

### **Vernehmlassung i. S. 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Mit der Reform des Eherechts am 1. Januar 1988 konnte die Ehefrau zwischen folgenden Möglichkeiten wählen: Der Name des Ehemannes wird wie bis anhin der gemeinsame Familienname. Die Ehefrau konnte neu gegenüber dem Zivilstandsbeamten erklären, dass sie ihren bisherigen Familiennamen dem Namen des Ehemannes ohne Bindestrich voranstellen möchte (Doppelname). *Die gemeinsamen Kinder erhielten den gemeinsamen Familiennamen sowie das Bürgerrecht des Vaters.*

Als Folge einer erneuten im Jahr 2003 eingereichten parlamentarischen Initiative (03.428) wurde der Doppelname zur Gleichstellung von Mann und Frau wieder abgeschafft. Seit dem 1. Januar 2013 behält jeder Ehegatte seinen Familiennamen sowie sein Bürgerrecht. Die Verlobten können aber gegenüber dem Zivilstandsbeamten erklären, dass sie den Ledignamen des Partners als gemeinsamen Familiennamen tragen wollen. *Sind die Eltern miteinander verheiratet und tragen sie verschiedene Namen, so erhält das Kind denjenigen ihrer Ledignamen, den sie bei der Eheschliessung zum Namen ihrer gemeinsamen Kinder bestimmt haben. Das Bürgerrecht richtet sich nach dem bestimmten Namen.*

Es steht nun nur sieben Jahre nach der letzten Revision eine neue Diskussion ums Namensrecht an (17.523). Die eben abgeschafften Doppelnamen – ohne Bindestrich – für verheiratete Paare sollen wiedereingeführt werden.

Es wird vielfach festgestellt, dass Frauen, welche sich dazumal für einen Doppelnamen entschieden haben, im Alltag doch nur den ersten Namen benutzen. Auch heute führen 90 % der Männer ihren Namen weiter und es werden auch kaum mehr Frauennamen zum Familiennamen gewählt.

Männer werden vermutlich nach wie vor auf ihren Namen beharren und die Frau könnte zukünftig wieder auf den Doppelnamen ausweichen, wenn sie ihren Ledignamen sichtbar haben möchte. Der Gleichstellung wird so jedoch auch nicht geholfen. Bereits heute können

Paare im Alltag den Allianznamen – beide Nachnamen mit einem Bindestrich verbunden – verwenden und auch im Pass eintragen lassen.

Angesichts der grossen gesellschaftlichen Themen, die heute die Politik herausfordern, sind wir der Meinung, dass keine Zeit für die Diskussion von Dingen aufgewendet werden sollte, für die schon Lösungen bestehen, die den betroffenen Interessen angemessen gerecht werden. Neben den obigen Ausführungen wird von uns auch darum die Vorlage abgelehnt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

**Für den Regierungsrat**



Benjamin Mühleemann  
Landammann



Hansjörg Dürst  
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- eazw@bj.admin.ch



Sitzung vom

13. September 2022

Mitgeteilt den

14. September 2022

Protokoll Nr.

717/2022

Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an: [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

## **Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

### **Regierungsbeschluss**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir begrüssen es, dass mit der Vorlage dem gesellschaftspolitischen Bedürfnis nach einem liberaleren Namensrecht Rechnung getragen werden soll. Das Ergebnis vermag jedoch nicht zu überzeugen; dies weder mit der "kleinen" noch mit der "grossen" Lösung. Mit Letzterer wird zwar ein mutigerer Schritt in die unseres Erachtens richtige Richtung angestrebt. Umgekehrt ist diese Variante übermässig kompliziert. Zudem bleiben wichtige Bereiche unberührt. Vor allem die gemäss den Erläuterungen offensichtlich bewusst gefällte Entscheidung, das bisherige Namensrecht bei Kindern unverändert zu belassen, ist nicht nachvollziehbar. So ist es aktuell durchaus denkbar, dass ein Kind anders wie seine Eltern heisst. Zu einem solchen unbefriedigenden Ergebnis gelangt man aufgrund des gemäss Vorlage beizubehaltenden Grundsatzes, dass nur Ledignamen der Eltern an die Kinder weitergegeben werden bzw. als gemeinsamer Familienname geführt werden dürfen. Behelfsweise muss man in

solchen Fällen daher auf Namensänderungen im Sinne von Art. 30 Abs. 1 ZGB zurückgreifen.

Angesichts dieser Ausgangslage beantragen wir die Vorlagen vollständig zu überarbeiten und zu vereinfachen. Dabei seien insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen bzw. in die Überlegungen miteinzubeziehen:

- Die aktuelle und in der Vorlage übernommene exklusive Anknüpfung an den Ledignamen ist aufzugeben. Wie zwischen 1988 und 2012 soll ein von einem der Ehegatten vor der Trauung geführte Name unabhängig von dessen Qualifikation als Ledigname zum gemeinsamen Familiennamen bestimmt werden können. Nach einer Eheauflösung soll jederzeit die Rückkehr zum vor der Ehe getragenen Familiennamen oder zum Ledignamen möglich sein.
- Bei einem gemeinsamen Familiennamen soll der bisher geführte Name oder der Ledigname mit Bindestrich angefügt werden können. Hat sich sodann das Prinzip des Allianznamens in der Schweiz bewährt, sollte dieser auch zu einer amtlichen und somit in Infostar zu beurkundenden Namensführung deklariert werden können.
- Auch bei der Bestimmung der Namensgebung bei Kindern ist zwingend die "Selbstbeschränkung" auf Ledignamen fallen zu lassen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Kinder den tatsächlich von einem ihrer Elternteile geführten Namen tragen und damit auch für Dritte erkennbar eine Familieneinheit bilden.
- Wird die Ermöglichung von Doppelnamen bei Ehegatten angestrebt, ist absehbar, dass entsprechende Forderungen auch für die Namensführung von Kindern laut werden. Diese Option ist zu prüfen.
- Die Verpflichtung zur Namensbestimmung der gemeinsamen Kinder bereits im Rahmen des Ehevorbereitungsverfahrens drängt sich in der Praxis nicht auf. Die Eltern sollen sich diesbezüglich neu zum Zeitpunkt der Geburt festlegen dürfen.

Schliesslich würden wir es begrüessen, dass im Zuge der Parlamentarischen Initiative Walliser auch die Möglichkeit ergriffen wird, die Zuständigkeit für Namensänderungen auf die Übereinstimmung mit den aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen zu überprüfen. Art. 30 Abs. 1 ZGB benennt die Regierung des Wohnsitzkantons als Namensänderungsbehörde. Tatsächlich werden die entsprechenden Entscheidungen aber schon heute in den allermeisten Kantonen von den dortigen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst getroffen. Dies erscheint auch deshalb sachgerecht, da die Behandlung von Namensänderungsgesuchen fast zwangsläufig einen uneingeschränkten Zugriff auf Infostar erfordert. Nicht zuletzt bei notwendigen und teilweise sogar in den Materialien erwähnten Korrektur Namensänderungen nach abgelaufenen Namensklärungsfristen hat eine generelle Beurteilung der personenstandsrechtlichen Situation der Gesuchstellenden und gegebenenfalls von den Familienangehörigen stattzufinden. Insofern würde es naheliegen, in Art. 30 Abs. 1 ZGB neu die kantonalen Aufsichtsbehörden als Namensänderungsbehörde aufzuführen.

Abschliessend danken wir Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens und die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Caduff'.

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Spadin'.

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Commission des affaires juridiques  
Conseil national  
3003 Berne

*Une version Word et PDF par courriel à : eazw@bj.admin.ch*

Delémont, le 27 septembre 2022

## **Réponse à la consultation relative à l'autorisation du double nom en cas de mariage - 17.523 n. Iv. Pa (Stamm) Walliser**

Mesdames, Messieurs les membres de la commission,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à la procédure de consultation susmentionnée et il vous en remercie.

Il soutient la volonté de la Confédération d'élargir les possibilités prévues par le Code civil quant au port du nom durant le mariage en y ajoutant un double nom officiel.

Le Gouvernement partage le constat des commentaires à l'appui de l'avant-projet selon lequel la situation des femmes s'est finalement détériorée avec la dernière révision entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2013. Depuis cette date, il n'est en effet plus possible de former un double nom officiel, ce qui ne permet pas de mettre en évidence les liens matrimoniaux et de filiation avec le nom, sauf en renonçant pour l'un des époux à celui porté avant le mariage au profit d'un nom commun. Aujourd'hui, le « lien relatif au nom entre les deux époux et les enfants communs » peut être établi uniquement avec un nom de famille.

La révision proposée, et en particulier la « grande solution », permet au contraire de pallier ces inconvénients. De par sa modernité et sa flexibilité, cette solution donne clairement à la femme la possibilité d'une « identification psychologique personnelle et d'une représentation de soi », et met en exergue son rôle dans la famille, en ne devant pas renoncer systématiquement à son nom. La « grande solution » a ainsi pour avantage une égalité parfaite entre les deux époux. Un autre élément qui plaide en faveur de la révision réside dans le fait que les deux solutions proposées n'ont pas d'effet sur le nom des enfants, tout en permettant à autrui de percevoir le lien parents-enfants.

Le Gouvernement jurassien salue également le fait que l'avant-projet permette la codification de l'usage coutumier du nom d'alliance dans le cadre de la « grande solution », ce dernier pouvant être porté dans le futur comme nom officiel. Dans ce cas, il privilégie la proposition selon laquelle seul le nom officiel (qui peut être aussi celui d'alliance avec un trait d'union) puisse figurer sur les documents d'identité (option 1). Si une personne veut porter son nom d'alliance et le faire figurer sur ses

documents d'identité, elle devra choisir ce nom comme nom officiel. Le Gouvernement jurassien constate que c'est la variante la plus pragmatique puisque les personnes qui ont actuellement leur nom d'alliance sur leurs documents d'identité devront soit en faire leur nom officiel à l'occasion du renouvellement de ces documents soit renoncer à l'y faire figurer. Dans dix ans, seuls des noms officiels devraient ainsi encore figurer sur les documents d'identité. Il y aura ainsi une parfaite cohérence entre les documents d'état civil et les documents d'identité.

Le Gouvernement jurassien se déclare ainsi en faveur de la « grande solution » qui offre un véritable choix au couple en matière de nom.

Nous vous remercions de l'attention portée à la présente. Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Mesdames, Messieurs, à l'expression de sa parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
David Eray  
Président



  
Jean-Baptiste Maître  
Chancelier d'État

**Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 59 17  
justiz@lu.ch  
www.lu.ch

RK-N  
Sekretariat der Kommission für Rechts-  
fragen  
3003 Bern

per E-Mail  
[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Luzern, 20. September 2022

Protokoll-Nr.: 1103

**Vorentwurf für eine Änderung des Zivilgesetzbuches (Umsetzung der parlamentarischen Initiative [Stamm] Walliser 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. Juni 2022 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Vorentwurf für eine Änderung des Zivilgesetzbuches Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und erlauben uns die folgenden Bemerkungen:

**1. Allgemeines**

Wir begrüssen die Wiedereinführung des ehelichen Doppelnamens und unterstützen den Vorschlag der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates. Die Wiedereinführung eines amtlichen Doppelnamens bei der Eheschliessung stellt ein probates Mittel dar, um den Bedürfnissen zahlreicher Ehepaare entgegenzukommen. Diese erhalten so eine zusätzliche Wahlmöglichkeit, welche es ihnen erlaubt, sowohl die gleichberechtigte familiäre Einheit als auch die eigene Identität beim Namen abzubilden. Wir sind überzeugt, dass die Möglichkeit der Bildung eines Doppelnamens einem Bedürfnis entspricht, welchem das geltende Recht nicht gerecht wird.

**2. Zur Diskussion gestellte Varianten: «kleine Lösung» und «grosse Lösung»**

Die «kleine Lösung» entspricht weitgehend der Regelung vor dem Inkrafttreten des geltenden Rechts. Sie deckt jedoch das Bedürfnis, eine Namenseinheit zu bilden bzw. beiden Ehegatten das Gleiche zu ermöglichen nicht ab. Die «grosse Lösung» führt tatsächlich zur

grösstmöglichen Wahlfreiheit und ermöglicht beiden Ehegatten die Führung eines Doppelnamens. Sie bietet Hand für individuelle Lösungen. Die «grosse Lösung» führt zu einer Liberalisierung des Namensrechts und trägt insbesondere der Gleichstellung von Mann und Frau im Bereich des Namensrechts besser Rechnung als die «kleine Lösung». Wir bevorzugen deshalb die «grosse Lösung».

Freundliche Grüsse



Paul Winiker  
Regierungsrat



# LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

Conseil national  
Commission des affaires juridiques  
3003 Berne

## **Consultation concernant l'initiative parlementaire 17.523 : autoriser le double nom en cas de mariage**

Monsieur le vice-président,

Nous vous remercions de nous avoir associés à la consultation susmentionnée.

Le Conseil d'État est favorable à une modification de la loi visant à offrir aux époux la possibilité de porter un nom leur permettant de représenter de façon égalitaire l'unité familiale, tout en préservant leur propre identité. En effet, le nom est un enjeu symbolique important dans la relation de couple, en particulier lorsque le choix d'avoir un nom de famille commun implique la disparition du nom de l'un des conjoints.

Si le critère de l'égalité est important dans la recherche de la « bonne » solution, il nous semble indispensable de veiller également à ce que la solution choisie soit claire et pérenne afin que la population et l'administration puissent se l'approprier.

La « grande solution » a l'avantage d'établir une égalité parfaite entre les époux en proposant de nombreuses possibilités. Cette diversité risque toutefois d'engendrer des difficultés importantes au moment de déterminer la nature d'un nom (nom de célibataire, nom de l'ex-conjoint, nom du conjoint actuel).

La « petite solution » permettrait de rétablir une certaine égalité entre les époux dans la mesure où celui dont le nom de célibataire ne correspond pas au nom de famille aurait la possibilité de garder ce nom, tout en portant le nom de famille commun. Cette solution aurait également l'avantage de maintenir une certaine continuité du droit dans la mesure où elle correspond au système en vigueur jusqu'au 31 décembre 2012.

Dans le cadre de la « petite solution », le droit transitoire devrait permettre aux époux ayant conservé leur nom à l'occasion du mariage de demander à porter un double nom, en y ajoutant le nom de famille commun.

NE

La problématique du nom porté par les enfants pourrait facilement être évitée en ouvrant cette possibilité uniquement au parent qui ne porte pas le même nom que l'enfant.

Le sujet du nom des époux est souvent abordé auprès des autorités d'état civil mais celui du nom des enfants l'est plus encore. En effet, lorsque les époux choisissent un nom de famille commun, c'est dans le but de créer une identité familiale, dont les enfants sont souvent le centre. On peut donc regretter que le projet ne traite pas cet aspect en permettant également aux enfants de porter un nom composé. La « grande solution » permettrait au surplus aux deux parents d'avoir un double nom identique, mais pas à leurs enfants, ce qui n'est pas cohérent.

La solution parfaite n'existe vraisemblablement pas lorsqu'on traite un sujet si personnel que le nom. Cela étant, la « petite solution » semble répondre à la majorité des besoins constatés dans notre canton.

Veillez croire, Monsieur le vice-président, à l'assurance de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 26 septembre 2022

Au nom du Conseil d'État :

*Le vice-président,*  
A. RIBAUX

*La chancelière,*  
S. DESPLAND



A handwritten signature in black ink, appearing to be "A. Ribaux".

A handwritten signature in black ink, appearing to be "S. Despland".



CH-6371 Stans, Kreuzstrasse 1, Postfach 1242 JSD DS

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats  
RK-NR  
3003 Bern

Karin Kayser-Frutschi  
Regierungsrätin  
Telefon +41 41 618 45 83  
[karin.kayser@nw.ch](mailto:karin.kayser@nw.ch)  
Stans, 4. Oktober 2022

### **Parlamentarische Initiative 17.523: Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat. Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren Kommissionsmitglieder

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 eröffnete die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats (RK-NR) bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf in Sachen Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat. Der Kanton Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Im Zusammenhang mit der Führung von Doppelnamen ist rückblickend festzuhalten, dass bereits in der Zeit vom 1. Januar 1988 bis 31. Dezember 2012 die Möglichkeit zur Bildung eines amtlichen Doppelnamens bestand. Die Person, deren Ledigname nicht zum Familiennamen wurde, konnte seinen Ledignamen weiter dem gewählten Familiennamen voranstellen. Dadurch wurde — im Gegensatz zum gewohnheitsrechtlichen und nichtamtlichen Allianznamen — ein amtlicher Doppelname gebildet. Statistischen Angaben zufolge sollen 20 bis 25 % der Paare, die in der Schweiz geheiratet haben, eine oder einer der Brautleute (meistens die Frau) einen solchen Doppelnamen gebildet haben. Mit dem neuen Namensrecht ab 1. Januar 2013 wurde der besagte Doppelname abgeschafft.

An dessen Stelle kann nun das Brautpaar anlässlich der Eheschliessung ihre bisher geführten Namen weiterführen, oder sie wählen einen gemeinsamen Familiennamen, bestehend aus dem Ledignamen der Braut oder des Bräutigams. Im Fall der Geburt eines Kindes muss zwingend einer dieser Ledignamen der Eltern als Familienname bestimmt werden. Dies hat zur Folge, dass der Elternteil, dessen Name nicht zum Familiennamen bestimmt worden ist und der den bisher geführten Namen behalten hat, den namensrechtlichen Bezug zur Familie in der Öffentlichkeit nicht direkt ausweisen kann. Mit der vorliegenden parlamentarischen Initiative soll diesem Umstand mittels Wiedereinführung eines amtlichen Doppelnamens Rechnung getragen werden.

In der Vorlage werden folgende zwei Umsetzungsvarianten vorgeschlagen:

- sog. "Kleine Lösung": Entspricht weitgehend der Lösung, wie sie in der Zeit vom 1. Januar 1988 bis 31. Dezember 2012 bestanden hat.

- sog. "Grosse Lösung": Unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Familienname gebildet wird oder nicht, kann die Braut oder der Bräutigam individuell entscheiden, ob sie oder er einen ehelichen Doppelnamen mit oder ohne Bindestrich als amtlichen Namen führen will (weitere detaillierte Ausführungen hierzu nachfolgend). Die jeweilige Doppelnamensführung des Brautpaares hat dabei keinen Einfluss auf die Namensführung der Kinder, da weiterhin zwingend einer der Ledignamen der Kindseltern als Familienname zu bestimmen ist. Doppelnamen sind bei Kindern in dieser Vorlage nach wie vor nicht vorgesehen.

#### "Kleine Lösung"

Einer der Ledignamen der Brautleute wird als Familienname bestimmt. Diejenige Person, deren Ledigname nicht als Familienname bestimmt worden ist, kann ihren Ledignamen voranstellen. Mit der kleinen Lösung kann der eigene Name, welcher nicht als Familienname bestimmt worden ist, nach wie vor in Kombination mit dem Familiennamen weitergeführt werden. Die Braut oder der Bräutigam, welche/r den Familiennamen bestimmt, kann jedoch seine Verbundenheit zur Braut oder zum Bräutigam nicht mittels Doppelnamen amtlich zum Ausdruck bringen. Obwohl grundsätzlich das Anliegen der parlamentarischen Initiative mit der Wiedereinführung dieses Systems im Ansatz erfüllt wäre, ist auf diese Lösung zu verzichten, da wie erwähnt nur entweder die Braut oder der Bräutigam vom amtlichen Doppelnamen profitiert und dadurch eine Ungleichbehandlung besteht.

#### "Grosse Lösung"

Im Rahmen der jetzigen Revision sollte die Möglichkeit genutzt werden, um eine weitergehende Lösung einzuführen. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass beiden Ehegatten die Möglichkeit zur Führung eines amtlichen Doppelnamens offensteht, unabhängig davon, ob sie einen gemeinsamen Familiennamen bilden oder ihren bisherigen Namen behalten, um diesem den bisherigen Namen des anderen hinzuzufügen. Der Einfachheit halber sollte hier die Möglichkeit geschaffen werden, diesen Namen wahlweise mit oder ohne Bindestrich zu bilden. Hiernit könnte auch der bislang nicht als amtlicher Name anerkannte Allianzname gesetzlich geregelt werden. Mit dieser neuen «grossen Lösung» gewinnt das Namensrecht eine zusätzliche Option, ohne dass das bisherige namensrechtliche Konzept bei der Eheschliessung grundsätzlich in Frage gestellt würde: Entweder behält jeder seinen Namen oder es wird ein gemeinsamer Familienname begründet. In beiden Fällen können die Verlobten einen Doppelnamen bilden. Das heisst, den Verlobten stehen bei der Eheschliessung in Zukunft nicht nur zwei, sondern drei namensrechtliche Optionen offen. Ehegatten, die keinen gemeinsamen Familiennamen bestimmt haben, sollen aber die Möglichkeit erhalten, dies auf dem Zivilstandsamt gegen Gebühr nachzuholen.

Die politische Begründung, wonach sich die Vorlage auf die Ehegatten beschränken und auf die Namensführung der Kinder keine Auswirkungen haben soll, bedauern wir sehr. Mit der grossen Lösung und vor allem mit der Ermöglichung von Doppelnamen beider Ehegatten ist absehbar, dass zeitnah nach Inkrafttreten der Revision Begehrlichkeiten für weitergehende Wahlmöglichkeiten bei der Namensführung der Kinder geweckt werden; dies bis hin zu Doppelnamen. Durch die Koordination der Parlamentarischen Initiative mit einer Revision des Namensrechts für Kinder liesse sich eine Gesamtbetrachtung erreichen. Wir würden eine solche sehr begrüssen, da wir wie erwähnt von einem gesellschaftlichen Bedürfnis ausgehen und damit überdies den zunehmend einzelfallbezogenen Änderungen im Personenrecht entgegenwirkt werden könnte.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass auf die "kleine Lösung" verzichtet werden soll und im Sinne der Ausführungen die "grosse Lösung" bevorzugt wird, jedoch die Revision des Namensrechts für Kinder ebenfalls einzubeziehen ist. Es sollte aber zudem möglich bleiben, allein gestützt auf Gewohnheitsrecht einen (nicht amtlichen) Allianznamen zu bilden und im Ausweisdokument vermerken zu lassen.

Im Sinne einer abschliessenden Bemerkung erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass im Gesamtkontext des Namensrechts die Möglichkeit ergriffen werden sollte, die Zuständigkeit für Namensänderungen den aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen anzupassen. Art. 30 Abs. 1 ZGB benennt die Regierung des Wohnsitzkantons als Namensänderungsbehörde. Tatsächlich werden die entsprechenden Entscheidungen aber schon aktuell meist von den kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst getroffen. Dies sollte im Rahmen der vorliegenden Revision gesetzlich verankert werden.

Wir danken für die Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen.

Freundliche Grüsse  
JUSTIZ- UND SICHERHEITSDIREKTION



Karin Kayser-Frutschi  
Regierungsrätin

- eazw@bj.admin.ch





CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

**Per Mail an:**

Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK. 4406  
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 7. Oktober 2022

**17.523 n Pa. Iv (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat;  
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit der Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative 7.523 betreffend Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat.

Der Bundesgesetzgeber hat im Jahr 2013 das Namensrecht im Zivilgesetzbuch im Hinblick auf die Gleichbehandlung von Mann und Frau revidiert. In diesem Zusammenhang hat er die Doppelnamen abgeschafft. Stattdessen hat er eine einfache Lösung getroffen, nämlich dass grundsätzlich jeder Ehegatte seinen Namen behält. Allerdings kann das Brautpaar mittels eines Gesuchs beantragen, dass einer der beiden Ledignamen zum gemeinsamen Familiennamen wird.

Das Namensrecht entfaltet seine Wirkungen erst über Generationen hinaus. Aus unserer Sicht ist heute noch nicht der Zeitpunkt gekommen, das neue Namensrecht zu beurteilen und bereits wieder einer Revision zu unterziehen. Dazu fehlt ein eigentlicher Revisionsbedarf für die Wiedereinführung von Doppelnamen. Art. 14 des Ausweisgesetzes sieht vor, dass die antragstellende Person verlangen kann, dass im Pass oder der Identitätskarte der Allianzname eingetragen wird. Insoweit bestehen heute bereits genügend gesetzliche Möglichkeiten zum Eintragen des gewünschten Namens.

Aus den genannten Gründen lehnt der Kanton Obwalden die Vorlage ab.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad  
Landammann

Kopie an:

- Amt für Justiz
- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (Kommunikation)



Kommission für Rechtsfragen  
des Nationalrates  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 74 44  
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 19. September 2022

## **Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Präsident

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative betreffend Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung des Kantons St.Gallen unterstützt die Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat und befürwortet dabei die in der Vorlage erwähnte «grosse Lösung». Die «kleine Lösung», die es dem oder der Verlobten ermöglicht, den bisherigen Familiennamen oder den Ledignamen dem gemeinsamen Familiennamen voranzustellen, stellt lediglich die Rechtslage vor dem aktuell geltenden Namensrecht wieder her. Diese Lösung dürfte den heutigen Bedürfnissen der Gesellschaft nicht gerecht werden und es ist absehbar, dass bei der Wahl der kleinen Lösung bald eine erneute Revision des Namensrechts anstehen dürfte.

Die gemäss «grosser Lösung» entworfene Vorlage bietet dagegen eine Vielzahl an Möglichkeiten, sodass Ehegatten ihre Namen ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprechend führen können. Mit Inkrafttreten der Namensrechtsrevision aus dem Jahr 2011 wurde die Möglichkeit der Führung eines amtlichen Doppelnamens zwar aufgehoben. Doppelnamen sind dem schweizerischen Recht jedoch nicht gänzlich unbekannt und es sind keine Gründe ersichtlich, diese nicht wieder einzuführen. Dass nun beide Ehegatten einen Doppelnamen führen können sollen, ist auch aus Gleichstellungssicht zu begrüssen. Auch die Wahl, ob die Doppelnamen mit einem Bindestrich verbunden werden sollen oder nicht, ist sinnvollerweise dem Paar zu überlassen. Mit der «grossen Lösung» würde das Namensrecht im Übrigen lediglich eine zusätzliche Option gewinnen, ohne das bisherige namensrechtliche Konzept bei der Eheschliessung in Frage zu stellen: Die bisherigen Bestimmungen bleiben von der Revision unberührt. Jeder Ehegatte kann weiterhin seinen Namen behalten oder die Ehepartnerinnen bzw. Ehepartner können nach wie vor einen ihrer Ledignamen zum gemeinsamen Familiennamen bestimmen. Durch die Gewährung einer zusätzlichen Möglichkeit zur Gestaltung der Namen nach der Heirat erfahren diejenigen Paare, die sich für die bisherigen Möglichkeiten entscheiden, keine Nachteile.



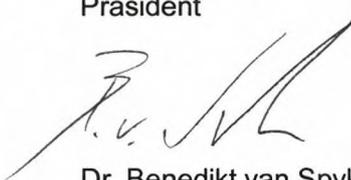
Bezüglich der Zukunft des Allianznamens befürwortet die Regierung des Kantons St.Gallen die Variante 1, wonach in amtlichen Ausweisen (Reisepass oder Identitätskarte) nur noch der amtliche Name geführt werden darf. Gemäss Art. 2 Abs. 4 des eidgenössischen Ausweisgesetzes (SR 143.1) können heute Allianznamen in Ausweisen (Reisepass, Identitätskarte) eingetragen werden. Diese Bestimmung ermöglicht, dass nicht amtliche bzw. von den Eintragungen des schweizerischen Personenstandsregisters abweichende Namen in Ausweisdokumente eingetragen werden. Dies wird als problematisch erachtet. Kaum ein anderes Land dürfte diese Praxis kennen. Schweizerische Behörden gehen in der Regel davon aus, dass in ausländischen Reisepässen die korrekten amtlichen Namen eingetragen sind. Die Regierung des Kantons St.Gallen erachtet es als wichtig, dass Registereintragungen und die darauf basierenden Ausweisdokumente übereinstimmen. Für Personen, die ihren Allianznamen weiterhin in ihren Ausweisen eintragen lassen möchten, soll die Möglichkeit geschaffen werden, mittels Namensklärung den bisherigen Allianznamen in das Personenstandsregister eintragen zu lassen und als amtlichen Namen weiterzuführen. Die Abgabe einer Namensklärung generiert einen geringen Aufwand für interessierte Personen und ist deshalb ein zumutbares Mittel, die Diskrepanzen zwischen Identitätsausweisen und Registereintragungen zu beheben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

  
Fredy Fässler  
Präsident



  
Dr. Benedikt van Spyk  
Staatssekretär

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:**  
eazw@bj.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Kommission für Rechtsfragen  
des Nationalrates  
3003 Bern

per E-Mail an [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Schaffhausen, 13. September 2022

## **Umsetzung der parlamentarischen Initiative (Stamm) Walliser: Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Grundsätzlich begrüssen wir die Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat, da dies einem praktischen Bedürfnis entspricht. Im Einzelnen haben wir folgende Bemerkungen:

Von den beiden genannten Umsetzungsvarianten bevorzugen wir die "kleine Lösung", da die Namensvorstellung in der Praxis hauptsächlich von Personen gewünscht wird, deren Ledignamen nicht der Familienname der Kinder wurde. Allerdings sollten die Übergangsbestimmungen (Art. 8a<sup>bis</sup> VE-SchIT ZGB) überdacht werden: Derzeit ist nur vorgesehen, dass ein Ehegatte, der seit der Revision am 1. Januar 2013 den Ledignamen des anderen führt, gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten erklären kann, dass er den vor der Eheschliessung geführten Namen dem Familiennamen voranstellen möchte. Dies berücksichtigt jedoch jene Ehegatten nicht, welche nach der Revision im Jahr 2013 zwar gerne einen gemeinsamen Familiennamen getragen hätten, jedoch gleichzeitig nicht bereit waren, ihren Ledignamen aufzugeben und sich daher – mangels Alternativen – dafür entschieden haben, beide den Ledignamen zu behalten. Die Übergangsbestimmungen sind daher anzupassen, so dass auch Ehegatten, welche beide ihren Ledignamen behalten haben, erklären können, den für die (zukünftigen) Kin-

der bestimmten Familiennamen als gemeinsamen Familiennamen hinter dem Ledignamen anzufügen. Dadurch wären auch keine Auswirkungen auf den Familiennamen der Kinder zu befürchten (vgl. Erläuternder Bericht, S. 22).

Sofern dennoch der "grossen Lösung" der Vorzug gegeben würde, ist unseres Erachtens die Variante 1 (im Ausweis darf nur noch der amtliche Name geführt werden) zu wählen, da so keine Diskrepanzen mehr zwischen den Registern bestehen und dadurch Diskussionen und Fragen der Verlobten vermieden werden können, welche häufig davon ausgehen, dass der Allianzname dem amtlichen Namen gleichzusetzen ist.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

A handwritten signature in blue ink, reading "C. Stamm Hurter".

*Dr. Cornelia Stamm Hurter*

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, reading "Dr. Stefan Bilger".

*Dr. Stefan Bilger*

Beschluss vom 13. September 2022

Protokoll-Nr. 28/670

Parlamentarische Initiative  
(Stamm) Walliser: Ermöglichung  
von Doppelnamen bei der Heirat;  
Vernehmlassung

I.

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 lädt die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates die Kantonsregierungen ein, zum Vorentwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat Stellung zu nehmen.

Das seit 2013 geltende Namensrecht sieht für Verlobte anlässlich der Eheschliessung zwei Varianten vor: Sie können entweder den zum Zeitpunkt der Eheschliessung geführten Namen behalten oder sie erklären, dass sie den Ledignamen der oder des Verlobten als gemeinsamen Familiennamen tragen wollen (Art. 160 ZGB). Das Gewohnheitsrecht bietet zudem die Möglichkeit, einen Allianznamen zu bilden. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen amtlichen Namen. Amtliche Doppelnamen sind seit der Revision des Namensrechts im Jahr 2013 nicht mehr vorgesehen. Dadurch ist es Eheleuten nicht mehr möglich, ihre Zusammengehörigkeit mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, ohne dass jemand von ihnen auf den vor der Ehe geführten Namen verzichtet. Dies wird teilweise bedauert, da vor der Revision ein relativ grosser Teil der Verlobten (ca. 20 – 25 % der Paare) einen Doppelnamen gebildet hatten. Zudem macht die gelebte Praxis des Namensrechts deutlich, dass das vor der Revision geltende Namensrecht bei der Eheschliessung heute faktisch weitergelebt wird: Im Jahr 2020 haben über zwei Drittel der Frauen den Namen des Mannes angenommen. Dagegen haben nur drei von hundert Männern den Namen ihrer Frau gewählt. Da der Mann seinen Namen selten aufgibt, obliegt der Entscheid über den gemeinsamen Familiennamen regelmässig der Frau: Sie muss ihren Namen aufgeben, wenn sie die Zusammengehörigkeit mit einem einheitlichen Namen ausdrücken möchte. Im Unterschied zu der von 1988 bis 2012 geltenden Regelung besteht heute allerdings keine Möglichkeit mehr, einen amtlichen Doppelnamen zu führen, um so den bisherigen Namen zu behalten. Damit hat sich die Situation für die Frau mit der letzten Revision im Jahr 2013 im Ergebnis sogar verschlechtert (vgl. Erläuternder Bericht, S. 8 f.).

Mit der nun vorgeschlagenen Revision soll das Namensrecht dahingehend revidiert werden, dass die beiden derzeit bestehenden Möglichkeiten der Namensführung während der Ehe um die Möglichkeit eines amtlichen Doppelnamens erweitert wird. Die Namensführung der Kinder soll dabei nicht geändert werden.

Die Konsultationsunterlagen umfassen einen erläuternden Bericht sowie einen Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches.

## II.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat das Zivilstandsamt Schaffhausen zum Mitbericht eingeladen. Dessen Ausführungen werden in der Vernehmlassung berücksichtigt.

Die Ermöglichung von Doppelnamen ist grundsätzlich zu begrüßen, da diese den Eheleuten die Möglichkeit bietet, ihre Zusammengehörigkeit mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, ohne dass eine oder einer der beiden auf den vor der Ehe geführten Namen verzichten muss. Ein Mehraufwand für das Zivilstandsamt ist durch die Ermöglichung der Führung von Doppelnamen nicht zu erwarten, da die Verlobten lediglich auf die weitere Namensvariante hingewiesen werden müssen.

Diskutiert werden zwei verschiedene Umsetzungsvarianten des Doppelnamens (Erläuternder Bericht, S. 11 ff.):

- Die *"kleine Lösung"* sieht vor, dass die oder der Verlobte, deren oder dessen Ledigname nicht zum gemeinsamen Familiennamen wird, dem Familiennamen den vor der Ehe geführten Namen voranstellen darf. Diese Regelung entspricht weitgehend dem Doppelnamen vor dem Inkrafttreten des geltenden Rechts.
- Die *"grosse Lösung"* sieht vor, dass die Möglichkeit der Führung eines Doppelnamens beiden Eheleuten offenstehen soll, unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Familienname gebildet wird oder nicht. Das heisst der eheliche Doppelname setzt sich dann entweder aus dem eigenen bisherigen und dem nachgestellten Ledignamen der oder des anderen Verlobten oder dem Familiennamen und dem nachgestellten bisherigen Namen der oder des Verlobten, deren oder dessen Name nicht zum Familiennamen erklärt wurde, zusammen.

Die Namensvoranstellung wird in der Praxis hauptsächlich von Personen gewünscht, deren Ledigname nicht der Familienname der Kinder wurde. Aus praktischer Sicht ist daher die *"kleine Lösung"* zu bevorzugen. Bei den Übergangsbestimmungen sollte allerdings Art. 8a<sup>bis</sup> VE-SchIT ZGB überdacht werden: Derzeit ist nur vorgesehen, dass ein Ehegatte, der seit der Revision am 1. Januar 2013 den Ledignamen des anderen führt, gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten erklären kann, dass er den vor der Eheschliessung geführten Namen dem Familiennamen voranstellen möchte. Dies berücksichtigt jedoch jene Ehegatten nicht, welche nach der Revision im Jahr 2013 zwar gerne einen gemeinsamen Familiennamen getragen hätten, jedoch gleichzeitig nicht bereit waren, ihren Ledignamen aufzu-

geben und sich daher – mangels Alternativen – dafür entschieden haben, beide den Ledignamen zu behalten. Die Übergangsbestimmungen sind daher insofern anzupassen, dass auch Ehegatten, welche beide ihren Ledignamen behalten haben, erklären können, den für die (zukünftigen) Kinder bestimmten Familiennamen als gemeinsamen Familiennamen hinter dem Ledignamen anzufügen. Dadurch wären auch keine Auswirkungen auf den Familiennamen der Kinder zu befürchten (vgl. Erläuternder Bericht, S. 22).

Sofern dennoch die "grosse Lösung" gewählt werden würde, schlägt die Kommission für Rechtsfragen drei verschiedene Umsetzungsvarianten vor (Erläuternder Bericht, S. 18 f.):

- Variante 1: Im Ausweis wird nur noch der amtliche Name geführt, da mit der Möglichkeit, den Allianznamen zum amtlichen Namen zu machen, das Bedürfnis, einen nicht-amtlichen Allianznamen in die Ausweispapiere aufzunehmen, entfällt.
- Variante 2: Im Ausweis darf grundsätzlich nur noch der amtliche Name geführt werden. Bestehende Einträge im Ausweis können allerdings in künftige Ausweise übernommen werden. Das heisst, diejenigen Personen, die heute den Allianznamen in ihren Ausweispapieren führen, sind nicht gezwungen, eine Änderung ihres amtlichen Namens vorzunehmen.
- Variante 3: Bei dieser Variante soll die bisherige Praxis weitergeführt werden. Das heisst Allianznamen können entsprechend der heutigen Praxis in den Ausweisen unabhängig vom amtlichen Namen weiterhin zugelassen werden.

Die Variante 1 ist zu bevorzugen: Es macht aus praktischen Überlegungen Sinn, dass der Ausweis den Zivilstandsregistern entspricht, sprich nur der amtliche Name im Ausweis aufgeführt wird. So gibt es keine Diskrepanzen mehr zwischen den Registern. Der Allianzname führt jeweils zu Diskussionen und offenen Fragen, die vom Zivilstandsamt beantwortet werden müssen. Dies da viele davon ausgehen, der Allianzname sei auch der amtliche Name. Durch die Variante 1 würden diese Probleme behoben.

### III.

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements wird

#### b e s c h l o s s e n :

1. Der Entwurf des Volkswirtschaftsdepartements zur "Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative (Stamm) Walliser: Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat" wird beraten und verabschiedet.

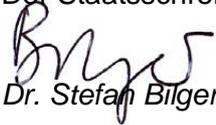
2. Mitteilung an:

- Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, 3003 Bern (mit separatem Schreiben per E-Mail an eazw@bj.admin.ch [als PDF und Word-Dokument])

je unter Beilage einer Kopie des Schreibens an die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates:

- Volkswirtschaftsdepartement (sekretariat.vd@sh.ch)
- Zivilstandsamt Schaffhausen (mariangela.lofrano\_verrilli@stsh.ch)
- Amt für Justiz und Gemeinden (justiz.gemeinden@sh.ch)

Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger

Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

27. September 2022

## **Vernehmlassung zu 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Rechtsfragen hat in Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 17.523 (Stamm) Walliser an ihrer Sitzung vom 20. Mai 2022 einen Vorentwurf und erläuternden Bericht verabschiedet und den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:

### **1. Grundsätzliches**

Nach dem seit 2013 geltenden Namensrecht können Verlobte bei der Eheschliessung erklären, ob sie den zum Zeitpunkt der Eheschliessung geltenden Namen behalten wollen oder erklären, dass sie den Ledignamen der oder des Verlobten als gemeinsamen Familiennamen tragen wollen. Mit dem gemeinsamen Familiennamen können Paare ihre Zusammengehörigkeit zum Ausdruck bringen und die namensmässige Verbindung beider Eheleute zu ihren Kindern herstellen. Die Wahl eines gemeinsamen Familiennamens geht jedoch mit dem Verzicht auf den vor der Ehe geführten Namen eines oder einer Verlobten einher.

Dass bei der Wahl eines Familiennamens eine Person auf den bisher geführten Namen verzichten muss, dürfte für viele Paare nicht zufriedenstellend sein, gehört doch auch der bisherige Name zur Persönlichkeit und Identität eines Menschen. Gleichzeitig kommt einem gemeinsamen Familiennamen grosse symbolische und praktische Bedeutung zu, gerade wenn das Paar gemeinsame Kinder hat.

Angesichts dessen begrüssen wir die Stossrichtung der Parlamentarischen Initiative, welche die Führung eines Doppelnamens nach der Heirat vorsieht. Damit würde das Namensrecht für Ehepaare liberaler und es würden Wahlmöglichkeiten geschaffen, mit welchen zum einen dem Grundgedanken, wonach eine Person das ganze Leben den gleichen Namen tragen soll und zum anderen dem Wunsch nach einem gemeinsamen Familiennamen Rechnung getragen wird.

Es bestehen nun zwei Varianten, die «kleine Lösung», bei welcher eine oder einer der Verlobten erklären kann, zusätzlich zum vor der Ehe geführten Namen den Familiennamen zu tragen. Bei der «grossen Lösung» können beide Ehegatten einen Doppelnamen führen, und zwar mit und ohne Bindestrich.

## 2. Anregungen

Auch wenn die Stossrichtung zu begrüssen ist, so regen wir an, das gesamte Namensrecht einer umfassenden Revision zu unterziehen. Dies aus folgenden Gründen:

Gemäss dem erläuternden Bericht soll der Name der Kinder nicht angepasst werden. Dies ist aus unserer Sicht abzulehnen. Wenn das neue Namensrecht auch für Ehepaare gelten soll, die vor der Gesetzesanpassung geheiratet haben, so ist zwingend auch eine entsprechende Regelung für die Kinder zu treffen. Andernfalls kann die kaum gewollte Situation entstehen, dass ein minderjähriges Kind als einziges Familienmitglied den Ledignamen eines Elternteils trägt, währenddessen die Eltern aufgrund der Gesetzesrevision nun einen gemeinsamen Familiennamen tragen. Die Möglichkeit der Wahl eines Familiennamens ist deshalb auch in Art. 270 und 270a ZGB vorzusehen.

Weiter sollte die Fixierung auf den Ledignamen aufgehoben und Art. 160 Abs. 2 und 3 ZGB in die Revision miteinbezogen werden. Der Begriff «Ledigname» soll deshalb in diesen Bestimmungen durch «Name» ersetzt werden.

Angesichts dieser wesentlichen Änderungen wäre es unseres Erachtens angezeigt, die Vorlage nochmals zurück zu nehmen und das Namensrecht umfassend, also unter Einbezug des Namensrechts der Kinder, einer Überarbeitung zu unterziehen.

Sollte eine umfassende Überarbeitung nicht vorgenommen werden, ist aus unserer Sicht die «grosse Lösung» anzustreben. Wir sehen keine Gründe, bei der Wahl des Namens nicht die grösstmögliche Freiheit zu gewähren.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Dr. Remo Ankli  
Landammann



Andreas Eng  
Staatsschreiber

VERSENDET AM 27. SEP. 2022

kantonschwyz 

6431 Schwyz, Postfach 1260

**per E-Mail**

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates  
eazw@bj.admin.ch

Schwyz, 20. September 2022

**Vernehmlassung PI: «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»**

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates in Umsetzung der parlamentarischen Initiative PI 17.523 den Kantonsregierungen die Unterlagen zu einem Vorentwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat zur Vernehmlassung bis 8. Oktober 2022 unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Wir stellen fest, dass das Bedürfnis nach einem Doppelnamen ganz klar da ist. Beinahe wöchentlich gehen dazu bei der kantonalen Namensänderungsbehörde Anfragen ein. Aus diesem Grund begrüssen wir den Vorschlag der parlamentarischen Kommission, die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches zur Namensführung der Ehegatten zur Diskussion zu stellen. Die beiden vorgeschlagenen Varianten lehnen wir jedoch ab. Die beiden Lösungsansätze gehen einerseits zu wenig weit und sind andererseits zu komplex, um alltagstauglich angewendet zu werden. Ebenfalls ist zu evaluieren, in welchen Fällen das aktuelle Namensrecht ungenügend ist und Namensänderungsbehörden im Rahmen von Art. 30 Abs. 1 ZGB korrigierend eingreifen müssen. Dabei sind auch die Namensrechtsbestimmungen der Kinder in die Vorlage einzubeziehen.

Mit Blick auf die zu beurteilenden Namensänderungsgesuche im Kanton Schwyz schlagen wir Ihnen deshalb vor, die Vorlage vollständig zu überarbeiten und insbesondere folgende Eckpunkte zur Diskussion zu stellen:

- Das Prinzip des Ledignamens ist zu überdenken und es ist zur rechtlichen Situation vor dem Jahr 2013 zurückzukehren. Insbesondere sollen Kinder auch den aktuell geführten Namen eines Elternteils tragen dürfen, welcher nicht ein Ledigname ist.
- Das Prinzip des Allianznamens hat sich in der Schweiz etabliert. Diese Art der Namensführung soll Eingang in die Zivilstandsregister finden. Dabei soll jedoch eine fixe Vorgabe hinsichtlich eines Bindestrichs gemacht werden.

- Lebenssituationen in bestehenden Ehen ändern sich. Allenfalls ist zu prüfen, ob die Ehegatten nicht mittels einmaliger Erklärung vor dem Zivilstandsamt die Namensführung an die gelebte Situation anpassen können.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Kommissionspräsident, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



André Rügsegger  
Landammann



Dr. Mathias E. Brun  
Statsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Kommission für Rechtsfragen  
des Nationalrates  
Herr Vincent Maitre  
Vizepräsident  
3003 Bern

Frauenfeld, 4. Oktober 2022  
590

## **Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat) in Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 17.523**

### **Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) betreffend Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat und teilen Ihnen mit, dass wir keine der beiden Varianten in der vorgeschlagenen Ausgestaltung unterstützen.

Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen das Bedürfnis zahlreicher heiratswilliger Personen, nach der Heirat einen ehelichen, amtlichen Doppelnamen zu führen. In Anbetracht dieser Ausgangslage ist die Einführung der Möglichkeit zur Bildung eines Doppelnamens klar angezeigt und wird von uns auch befürwortet. Ebenso begrüssen wir die angedachte Stossrichtung, eine einfache und schlanke Lösung zu schaffen, die sich auch leicht umsetzen lässt. Mit den beiden Vorschlägen wird jedoch das angestrebte Ziel nicht erreicht, weshalb wir uns folgende Bemerkungen gestatten:

- Die Vorlage soll gemäss Entwurf keine Auswirkungen auf die **Namensführung der Kinder** haben. In diesem Bereich sehen wir jedoch einen Änderungsbedarf, da in der Praxis ein grosses Bedürfnis besteht, nach aussen eine namensmässige Verbindung beider Eltern zu den Kindern sichtbar zu machen. Diesbezüglich sollten ebenfalls entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden.
- Es ist nicht einzusehen, weshalb bei der **kleinen Lösung** die Möglichkeit der Führung eines amtlichen Doppelnamens nur für einen von beiden Ehegatten offenstehen soll. Dieser Vorschlag verkennt das gleichberechtigte und gegenseitig bestehende Bedürfnis von beiden Eheleuten, eine namensrechtliche Verbindung zum Ehepartner herstellen und gleichzeitig den eigenen Namen weiterführen zu können. Auch ist die starre Vorgabe der Reihenfolge der Namen im Doppelnamen (Voranstellung des Ledignamens) für uns nicht nachvollziehbar.

2/2

- Bei der **grossen Lösung** würde gemäss Entwurf beiden Verlobten ermöglicht, einen amtlichen Doppelnamen zu führen, was grundsätzlich begrüsst wird. Die vorgeschlagene Regelung bei der grossen Lösung erscheint jedoch als unnötig kompliziert und künstlich erzwungen. Auf der einen Seite enthält sie viele Wahlmöglichkeiten, auf der anderen Seite werden diese Wahlmöglichkeiten sogleich wieder eingeschränkt.
- Das Namensrecht soll künftig um die Möglichkeit der Führung eines amtlichen Doppelnamens für beide Eheleute erweitert werden. Unserer Ansicht nach drängt sich daher eine gesetzliche Regelung des **Allianznamens** nicht auf. Die Möglichkeit der Bildung eines amtlichen Doppelnamens sollte genügen.

Wir regen daher an, unter Berücksichtigung der bewährten Grundsätze und Prinzipien eine Lösung mit folgenden Möglichkeiten zu prüfen:

- Die Eheleute behalten ihren bisherigen Namen (Ledignamen oder aktuell geführter Name).
- Mittels Namensklärung kann durch die Verlobten gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten erklärt werden, einen ihrer Ledignamen als gemeinsamen Familiennamen oder einzeln oder gemeinsam einen Doppelnamen (ohne Bindestrich) zu führen, bestehend aus dem jeweiligen Ledignamen der Ehegatten, unter freier Wahl der Reihenfolge.
- Die Eheleute bestimmen den Namen der gemeinsamen Kinder (Ledignamen der Mutter, Ledignamen des Vaters, gemeinsamer Familiennamen, einer der beiden Namen des Doppelnamens).
- Der Allianznamen wird rechtlich nicht reglementiert, sondern es wird weiterhin eine gewohnheitsrechtliche Führung ermöglicht.

Gemäss dem erläuternden Bericht wurde ein ähnlicher Lösungsansatz mit der Begründung verworfen, dass die freie Kombinierbarkeit zu unübersichtlichen Ergebnissen führe, die dem System des bisherigen namensrechtlichen Konzepts bei Eheschliessung widerspreche. Dazu gilt es zu bemerken, dass auch die nun vorgeschlagene „grosse Lösung“ vom bisherigen Konzept abweichen würde. Auch stellt sich die Frage, inwieweit und für welchen Adressatenkreis der Zivilstand und die Abstammung am geführten Doppelnamen überhaupt erkennbar sein muss.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





Numero  
4830

fr

0

Bellinzona  
5 ottobre 2022

Consiglio di Stato  
Piazza Governo 6  
Casella postale 2170  
6501 Bellinzona  
telefono +41 91 814 41 11  
fax +41 91 814 44 35  
e-mail [can@ti.ch](mailto:can@ti.ch)  
web [www.ti.ch](http://www.ti.ch)

Repubblica e Cantone  
Ticino

## Il Consiglio di Stato

Consiglio nazionale  
Commissione degli affari giuridici  
CH-3003 Berna

*Invio per posta elettronica (Word e pdf):*  
[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

### **Procedura di consultazione concernente l'iniziativa parlamentare 17.523 n Iv. Pa. (Stamm) Walliser - Possibilità di portare il doppio cognome dopo il matrimonio**

Gentili signore,  
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 17 giugno 2022 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, ci permettiamo di sottoporvi le seguenti osservazioni.

La prima delle due varianti proposte (soluzione piccola) ricalca in gran parte la situazione giuridica vigente fino al termine del 2012, dove la moglie assumeva il cognome del marito, potendo però anteporre al cognome coniugale quello che portava prima del matrimonio. Il marito poteva assumere il cognome della moglie ed eventualmente anteporre il proprio solo per il tramite di un cambiamento del cognome, art. 30 cpv. 2 CC. Tale variante non permetterebbe tuttavia ad entrambi i coniugi di assumere il doppio cognome poiché la prerogativa spetterebbe unicamente al coniuge il cui cognome da nubile o celibe non venisse scelto quale cognome coniugale comune e questo – alla luce dell'evoluzione della nostra società negli ultimi 10 anni – non porrebbe i due coniugi in una situazione di uguaglianza. Vi è inoltre l'art. 8a<sup>bis</sup> cpv. 3 del titolo finale, il quale risulta discriminatorio poiché dovrebbe permettere, per analogia, anche alle coppie che hanno costituito un'unione domestica registrata di poter anteporre il cognome da celibe/nubile al cognome coniugale.

La seconda variante in oggetto (soluzione grande) prevede un numero di combinazioni dei cognomi dei coniugi troppo articolato e complesso. Ciò arrischia di creare confusione e incertezze senza un vero e proprio beneficio. Tanto più che per i figli come avremo modo di specificare meglio di seguito dovrà ancora essere definito un unico cognome di famiglia, che molto probabilmente nella maggior parte dei casi, come lo ha mostrato la prassi instauratasi negli anni, sarà quello del padre (cfr. Rapporto esplicativo, punto 2.4, pp. 8-9).

RG n. 4830 del 5 ottobre 2022

Va però evidenziato che tale variante prevede di concedere il doppio cognome ad entrambi i coniugi, essa risulta dunque più rispettosa per quanto riguarda la parità fra i coniugi. Inoltre, per chi porta già un doppio cognome derivante da un precedente matrimonio, la seconda variante permetterebbe di scegliere se tenere il proprio cognome da nubile/celibe oppure il cognome del primo marito/prima moglie. Questa variante è sicuramente quella più adeguata dal punto di vista dei valori della società odierna per rapporto al principio dell'equivalenza dei ruoli di entrambi i coniugi, tuttavia dovrebbe essere semplificata, ad esempio togliendo la possibilità di decidere se unire i due cognomi con un trattino o meno.

Per garantire una migliore parità di trattamento di entrambi i coniugi sarebbe opportuno valutare la questione legata al cognome delle persone sposate congiuntamente alle possibilità previste per la conduzione del cognome dei figli. Infatti, nel concreto, il desiderio di portare un doppio cognome spesso viene meno a causa dell'impossibilità di poter attribuire il doppio cognome ai figli. Di conseguenza, una revisione di tale portata andrebbe integrata con la revisione del diritto sul cognome dei figli.

In conclusione, preso atto della volontà dei coniugi sin dal 2013 di ripristinare il doppio cognome, siamo dell'avviso che andrebbe modificata al più presto la legge in tale senso. Delle due varianti proposte quella definita "soluzione grande" è quella che si inserisce meglio nel contesto sociale e culturale odierno. Cionondimeno a nostro avviso per raggiungere integralmente lo scopo perseguito andrebbe semplificato e la tematica andrebbe affrontata congiuntamente alla revisione delle disposizioni legali inerenti alla conduzione del cognome dei figli.

Segnaliamo infine che a partire dal 2013, con lo scioglimento del matrimonio non è più possibile effettuare una dichiarazione per riprendere il cognome portato prima del matrimonio, bensì solo quello da nubile/celibe. Sarebbe pertanto opportuno in questo contesto valutare il ripristino di tale possibilità.

Cogliamo l'occasione per porgere i nostri migliori saluti.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente  
  
Claudio Zali

Il Cancelliere  
  
Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch)
- Delegata per le pari opportunità (pariopportunita@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Conferenza delle autorità cantonali di vigilanza sullo stato civile (info@kaz-zivilstandswesen.ch)
- Pubblicazione in Internet



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz  
Bundesrain 20  
3003 Bern

### **Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Direktor  
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. Juni 2022 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens in Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 17.523 (Stamm) eingeladen, zum Vorentwurf zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat Stellung zu nehmen. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Wir begrüssen die Vorlage, die bezweckt, die im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Möglichkeiten der Namensführung während der Ehe um einen amtlichen Doppelnamen zu erweitern. Dabei favorisieren wir die «grosse Lösung». Im Gegensatz zur «kleinen Lösung» bietet die «grosse Lösung» in Zukunft beiden Ehegatten die Möglichkeit, einen Doppelnamen zu führen, unabhängig davon, ob sie einen gemeinsamen Familiennamen bilden oder ihren bisherigen Namen behalten, um diesem den bisherigen Namen des anderen hinzuzufügen, und zwar wahlweise mit oder ohne Bindestrich. Gleichzeitig kann damit der bislang nicht als amtlicher Name anerkannte Allianzname gesetzlich geregelt werden. Betreffend die zukünftige Verwendung des Allianznamens favorisieren wir Variante 1.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 30. September 2022



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

A blue ink signature consisting of stylized, overlapping letters, likely "UJ".

Urs Janett

A blue ink signature consisting of a large, flowing initial "R" followed by "Balli".

Roman Balli



## CONSEIL D'ETAT

Château cantonal  
1014 Lausanne

Commission des affaires juridiques du  
Conseil national  
CH – 3003 Berne

*Par courriel électronique à :*  
[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Réf. : 22\_COU\_5374

Lausanne, le 28 septembre 2022

### **Consultation fédérale (CE) 17.523 n lv. pa. (Stamm) Walliser. Autoriser le double nom en cas de mariage**

---

Monsieur le Vice-président,  
Mesdames les Conseillères nationales, Messieurs les Conseillers nationaux,

Le Conseil d'Etat vaudois vous remercie de l'avoir consulté et vous fait parvenir par la présente ses déterminations dans le cadre de la consultation sur l'avant-projet de la modification législative qui met en œuvre l'initiative parlementaire citée en titre.

Le Conseil d'Etat accueille favorablement la présente modification législative et salue la réintroduction du double nom des époux au sein du Code civil. En effet, depuis la révision législative sur le droit du nom en 2013 et l'abandon des doubles noms, on constate une très forte demande provenant principalement des femmes concernant l'acquisition d'un nom double.

Vu ce qui précède, le Conseil d'Etat adhère au constat de la nécessité d'une révision puisque, visiblement, la précédente révision en matière de nom de famille n'a pas atteint le but souhaité de l'égalité entre les femmes et les hommes en matière de nom matrimonial.

Il est à relever que les deux variantes proposées par le projet de modification législative prévoient la possibilité de déclarer à l'officier de l'état civil vouloir conserver le nom porté jusqu'alors suivi du nom de famille. Le Conseil d'Etat souligne l'avantage de cette opportunité de pouvoir former un double nom avec le nom acquis d'un précédent mariage, permettant ainsi de maintenir un lien visible avec les enfants d'un premier lit.

S'agissant de la « petite solution », qui reprend principalement le droit en vigueur avant 2013, elle apparaît d'emblée bien trop restrictive et ne répond pas au principe de l'égalité entre les sexes, conséquence d'ailleurs de son abrogation. En effet, il appert que seul un des époux pourra porter un double nom ; l'autre époux est donc directement préterité en ce sens qu'il conservera son nom mais doit renoncer à y faire apparaître son lien matrimonial en ajoutant le nom de son époux(se). A cet égard, le rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national (ci-après : le rapport) comporte

une contradiction au chapitre 4.1, page 12/28, premier paragraphe, où il est fait mention à propos des deux solutions que la déclaration de vouloir porter un double nom peut être remise par l'un des fiancés ou les deux. Or, la « petite solution » exclut justement cette dernière possibilité.

Au niveau des dispositions transitoires de la « petite solution », il sied de relever la contrainte de devoir passer par une procédure au sens de l'art. 30 CC pour les époux ayant choisi de garder leur nom lors du mariage et qui souhaitent désormais former un double nom. Ces personnes sont alors désavantagées par rapport à celles qui ont pris le nom de leur conjoint, puisque le changement de nom prévu par l'art. 30 CC est soumis à la condition des motifs légitimes, donc à une analyse approfondie du cas particulier et à un émolument plus onéreux que celui prévu pour une simple déclaration de nom devant l'officier de l'état civil.

S'agissant de la « grande solution », elle ouvre la possibilité de choisir un double nom aux deux époux et correspond en ce sens à l'égalité entre les conjoints recherchée par la révision du Code civil.

Le Conseil d'Etat relève toutefois, dans la rédaction du projet de modification, une tournure contradictoire. Il est en effet indiqué :

« Art. 160, al. 4 et 5

(al. 4) Tout fiancé peut déclarer à l'officier de l'état civil vouloir porter un double nom. En ce cas, les deux noms peuvent être reliés par un trait d'union. Le double nom peut être formé comme suit :

1. si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut suivre le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé ;
2. si les fiancés déclarent que le nom de célibataire de l'un d'eux sera le nom de famille commun, le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé peut suivre ce nom commun.

(al. 5) Si un fiancé porte déjà un tel double nom, seul un des deux noms peut être utilisé pour former le nouveau double nom ».

Il ressort du chiffre 1 de l'al. 4 qu'en cas de double nom composé par les deux noms, le nom porté jusqu'alors du fiancé déclarant suit le nom de célibataire de sa fiancée ou son fiancé. Cela semble contraire à ce qui est exposé dans le rapport explicatif (page 22/28, avant dernier paragraphe) et dans la lettre aux gouvernements où il est indiqué que pour la grande solution « Le double nom se compose alors soit du nom porté avant le mariage par la personne concernée, suivi du nom porté avant le mariage par son fiancé ou sa fiancée soit du nom de famille choisi par les époux, suivi du nom de la personne dont le nom porté avant le mariage n'a pas été choisi comme nom de famille ». Il conviendrait donc plutôt d'indiquer que « si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut être suivi du nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé ».

S'agissant des fiancés qui portent déjà un double nom, le rapport comporte une contradiction à la page 23/28, deuxième paragraphe. Il y est mentionné que la personne qui porte déjà un double nom matrimonial peut utiliser uniquement le premier nom pour former le nouveau double nom. Or, l'art. 160 al. 5 du projet mentionne que les fiancés ont le choix de composer leur nouveau double nom avec l'un ou l'autre des deux noms actuellement porté.

En conséquence, le Conseil d'Etat privilégie la liberté de choix de former un double nom, avec le premier ou le second nom, dans un but d'économie de procédure. On évitera ainsi une déclaration de nom supplémentaire et des frais qui s'accumulent.

Au sujet de l'introduction de la possibilité de composer un double nom officiel avec un trait d'union, le Conseil d'Etat estime qu'elle est positive en ce sens qu'elle permet à celles et ceux qui portent actuellement un nom d'alliance, de l'officialiser sans modification et de maintenir une continuité dans leur identité.

Concernant les trois options présentées pour le nom d'alliance, le Conseil d'Etat s'interroge sur la mise en œuvre de la première option, laquelle prévoit de faire coïncider le nom officiel avec le nom d'alliance figurant sur le passeport au plus tard lors du renouvellement des documents d'identité. Par quels biais et à quel moment l'officier de l'état civil serait-il informé des modifications à effectuer ?

En effet, le renouvellement d'un passeport peut faire l'objet d'une demande urgente en vue d'un départ à l'étranger. Or, l'enregistrement d'un nom d'alliance dans le registre fédéral de l'état civil sera soumis à un rendez-vous obligatoire en présence d'un officier de l'état civil. De plus, elle contraint les époux à effectuer une modification de leurs documents d'identité, ou même de leur nom officiel, en dehors de leur volonté.

La deuxième option présente l'avantage du choix des époux de conserver leur nom d'alliance, lesquels ne seraient par conséquent pas « forcés » de modifier leur nom à l'occasion d'un renouvellement urgent de passeport. Toutefois, pour les futurs époux, seul le nom officiel peut figurer sur les documents d'identité.

La troisième option est celle qui offre le plus de choix aux couples. Les personnes qui se marieront après l'entrée en vigueur du nouveau droit pourront continuer à choisir un nom unique à l'état civil (soit le nom de célibataire, soit le nom commun) et se prévaloir d'un double nom dans leurs démarches quotidiennes, tout comme elles pourront choisir un double nom sans trait d'union à l'état civil et le faire figurer néanmoins dans leurs documents d'identité. La discordance entre l'identité officielle et l'identité ressortant des pièces d'identité n'est pas sujette à des inconvénients particuliers, la législation actuelle présentant déjà un tel contexte.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat se positionne favorablement envers la « grande solution » et sa troisième option, qui semblent le mieux correspondre aux attentes actuelles et futures de la population.

Pour le surplus, le Conseil d'Etat s'interroge sur l'application de l'art. 30 CC et ses motifs légitimes notamment dans le cadre du droit transitoire et du souhait de former un double nom avec le nom de l'ex-conjoint, particulièrement lorsque les enfants portent le nom de célibataire de l'ex-conjoint. Il apparaît ici que la condition des motifs légitimes devrait être admise avec une certaine souplesse.

Enfin, le Conseil d'Etat souhaite marquer son étonnement en ce qui concerne l'absence de réflexion, dans le rapport, concernant le double nom des enfants. On prend pour exemple les femmes qui, à la suite de leur divorce, sont poussées à garder le nom de leur ex-époux pour maintenir le lien relatif au nom avec leurs enfants. Le principe d'égalité impliquerait donc d'étudier l'opportunité d'introduire un double nom pour les enfants également, composé des noms de célibataire des parents.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, le Conseil d'Etat vaudois vous prie de croire, Monsieur le Vice-président, Mesdames les Conseillères nationales, Messieurs les Conseillers nationaux, à l'expression de ses sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Aurélien Buffat



2022.03940



Conseil National  
Commission des affaires juridiques  
Monsieur Vincent Maître  
Vice-président  
3003 Berne



Notre réf. /  
Votre réf. /

Date 21 septembre 2022

**Procédure de consultation : Initiative parlementaire 17.523 n (Stamm) Walliser. Autoriser le double nom en cas de mariage**

Monsieur le Vice-président,

Nous nous référons à votre courrier du 17 juin 2022 et vous communiquons, ci-après, notre prise de position relative à l'avant-projet de modification du Code civil suisse visant à autoriser le port d'un double nom officiel en cas de mariage.

Jusqu'en 2013, les fiancés pouvaient choisir un double nom au moment du mariage. Cette possibilité a été abolie, de sorte qu'ils doivent aujourd'hui choisir entre conserver leur nom ou prendre un nom de famille commun, c'est-à-dire le nom de célibataire de l'un ou de l'autre. Ce nouveau système, modifié il y a moins de dix ans, a fait ses preuves. Le choix du nom au moment du mariage a ainsi été simplifié et clarifié ; il permet en outre de conserver les principes de l'immutabilité du nom de naissance et de l'égalité entre les époux. Le plus souvent, les fiancés sont satisfaits des options qui leur sont offertes et, dans 90% des cas, la fiancée choisit de porter le nom de son mari.

Dans ces conditions, nous sommes d'avis que la réintroduction du double nom ne ferait que complexifier le choix du nom au moment du mariage. Le système serait d'autant plus complexe que le double nom ne remplacerait pas le choix actuel entre conserver chacun son nom ou prendre le nom de célibataire de l'un ou de l'autre ; au contraire, il se superposerait à celui-ci. Pour s'en convaincre, il suffit de se pencher sur le texte de l'avant-projet, qui nécessite plusieurs lectures pour être compris de tout un chacun, qu'il s'agisse de la « petite solution » (art. 160 al. 2 AP) ou de la « grande solution » (art. 160 al. 4 et 5 AP). Le double nom a aussi comme inconvénient de ne pas être bien compris par la population, puisqu'avant 2013, les tiers ne savaient pas d'où provenaient les deux noms portés, dans quel ordre ils étaient utilisés, si un trait d'union devait être ajouté et s'il s'agissait d'un nom officiel. Par ailleurs, il ne faut pas perdre de vue que nous sommes le seul pays au monde à distinguer le nom de célibataire et celui porté avant le mariage (le nom porté « jusqu'alors »). Combiner ces deux notions avec le double nom rend le système proposé encore plus incompréhensible pour les fiancés.

Il faut aussi garder à l'esprit que les générations actuelles ont connu trois systèmes différents en matière de droit suisse du nom au moment du mariage et côtoient toutes sortes de personnes, suisses ou étrangères, portant d'autres combinaisons de noms tirées du droit étranger. Avant 1988, l'épouse devait obligatoirement prendre le nom de leur mari. Entre 1988 et 2013, le double



nom a été introduit pour permettre à la fiancée de conserver son nom. Puis, de 2013 à aujourd'hui, chaque époux a pu garder son nom ou le couple choisir un nom de famille commun (le nom de célibataire de l'un ou de l'autre). Du fait de cette succession de modifications législatives, avec différentes dispositions transitoires, nos concitoyens ne connaissent plus le système en vigueur. Alors le modifier encore une fois dans un aussi court laps de temps n'amènerait que confusion et malentendus.

Nous comprenons que certaines personnes souhaitent conserver leur nom et y ajouter le nom de leur conjoint. Mais notre législation en matière de documents d'identité permet déjà de faire apparaître le nom d'alliance sur la carte d'identité ou le passeport. Il est aussi possible de porter officieusement un double nom, par exemple dans le cadre d'une activité professionnelle, sans pour autant modifier le droit du nom.

Cela étant, pour les motifs précités, nous ne sommes pas favorables aux modifications envisagées, quelle que soit la variante proposée.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous adressons, Monsieur le Vice-président, nos salutations distinguées.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président



**Roberto Schmidt**



Le chancelier



**Philipp Spörri**

Copie à [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

Zug, 20. September 2022 sa

**17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat  
Vernehmlassung des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Kommissionsvizepräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren Kommissionsmitglieder

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns zur Vernehmlassung mit Frist bis 8. Oktober 2022 eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns gerne wie folgt:

Der Kanton Zug sieht grundsätzlich keinen Bedarf, die gesetzlichen Grundlagen des Namensrechts aus dem Jahr 2013 bereits wieder zu ändern. Mit der vorliegenden Teilrevision erfahren die damaligen Ziele, insbesondere dass die gesetzliche Namensregelung einfach und transparent sein solle sowie im Interesse einer möglichst einfachen und klaren Regelung der amtliche Doppelname aufgehoben werden solle, innert einer kurzen Zeitspanne, d.h. nach weniger als 10 Jahren, eine komplette Kehrtwende.

**I. Anträge**

1. Es sei keine Anpassung des geltenden Namensrechts vorzunehmen.
2. Falls eine Änderung angestrebt wird, sei die «grosse Lösung» zu bevorzugen.

**II. Begründung**

**Zu Antrag 1:**

Seit der Einführung der letzten Revision des Namensrechts sind noch keine 10 Jahre vergangen. Die damalige parlamentarische Initiative hatte zum Ziel, dass «die gesetzliche Namensregelung einfach und transparent sein soll» und «im Interesse einer möglichst einfachen und klaren Regelung der amtliche Doppelname aufgehoben werden soll». Mit der vorliegenden Teilrevision stehen diese Ziele unseres Erachtens nun nicht mehr im Vordergrund. Bezugnehmend auf die Ermöglichung zur Führung von amtlichen Doppelnamen bei der Heirat hat eine Umfrage bei den zugerischen Zivilstandsämtern gezeigt, dass anlässlich der Ehevorbereitungsverfahren die Frage der Namensführung oft diskutiert wird, diese Thematik dank der Möglichkeit der Füh-

rung des Allianznamens im Reisepass und in der Identitätskarte in den allermeisten Fällen jedoch zufriedenstellend gelöst werden kann. Die seit langem existierende Gewohnheit, einen Allianznamen zu tragen, soll nicht geändert werden, weshalb es nicht nötig ist, dies im Gesetz zu verankern. Grundsätzlich dient der Name der Identifikation einer Person, womit sichergestellt wird, dass sie im Zusammenhang mit einem (Rechts-)Geschäft klar identifizierbar ist. Dem Ziel der Unveränderbarkeit des Namens kann mit dem geltenden Namensrecht besser Rechnung getragen werden, als mit den beiden Umsetzungsvarianten der vorliegenden parlamentarischen Initiative.

### **Zu Antrag 2:**

Gemäss der Umsetzungsvariante «grosse Lösung» würde mit der Änderung des Namensrechts erneut die Möglichkeit geschaffen, der aus einer früheren Eheschliessung erworbene Familienname, d.h. der Familienname der Ex-Ehepartnerin bzw. des Ex-Ehepartners, wiederum einer neuen Partnerin bzw. einem neuen Partner zu übertragen. Der Sachverhalt der Übertragung des durch Heirat erworbenen Namens auf eine neue Partnerin oder einen neuen Partner und die späteren gemeinsamen Kinder wurde mit der Änderung des Namensrechts von 2013 ausgeschlossen. Auch wenn es mit der vorgeschlagenen «grossen Lösung» nicht mehr möglich sein wird, den Familiennamen einer Ex-Partnerin bzw. eines Ex-Partners auf die Kinder zu übertragen, begrüssen wir die Weiterübertragung des Familiennamens auf eine neue Partnerin bzw. einen neuen Partner nicht. Unseres Erachtens widerspricht die Weitergabe des Familiennamens der Ex-Ehepartnerin bzw. des Ex-Ehepartners auf die neue Partnerin bzw. auf den neuen Partner dem Grundsatz der Unveränderbarkeit des Namens und der eindeutig nachvollziehbaren Identifikation einer Person.

Sollte die Möglichkeit zur Führung von Doppelnamen bei der Heirat gemäss der «grossen Lösung» erneut eingeführt werden, schlagen wir vor, dass auch die Führung von Doppelnamen bei Kindern geregelt wird. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass in einigen Jahren eine entsprechende Anpassung anstehen wird. Aus diesem Grund sollte bereits heute eine umfassende und für längere Zeitdauer beständige Lösung angestrebt werden. Ausserdem soll die Führung eines Allianznamens nicht mehr möglich sein und im Ausweis soll nur noch der amtliche Doppelname geführt werden dürfen (analog Variante 1, Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, Ziff. 4.7, S. 18).

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anträge.

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug



Martin Pfister  
Landammann



Tobias Moser  
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- eazw@bj.admin.ch
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung (PDF- und Word-Format)
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)
- Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst (zibu@zg.ch)



Kommission für Rechtsfragen  
des Nationalrates  
3003 Bern

5. Oktober 2022 (RRB Nr. 1337/2022)

**Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches,  
Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB, SR 210; Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat) Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Wir lehnen die Vorlage ab, da wir sie weder als dringend noch als nötig erachten. Angesichts der jetzigen Vorschläge ist nicht ersichtlich, wie eine überzeugende und tragfähige Lösung gefunden werden soll. Das erklärte Ziel der Vorlage, die Zusammengehörigkeit mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, wird klar nicht erreicht.

Sollte das Parlament dennoch eine Revision beschliessen, wären folgende Punkte zu beachten:

- Das heute geltende Prinzip des Ledignamens wäre abzuschaffen und es wäre zur rechtlichen Situation zwischen 1978 und 2012 zurückzukehren. Ein von einem Ehegatten geführter Name sollte Familienname sein können, unabhängig davon, ob es sein Ledigname ist. Nach einer Eheauflösung sollte die Rückkehr zum vor der Ehe getragenen Familiennamen oder Ledignamen jederzeit möglich sein. Kinder sollten den aktuell geführten Namen eines Elternteils tragen dürfen, unabhängig davon, ob dieser ein Ledigname ist.
- Lebenssituationen in bestehenden Ehen können sich ändern. Beispielsweise kommt es vor, dass sich ein Paar erst nach dem Eheschluss für oder gegen eigene Kinder entscheidet. Zu prüfen wäre, ob es Ehegatten ermöglicht werden sollte, mittels einmaliger Erklärung vor dem Zivilstandsamt die Namensführung an die gelebte Situation anzupassen.

- Ebenfalls wäre zu prüfen, ob die Verpflichtung zur Namensbestimmung der gemeinsamen Kinder während des Ehevorbereitungsverfahrens abzuschaffen ist. Es wäre sinnvoll, diese Entscheidung den Eltern im Zeitpunkt der Geburt zu überlassen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte,  
den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Ernst Stocker

Dr. Kathrin Arioli



Per Mail: [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Bern, 30. September 2022

## **Vernehmlassung: Doppelname bei der Eheschliessung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

### **Allgemeine Bemerkungen**

Das seit 2013 geltende Namensrecht erlaubt es Verlobten nicht mehr, nach einer Heirat einen amtlichen Doppelnamen zu bilden. Dies wird in der Bevölkerung als wenig praktikabel wahrgenommen und hat in der Praxis zur Folge, dass vorwiegend Frauen auf ihren (Ledig-) Namen verzichten. Die Mitte sieht Handlungsbedarf, weshalb sie die Revision des Namensrechts klar unterstützt. Der Vorentwurf diskutiert zwei mögliche Lösungen. Die «kleine Lösung» möchte weitgehend zum Namensrecht von vor 2013 zurückkehren. Die «grosse Lösung» sieht hingegen vor, dass ein amtlicher Doppelname geführt werden kann, unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Familienname gebildet wird.

Die Mitte spricht sich für die «kleine Lösung» aus. Diese ist aus Sicht der Mitte einfach umsetzbar (es gibt Erfahrungswerte), einheitlich und übersichtlich. Des Weiteren wird durch diese Regelung die Einheit der Familie durch den gemeinsamen Familiennamen zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig die Bildung eines amtlichen Doppelnamens ermöglicht. Die Mitte ist überzeugt, dass die «kleine Lösung» die verschiedenen Anliegen der Ehepaare erfüllt und die Kontinuität des Namens als Persönlichkeitsrecht sichert.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

### **Die Mitte**

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio  
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Bern, 03.10.2022

ZGB\_Doppelnamen / MZ

Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen  
Bern 3003*Elektronischer Versand: [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)***Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB): Doppelname bei der Eheschliessung  
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die vorliegende Vorlage setzt das Begehren der parlamentarische Initiative [17.523](#) «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat» um und stellt eine Erweiterung der zivilgesetzlichen Möglichkeiten der Namensführung dar. Der Initiant erteilt hierzu den Auftrag, zum alten und herbeigesehnten Recht vor 2013 zurückzukehren und der Person, die aufgrund einer Eheschliessung den Ledignamen aufgibt, einen amtlichen Doppelnamen zu ermöglichen («kleine Lösung»). Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat während der Ausarbeitung der Vorlage noch eine weiterführende Variante («grosse Lösung») in den Vorentwurf aufgenommen. Durch die zweite Variante wird die Wahlmöglichkeit im Sinne der tatsächlichen Gleichstellung erweitert und zugleich wird der gewohnheitsrechtlich anerkannte Allianzname (Verbindungen der Namen mit einem Bindestrich) wieder amtlich zugelassen.

**Allgemeine Bemerkungen**

FDP.Die Liberalen Schweiz begrüsst, dass mit dieser liberalen Namensrechtrevision die gesellschaftlichen Forderungen im höchstpersönlichen Bereich wieder in den Fokus gestellt werden. Aus der vorliegenden grossen Lösung können aber unzählige und unklare Kombinationen eines Namens erstellt werden, was die Rechtssicherheit schwächt und zur Verwirrung führt. Ausserdem wurde bedauerlicherweise verpasst, die nichtzufriedenstellende Namensführung der Kinder sowie der Konkubinatspaare anzupassen. Aufgrund dessen unterstützt die FDP grundsätzlich die Vorlage aber fordert den Gesetzgeber auf punktuelle Nachjustierungen vorzunehmen sowie die Wahlmöglichkeiten der grossen Lösung deutlich zu begrenzen.

**Handlungsbedarf**

Der Wunsch nach Selbstbestimmung, die Gleichstellung zwischen den Eheleuten und zuletzt die Ausdrucksmöglichkeit der Zusammengehörigkeit einer Familie wird von der FDP anerkannt. Diesen Wünschen zuwider gefallen ist die letzte Namensrechtsrevision, die den frisch Verheirateten das Tragen eines Doppelnamens verunmöglicht hat.

Für eine moderne Namensführung sind Wahlmöglichkeit und Unveränderlichkeit des Geburtsnamens sowie unkomplizierte Lösungen wegweisend. Erfreulicherweise erlaubt der Doppelnamen die Verbundenheit zum Ehepartner und den Kindern anzuzeigen und gleichzeitig den ursprünglichen Namen (Geburtsnamen) beizubehalten. Hinzu kommt, dass die Wahlmöglichkeit der Führung eines Allianznamens nur auf Verordnungsstufe geregelt wird, entspricht. Der monierte Handlungsbedarf in der Rechtsordnung ist folglich unbestritten und eine Gesetzesänderung im Namensrecht zielführend.

### **Namensführung der Konkubinatspaare**

In diesem Kontext fordert die FDP den Gesetzgeber auf, falls eine erneute Namensrechtsrevision vorgenommen wird, das Anliegen der Motion Caroni [13.3842](#) aufzunehmen. Heute besteht das Problem, dass Konkubinatskinder immer nur wie *ein* Elternteil heissen, weil die Eltern keinen gemeinsamen Einzel- oder Doppelnamen führen dürfen. Gemäss der Motion könnten auch unverheiratete Eltern (also Konkubinatspaare mit Kindern) zusammen mit ihren Kindern einen gemeinsamen (Einzelname oder Doppelnamen) führen. Dies wäre genau auf der Linie der Vorschläge der RK-N, ergänzt um Zivilstandesunabhängigkeit, wie sie in Kinderangelegenheiten ja neu Standard ist. Im Resultat hätten dann alle Kinder die Chance gleich zu heissen, wie beide Elternteile, so wie es heute bereits in der Ehe der Fall ist.

### **Präferierte Lösung**

Falls die Revision durchgeführt wird, würde sich die FDP eher für die «grosse Lösung» aussprechen. Die Lösung würde rechtlich einen Fortschritt darstellen und beide Partner stärken, wohingegen die «kleine Lösung» zum alten Recht zurückführen würde. Anders als die «grosse Lösung» aber ermöglicht die «kleine Lösung» nur einem Ehegatten den Doppelnamen. Zudem drückt sie damit öffentlich ersichtlich aus, welcher der beiden Partner bei der Wahl des Familiennamens «unterlegen» ist. Zentrales Anliegen aber bei einer «grossen» Lösung ist es, die Kombinationsmöglichkeiten hinsichtlich der Reihenfolge und mit bzw. ohne Bindestrich massiv abzuspecken. Wir begrüssen die zusätzliche Wahlfreiheit einer «grossen» Lösung durchaus, aber es gibt keinen Grund für eine Inflation der verschiedenen Namenskombinationen, die nur Verwirrung stiften würde und keinen zusätzlichen Gewinn brächte.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart  
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun



Per E-Mail

Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

## **Vernehmlassung zur Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 17.523 (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wir folgt wahrnehmen:

### **1 Grundsätzliche Bemerkungen**

Die SP Schweiz unterstützt die vorliegende Vorlage vollumfänglich. Für uns steht im Namensrecht im Sinne einer liberalen Gesellschaftspolitik die grösstmöglich sinnvolle Wahlfreiheit der Ehegatt:innen und die Gleichstellung der Geschlechter im Zentrum. Vor diesem Hintergrund bedauert es die SP Schweiz,<sup>1</sup> dass die Abschaffung des sog. «echten Doppelnamens» im Rahmen der Namensrechtsrevision 2011<sup>2</sup> dazu geführt hat, dass aktuell rund 2/3 der Frauen bei der Heirat den Nachnamen ihres Ehegatten annahmen, ohne wie vor Inkrafttreten des neuen Namensrechts 2013 die Möglichkeit gehabt zu haben, durch Voranstellen ihres bisherigen Nachnamens («echter Doppelname») diesen als Bestandteil ihres neuen Nachnamens beibehalten zu können.<sup>3</sup> Die dieser Vorlage zugrunde liegende Parlamentarische Initiative will diesen Mangel beheben. Von den in der Vernehmlassung unterbreiteten Vorschläge zieht die SP Schweiz die «grosse Lösung» der «kleinen Lösung»<sup>4</sup> vor, weil sie den Ehegatt:innen eine grössere Wahlfreiheit bei der Namensgestaltung ermöglicht (siehe dazu nachstehend unter Ziff. 2.2.)

---

<sup>1</sup> Siehe Interpellation 14.3521 Rebecca Ruiz Welche Auswirkungen hat das neue Namensrecht?

<sup>2</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 5.

<sup>3</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 8.

<sup>4</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 11.

## **2 Kommentar zu den wichtigsten Bestimmungen**

### **2.1. Art. 160 Abs. 2 VE-ZGB («kleine Lösung»)**

Für die SP Schweiz stellt die in der «kleinen Lösung» beinhaltete Rückkehr zum früheren Namensrecht mit der Wiedereinführung der Möglichkeit der Wahl eines «echten Doppelnamens»<sup>5</sup> verbunden mit einer geschlechtsneutralen Formulierung aufgrund der Einführung der Ehe für alle einen Schritt in die richtige Richtung dar, da sie die Freiheit der Ehegatt:innen bei der Namenswahl vergrössert. Sie behebt den Mangel, dass nach geltendem Recht zwischen einem gemeinsamen Familiennamen und der Beibehaltung des bisherigen Nachnamens entschieden werden muss. Allerdings geht diese Lösung der SP Schweiz zu wenig weit: Die Möglichkeit der Verwendung der Nachnamen beider Ehegatten besteht nur, wenn ein gemeinsamer Familienname gewählt wurde. Dies führt zu einem faktischen Zwang der Ehegatt:innen, sich für einen gemeinsamen Familiennamen entscheiden zu müssen, um die gemeinsame Verbundenheit namensrechtlich zum Ausdruck bringen zu können. Diese Problematik besteht bei der sog. «grossen Lösung» nicht, weswegen die SP Schweiz dieser den Vorzug gibt (siehe nachstehend unter Ziff. 2.2.)

### **2.2. Art. 160 Abs. 4, 5 VE-ZGB («grosse Lösung»)**

Für die SP Schweiz ist die «grosse Lösung» die am geeignetste vorliegende Variante: Sie gewährleistet die individuelle Wahlfreiheit der Ehegatt:innen bei der Namenswahl nach einer Heirat am besten. Insbesondere ermöglicht sie die Berücksichtigung des Nachnamens des/der Ehegatt:in im eigenen Nachnamen nach der Heirat unabhängig davon, ob sich die Ehegatt:innen dazu entschieden haben, einen gemeinsamen Familiennamen zu führen oder nicht.<sup>6</sup> Damit wird umfassend sichergestellt, dass die Ehegatt:innen ihre gemeinsame Verbundenheit untereinander auch namensrechtlich zum Ausdruck bringen können.

### **2.3. Anwendbarkeit der Namensrechtsrevision auf eingetragene Partnerschaften (Art. 37b VE-PartG)**

Die SP Schweiz begrüsst es ausdrücklich, dass die hier vorgeschlagenen Änderungen im Ehenamensrecht auch auf die noch bestehenden eingetragenen Partnerschaften angewendet werden sollen.<sup>7</sup> Diese Gleichstellung ist unter dem Titel der Gleichbehandlung der Lebensformen nichts als logisch und konsequent, auch wenn nach dem Inkrafttreten der Ehe für alle per 1.7.2022 keine neuen eingetragenen Partnerschaften mehr eingegangen werden können.

---

<sup>5</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 12.

<sup>6</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 13.

<sup>7</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 17f.

## 2.4. Regelung der Allianznamen im Ausweisgesetz (Art. 2 Abs. 4 VE-Ausweisgesetz)

Im Sinne einer möglichst umfassenden Lösung unterstützt die SP Schweiz, dass auch bei von uns unterstützten Einführung einer grossen Lösung neben der dann vorgesehenen Festschreibung der entsprechenden Doppelnamen im den amtlichen Ausweisen auch nach wie vor Allianznamen in den amtlichen Ausweisen verwendet werden können sollen und spricht sich deshalb hier für Variante 3 aus.<sup>8</sup>

## 2.5. Übergangsrechtliche Regelungen im Eherecht (Art. 8a<sup>bis</sup> VE-SchIT ZGB)

Schliesslich unterstützt die SP Schweiz auch die vorgeschlagenen Regelungen im Übergangsrecht: Sowohl bei der «kleinen» wie bei der «grossen Lösung» ist es mit Blick auf die grösstmögliche Wahlfreiheit der Ehegatt:innen angezeigt, die mit dieser Vorlage ausgedehnten namensrechtlichen Wahlmöglichkeiten auch Ehepaaren zu ermöglichen, die vor Inkrafttreten dieser Gesetzesrevision geheiratet haben.<sup>9</sup>

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth  
Co-Präsident



Claudio Marti  
Politischer Fachsekretär

---

<sup>8</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 19.

<sup>9</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 22f., 24f.

Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

Elektronisch an:  
[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Bern, 29. September 2022

## Parlamentarische Initiative Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat

### Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Folge einer im Jahr 2003 eingereichten parlamentarischen Initiative hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates eine neue Regelung ausgearbeitet, die den «*Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau*» umsetzen wollte. Insbesondere sollte es nicht mehr möglich sein, dass einer der Ehegatten quasi dazu «*gezwungen*» werden konnte, auf seinen bisherigen Namen zu verzichten. Das Parlament hat am 30. September 2011 diesbezüglich eine Vorlage verabschiedet, welche insb. auch Begehlichkeiten aus feministischen Kreisen umsetzte.

Gemäss dem heute geltenden Grundsatz der Unveränderlichkeit des Geburtsnamens wirkt sich die Eheschliessung nicht mehr auf die Namensführung der Eheleute aus. Das heisst, die Verlobten behalten grundsätzlich ihren bisherigen Namen und bestimmen, welchen ihrer Ledignamen ihre gemeinsamen Kinder tragen sollen (vgl. «*Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau*»). Die Verlobten haben aber weiterhin die Möglichkeit, mittels Erklärung im Zeitpunkt der Eheschliessung einen ihrer Ledignamen zum gemeinsamen Familiennamen zu bestimmen. Diesen erhalten auch die gemeinsamen Kinder. Seit Inkrafttreten der Revision von 2011 kann jedoch kein amtlicher Doppelname mehr durch eine Voranstellungserklärung gebildet werden.

**Die SVP stimmt vorliegend der «grossen Lösung» zu. Die feministischen Begehlichkeiten haben heute nachweislich «die Situation für die Frau [...] verschlechtert». Mittels der vorliegenden Revision ist die Wahlmöglichkeit zur Führung eines amtlichen Doppelnamens mit Wirkung auf die gemeinsamen Kinder umzusetzen. Der bei einer Heirat gewählte Familienname ist Privatsache.**

Der erläuternde Bericht führt mit Blick auf den heute geltenden Grundsatz der Unveränderlichkeit des Geburtsnamens aus, dass «*die gelebte Praxis [...] allerdings deutlich [macht], dass das vor der Revision geltende Namensrecht bei der Eheschliessung heute faktisch weitergelebt wird: Im Jahr 2020 haben über zwei Drittel der Frauen den Namen des Mannes angenommen*». Es lässt sich somit festhalten, dass

das ursprüngliche, feministische Ziel der obgenannten Revision nicht erfüllt wurde – die ganze zugrundeliegende Gender-Motivation hat versagt. Jedoch muss heute der Umstand gewürdigt werden, dass bis vor Revision rund 25%, die in der Schweiz geheiratet haben, einen Doppelnamen gebildet haben.

Dieses Bedürfnis von Verlobten, wieder über die Möglichkeit zur Bildung eines Doppelnamens zu verfügen, ist nicht nur abgestützt auf den Bericht gross. Es besteht unbestritten ein grosser Wunsch vieler Brautpaare, künftig einen Doppelnamen führen zu können. Zudem muss jeweils ein Elternteil feststellen, dass der Name des künftigen Kindes ihren eigenen Namen gar nicht beinhaltet, wenn sie sich für eine der restriktiven Möglichkeiten des geltenden Schweizer Rechts entscheiden müssen (vgl. Grundsatz der Unveränderlichkeit des Geburtsnamens). Das Problem: Wenn verheiratete Eltern verschiedene Familiennamen haben, muss das Kind den Ledignamen von Vater oder Mutter übernehmen. Ein Doppelname für das Brautpaar kann hier Abhilfe bzw. eine Verbindung schaffen.

Weiter sind die Übergangsbestimmungen von grösster Bedeutung. Eheleute, welche sich eigentlich einen Doppelnamen gewünscht haben und sich aus persönlichen Gründen dazu entschieden haben, nicht den Ledignamen des andern als gemeinsamen Namen zu führen, ist rückwirkend ein Wahlrecht einzuräumen.

Dass die Vorlage keine Prüfung der Namensführung der Kinder haben soll, ist sehr bedauerlich. Es sei – wie bspw. in Österreich - auch die Bestimmung eines aus den Namen beider Elternteile gebildeter Doppelname als Kindesname vorzusehen. Weiter sehen auch Frankreich und Spanien einen Doppelnamen für das Kind vor. Von einer durch die gebotene Rückwirkung notwendigen Anpassung der Übergangsbestimmung allfällig betroffene Kinder wären noch unter 10 Jahre alt (Übergangslösung betrifft nur die letzten 8 Jahre) und haben daher noch keine starke Identifikation mit ihrem Nachnamen aufgebaut. Ein Wechsel zu einem Doppelnamen kann ihnen daher ohne weiteres zugemutet werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

## **SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident



Marco Chiesa  
Ständerat

Der Generalsekretär



Peter Keller  
Nationalrat



Per Mail an Kommission für Rechtsfragen NR

[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

## **17.523 Parlamentarische Initiative «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»**

### **Vernehmlassungsstellungnahme der Evangelischen Frauen Schweiz (Oktober 2022)**

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) nehmen zum vorgesehenen Gesetz wie folgt Stellung:

#### **1. Grundsatz**

Die EFS stimmen wir der vorliegenden Revision des Namensrechts zu, weil wir in der vorgeschlagenen «grossen Lösung» valable Chancen erkennen, den Grundsatz der Unveränderbarkeit des Namens gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB zu stärken («Gleicher Name von der Wiege bis zur Bahre»). Gleichzeitig kann dem Wunsch, die Zusammengehörigkeit eines Paares bzw. einer Familie mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, weiterhin entsprochen werden.

Da die «kleine Lösung» nicht beiden Verlobten dieselben Möglichkeiten eröffnet, lehnen wir diese aus Gleichstellungsgründen entschieden ab.

#### **2. Warum die Änderung sinnvoll ist**

Wir sind überzeugt, dass mit der Wahlmöglichkeit von Doppelnamen mehr Verlobte ihren ledigen Namen als Teil ihres amtlichen Namens beibehalten werden, auch wenn sie sich für einen einheitlichen Familiennamen entscheiden. Fakt ist, dass seit der Einführung der geltenden Regelung 2013 sich viele Paare für einen einheitlichen Familiennamen entschieden haben. Dazu muss aber ein:e Partner:in bzw. Verlobte:r ihren/seinen ledigen Namen aufgeben, was mehr als zwei Drittel der Frauen machen. Das heisst, sie/er kann diesen ledigen Namen nur noch als nicht-amtlichen Allianznamen dem Familiennamen hintenanstellen. Diese Situation ist unhaltbar und widerspricht der angestrebten Stärkung des Grundatzes, dass eine Person ihren Namen das ganze Leben lang trägt.



### 3. Behalten des eigenen Namens wird gestärkt

Eine Ehe einzugehen ist nicht nur ein rechtlicher, sondern auch ein emotionaler Akt. Dabei ist der Wunsch nach einer Familiengründung bzw. von gemeinsamen Kindern häufig. Das ist aus unserer Sicht einer der Hauptgründe für viele Paare, sich für einen gemeinsamen Familiennamen zu entscheiden. Das Paar will die Zusammengehörigkeit untereinander und mit allfälligen Kindern zeigen. Dieser Familienname widerspricht eigentlich dem Grundsatz des Gesetzes, dass beide Ehepartner:innen ihren Ledignamen behalten und wird daher nur mittels Erklärung ermöglicht. Solange diese Regelung besteht, soll daher von beiden Ehepartnern der amtliche Doppelname geführt werden können, wie es die grosse Lösung vorsieht.

### 4. Vereinfachung der Komplexität bei «Grosser Lösung»

Die Komplexität von Beziehungskonstellationen und deren Benennung ist hoch, was sich in den Beispielen und Varianten zur «Grossen Lösung» eindrücklich zeigt. Diese Vielfalt würde durch die vorgeschlagene Umsetzung der «grossen Lösung» noch vergrössert, weil sie den Paaren grössere Freiheit in der (amtlichen) Namenswahl ermöglicht. Wir sind der Meinung, dass die «grosse Lösung» vereinfacht werden kann, indem Doppelnamen grundsätzlich ohne Bindestrich geschrieben werden und auf die Auswahl verzichtet wird (s. 4.4 verworfene Lösungsansätze und 4.7 Zukunft des Allianznamens). Die Allianznamen verlieren mit der «grossen Lösung» ihre Bedeutung, da die Paare die Möglichkeit erhalten, den (amtlichen) Doppelnamen zu wählen, der automatisch auch in den persönlichen Ausweisen aufgeführt wird.

### 5. Namenswahl der Kinder

Auch ist der Name der Kinder in die Revision einzubeziehen. Gemäss geltendem Recht sind Eheleute, die ihre Namen behalten, bereits im Zeitpunkt der Eheschliessung verpflichtet, den Namen allfälliger Kinder zu bestimmen. Diese Regelung führt dazu, dass häufig der Name des Mannes als Familienname gewählt wird, da die Namenswahl der Eheleute und die Namensführung der Kinder in engem Zusammenhang stehen. Müsste der Name von Kindern nicht bereits bei der Heirat bestimmt werden, ist davon auszugehen, dass Eheleute vermehrt ihre Namen im Sinne des Grundsatzes gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB beibehalten würden. Die EFS halten es für sinnvoll, eine Regelung vorzusehen, mit welcher die Eheleute erst bei der Geburt des ersten Kindes über die Namensführung von Kindern entscheiden müssen. Die Eheleute erhalten so die Möglichkeit, sich bei der Vorbereitung auf den neuen Lebensabschnitt mit einem gemeinsamen Kind nicht nur mit Aspekten wie Kinderbetreuung auseinanderzusetzen, sondern sich auch in Ruhe mit der Namensführung des Kindes zu befassen, wie sie dies schon heute bei der Wahl des Vornamens des Kindes tun.



Evangelische Frauen Schweiz (EFS)  
Femmes Protestantes en Suisse (FPS)

Die EFS bedanken sich für die Entgegennahme ihrer Stellungnahme und hoffen, dass die aufgeworfenen Punkte Berücksichtigung finden.

Mit freundlichen Grüßen

Evangelische Frauen Schweiz EFS

Gabriela Allemann  
Präsidentin

Jana König  
Geschäftsleiterin

#### Über die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS)

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) vertreten als Dachverband von protestantischen und ökumenischen Frauenverbänden und Einzelmitgliedern die Interessen von rund 37'000 Frauen. Sie setzen sich in kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen für gerechte Verhältnisse und gewaltfreie Lösungen von Konflikten ein. Sie orientieren sich an den befreienden Grundlagen des Evangeliums und stehen in Auseinandersetzung mit feministischen Theologien.



## **17.523 Parlamentarische Initiative «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»**

### **Vernehmlassungsstellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF (September 2022)**

#### **I. Grundsätzliches**

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF lehnt die angestrebte Revision des Namensrechts ab. Sie bedeutet aus gleichstellungspolitischer Sicht einen Rückschritt gegenüber dem geltenden Recht.

Das neue Namensrecht ist nach einer bewegten Vorgeschichte mit mehreren Anläufen am 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Seither gilt gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB der Grundsatz der Unveränderbarkeit des Namens, wie ihn zahlreiche europäische Rechtsordnungen kennen («Gleicher Name von der Wiege bis zur Bahre»). Die Eheschliessung wirkt sich nicht mehr auf die Namensführung der Ehegatten aus. Die rechtliche Gleichbehandlung von Frau und Mann beim ehelichen Namen ist umgesetzt. Die Leitziele des geltenden Namensrechts werden von der EKF vorbehaltlos unterstützt.

Vorab stellt sich die Frage, ob nach so kurzer Zeit überhaupt Reformbedarf besteht. Die Statistik zeigt, dass der Grundsatz, wonach jeder Ehegatte bei der Heirat seinen Namen behält, entgegen den gesetzgeberischen Intentionen in der Praxis noch die Ausnahme ist. Viele Ehepaare machen von der Möglichkeit gemäss Art. 160 Abs. 2 ZGB Gebrauch und wählen einen ihrer Ledignamen als gemeinsamen Familiennamen. Auffallend sind die eklatanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Während rund zwei Drittel der Frauen den Namen des Mannes annehmen, ist dies umgekehrt nur selten der Fall. Damit haben sich die von der EKF in ihrer Stellungnahme vom September 2007 geäusserten Bedenken bestätigt: Die Option der Wahl eines gemeinsamen Namens führt dazu, dass es die Frauen sind, die den Namen des Ehemannes als Familiennamen akzeptieren.

Das traditionelle Bild, das die Familie als Einheit darstellt, ist in den Köpfen beider Geschlechter nach wie vor stark verankert. Bis Ende 1987 kam dem Ehemann die Stellung des Hauptes der Familie zu, die Ehefrau und die Kinder erhielten von Gesetzes wegen seinen Namen. Für viele Frauen ist es noch normal, dass sie mit der Heirat ihren Namen wechseln, so wie es auch die Mutter und die Grossmutter gemacht hat. Der Vorrang des Namens des Ehemannes, wie er über Jahrzehnte gesetzlich festgeschrieben war, wirkt nach. Die Wahlmöglichkeit gemäss Art.

160 Abs. 2 ZGB führt zu einem Druck auf die Frauen, die patriarchale Linie fortzusetzen und sich anzupassen. Dies verhindert die tatsächliche Gleichstellung. Die (Wieder-)Einführung von Doppelnamen als Zusatzoption würde - sowohl bei der «kleinen» als auch bei der «grossen» Lösung (s. unten) - den Grundsatz der Unveränderlichkeit des Geburtsnamens gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB noch mehr abschwächen. Zu den schon bestehenden Wahlmöglichkeiten käme eine dritte Möglichkeit hinzu, was zusätzliche Abweich- und Ausweichoptionen vom gleichstellungspolitischen Anliegen, dass Frauen ihren Ledignamen auch nach der Heirat behalten, eröffnen würde.

Falls das Namensrecht tatsächlich bereits nach wenigen Jahren revidiert werden soll, muss es in eine andere Richtung gehen. Aus gleichstellungspolitischer Perspektive drängt sich die Abschaffung der Wahlmöglichkeit gemäss Art. 160 Abs. 2 ZGB auf. Dies hätte auch den Vorteil, dass sich gesetzliche Bestimmungen zur Namensänderung bei Tod eines Ehegatten (Art. 30a ZGB) und bei Scheidung (Art. 119 ZGB) erübrigen würden. Die Erweiterung der Wahlmöglichkeiten, wie der Entwurf sie vorsieht, lehnt die EKF ab. Damit würden im Ergebnis Geschlechterstereotypen zementiert statt aufgebrochen.

Soll das Namensrecht tatsächlich bereits nach kurzer Zeit wieder geändert werden, ist der Name der Kinder in die Revision einzubeziehen. Gemäss geltendem Recht sind Ehegatten, die ihre Namen behalten, bereits im Zeitpunkt der Eheschliessung verpflichtet, den Namen allfälliger Kinder zu bestimmen. Diese Regelung führt dazu, dass häufig der Name des Mannes als Familienname gewählt wird, da die Namenswahl der Ehegatten und die Namensführung der Kinder in engem Zusammenhang stehen. Müsste der Name von Kindern nicht bereits bei der Heirat bestimmt werden, ist davon auszugehen, dass Ehegatten vermehrt ihre Namen im Sinne des Grundsatzes gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB beibehalten würden. Die EKF hält es – wie schon in einer früheren Stellungnahme – für sinnvoll, eine Regelung vorzusehen, mit welcher die Ehegatten erst bei der Geburt des ersten Kindes über die Namensführung von Kindern entscheiden müssen. Die Ehegatten erhalten so die Möglichkeit, sich bei der Vorbereitung auf den neuen Lebensabschnitt mit einem gemeinsamen Kind nicht nur mit Aspekten wie Kinderbetreuung auseinanderzusetzen, sondern sich auch in Ruhe mit der Namensführung des Kindes zu befassen, wie sie dies schon heute bei der Wahl des Vornamens des Kindes ja auch tun.

Mit dem neuen Namensrecht, das seit 2013 gilt, wurde ein Systemwechsel vollzogen. Die Tradition der Namenseinheit der Familie, wie sie seit 1912 galt, wurde aufgegeben zu Gunsten des Prinzips der Unveränderlichkeit des Geburtsnamens. Es gibt keinen Grund, nach so kurzer Zeit zum alten System zurückzukehren unter Wiedereinführung des Doppelnamens. Wer das Bedürfnis hat, die Zugehörigkeit mit einem einheitlichen Namen auszudrücken, kann dies mit einem Allianznamen (dem eigenen Namen wird der Name des Ehegatten mit Bindestrich hinzugefügt, z.B. «Keller-Suter») tun. Die Verbindung zu einem Ehegatten und den Kindern kann auf diese Weise gegen aussen sichtbar gemacht werden. Zwar handelt es sich beim Allianznamen nicht um einen amtlichen Namen, der im Personenstandsregister eingetragen wird. Er

lässt sich jedoch im täglichen Leben problemlos benützen und kann auf Verlangen im amtlichen Verkehr verwendet und in Ausweispapieren eingetragen werden. Was der Zusatznutzen eines amtlichen Doppelnamens – sei es mit oder ohne Bindestrich – sein soll, erschliesst sich nicht.

Einer der Megatrends in der modernen Gesellschaft ist die Individualisierung. Der Name ist ein wichtiges Element der Identität und der Persönlichkeit eines Individuums. Dies spricht klar für die Beibehaltung des Grundsatzes der Namenskontinuität. Zu berücksichtigen ist auch, dass bei einer Scheidungsquote von über 40 Prozent und weit verbreiteten nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Alltag die Namenseinheit der Familie erheblich an Gewicht verloren hat. Wer Gemeinsamkeit schaffen will, hat viele Möglichkeiten, einen einheitlichen Namen braucht es dafür nicht.

Die Rückkehr zur Namenseinheit in der Familie steht der gesellschaftlichen Entwicklung diametral entgegen und bedeutet einen Rückschritt. Die Tendenz geht dahin, Sozialversicherungen und andere staatliche Leistungen sowie die Besteuerung unabhängig vom Zivilstand auszugestalten. Es ist nurmehr konsequent, auch den Namen gänzlich vom Zivilstand zu entkoppeln. Anhand des Namens auf den Zivilstand schliessen zu können, ist überholt und diskriminierend. Aus dem Namenskonstrukt soll nicht gelesen werden können, ob eine Person verheiratet ist oder nicht.

## **II. Zu den Lösungsvorschlägen**

### **1. «Kleine Lösung»**

Gemäss dieser Lösung bestimmen die Ehegatten den gemeinsamen Familiennamen. Jene Person, deren Name nicht zum gemeinsamen Familiennamen wird, kann den bisherigen Namen dem Familiennamen voranstellen. Diese Lösung entspricht dem Recht, wie es vor 2013 galt.

Die Wiedereinführung dieses Doppelnamens würde alte Rollenmuster fortschreiben und widerspricht einer fortschrittlichen Gleichstellungspolitik. Absehbar wäre, dass zumeist der Name des Mannes zum Familiennamen würde. Doppelnamen würden viele Frauen, aber kaum je ein Mann tragen. Ein zeitgemässes Namensrecht sieht anders aus. Es ist denn auch nicht erstaunlich, dass die Parlamentarische Initiative aus Kreisen kommt, die bislang nicht mit Engagement in Gleichstellungsfragen aufgefallen sind.

### **2. «Grosse Lösung»**

Die «grosse Lösung» ermöglicht – im Gegensatz zur «kleinen Lösung» – beiden Ehegatten, einen Doppelnamen zu tragen. Sie können ihren eigenen Namen behalten und den Namen des anderen Ehegatten anfügen. Oder sie erklären einen Namen zum gemeinsamen Familiennamen und fügen den anderen Namen an, so dass sie beide den identischen Doppelnamen tragen. Zusätzlich können die Ehegatten wählen, ob die Doppelnamen mit einem Bindestrich verbunden sein sollen oder nicht.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist die «grosse Lösung» der «kleinen Lösung» vorzuziehen. Der faktische Vorrang des Namens des Ehemannes wird bei diesem Vorschlag weitgehend eliminiert. Die vielfältigen Wahlmöglichkeiten und das Nebeneinander von Namen mit und ohne Bindestrich sind jedoch mit erheblichen Nachteilen behaftet. Das Namensrecht wird kompliziert und unübersichtlich, was sich zu Lasten der Praktikabilität und der Rechtssicherheit auswirkt.

Ziel sollte eine gesetzliche Regelung sein, die diskriminierungsfrei und einfach ist. Dieses Ziel lässt sich am besten dadurch erreichen, dass jeder Ehegatte bei der Heirat seinen Namen behält, wie es Art. 160 Abs. 1 ZGB vorsieht, jedoch die Wahlmöglichkeit gemäss Art. 160 Abs. 2 ZGB aufgehoben wird. Die Stellung der Frau wird gestärkt, indem sie ihren angestammten Namen ohne Wenn und Aber behält, so, wie es für die meisten Männer eine Selbstverständlichkeit ist.



## **17.523 Initiative parlementaire « Autoriser le double nom en cas de mariage »**

### **Prise de position de la Commission fédérale pour les questions féminines CFQF dans le cadre de la procédure de consultation (septembre 2022)**

#### **I. Principes**

La Commission fédérale pour les questions féminines CFQF rejette la révision proposée du droit du nom, car elle constitue, au regard de la politique en faveur de l'égalité entre femmes et hommes, un recul par rapport au droit en vigueur.

Le 1<sup>er</sup> janvier 2013, après de longues tergiversations, le nouveau droit du nom entré en vigueur. Depuis, selon l'art. 160, al. 1 CC, le principe de la continuité du nom s'applique, comme dans de nombreux systèmes juridiques européens (« même nom de la naissance à la mort »). La conclusion du mariage n'a plus d'incidence sur le nom des époux. L'égalité de traitement juridique entre femmes et hommes en ce qui concerne le nom matrimonial est ainsi garantie. La CFQF appuie sans réserve les objectifs généraux du droit du nom en vigueur.

Se pose tout d'abord la question de la nécessité d'une nouvelle réforme si peu de temps après la dernière révision du droit du nom. Les statistiques le montrent : malgré l'intention du législateur de faire prévaloir le principe du maintien du nom de famille de chaque époux après le mariage, son application demeure une exception dans la pratique. De nombreux couples font usage de la possibilité que leur accorde l'art. 160, al. 2 CC de choisir le nom de célibataire de l'un des époux comme nom de famille commun. À cet égard, le déséquilibre entre les sexes est frappant : environ deux tiers des femmes prennent le nom de leur époux, tandis que l'inverse reste rare. Ainsi, les craintes exprimées par la CFQF dans sa prise de position de septembre 2007 se sont réalisées : la possibilité de choisir un nom de famille commun a pour effet d'inciter les femmes, majoritairement, à accepter le nom de leur futur mari comme nom de famille.

Le stéréotype traditionnel d'une vision unitaire de la famille reste profondément ancré dans les mentalités des femmes comme des hommes. Jusqu'à fin 1987, le mari se voyait attribuer la qualité de chef de famille, et la loi imposait que son épouse et ses enfants portent son nom. Pour de nombreuses femmes, il est encore normal de changer de nom lors de leur mariage, comme l'ont fait leurs mères et leurs grands-mères. La primauté du nom de l'homme, telle

qu'elle a été instituée pendant des décennies par la loi, demeure effective. La possibilité de choix selon l'art. 160, art. 2 CC exerce une pression sur les femmes, les incitant à perpétuer le modèle patriarcal et à changer de nom. Cette situation compromet dans les faits l'égalité entre femmes et hommes. L'introduction (la réintroduction) du double nom comme option supplémentaire affaiblirait davantage encore le principe du maintien du nom de naissance selon l'art. 160 al. 1 CC tant dans le cas de la « petite » que de la « grande » solution (voir ci-dessous). En plus des possibilités de choix existantes, une troisième possibilité serait envisageable : elle ouvrirait la porte à des alternatives supplémentaires de la question de l'égalité entre femmes et hommes selon lesquelles les femmes peuvent conserver leur nom de célibataire après le mariage.

Si le droit du nom doit effectivement être révisé, alors il faut aller dans une tout autre direction. Au regard de la politique en faveur de l'égalité entre femmes et hommes, la suppression de la possibilité de choix selon l'art. 160, al. 2 CC apparaît nécessaire. Cela présenterait également l'avantage de rendre superflues les dispositions légales concernant le changement de nom au décès d'un des époux (art. 30a CC) et en cas de divorce (art. 119 CC). La CFQF s'oppose à l'extension des possibilités de choix telle que la prévoit le projet de révision, car elle aurait pour résultat de renforcer plutôt que d'abolir les stéréotypes de genre.

Si le droit du nom doit effectivement déjà être révisé après si peu de temps, le nom des enfants doit être pris en considération dans la révision en question. Conformément au droit en vigueur, les époux qui conservent leur nom sont tenus de décider du nom de leurs enfants éventuels dès la conclusion du mariage. Du fait de cette règle, c'est souvent le nom de l'homme qui est choisi comme nom de famille, car il existe un lien étroit entre le choix du nom des époux et de celui des enfants. Si le nom des enfants ne devait pas être déterminé dès la conclusion du mariage, on peut supposer que les époux seraient plus nombreux à conserver leur nom au sens du principe énoncé à l'art. 160 al. 1 CC. La CFQF juge judicieux – tout comme dans une prise de position précédente – de prévoir une règle en vertu de laquelle les époux ne doivent choisir le nom de leurs enfants qu'à la naissance de leur premier-né. Les époux pourraient ainsi, alors qu'ils se préparent à leur nouvelle vie avec un enfant, ne pas avoir à s'occuper uniquement d'aspects pratiques comme la garde d'enfant par exemple, mais auraient aussi la possibilité de choisir en toute tranquillité le nom de leur enfant comme ils le font d'ores et déjà pour son prénom.

Le nouveau droit du nom en vigueur depuis 2013 a institué un changement de système. La tradition de l'unité de nom de la famille, en vigueur depuis 1912, a été abandonnée au profit du principe du maintien du nom de naissance. Rien ne justifie que l'on revienne à l'ancien système après si peu de temps en réintroduisant le double nom. Les personnes souhaitant exprimer leur appartenance à une famille par un nom commun peuvent recourir au nom dit d'alliance (consistant à apposer le nom du conjoint ou de la conjointe à son propre nom à l'aide d'un trait d'union, p. ex. « Keller-Suter »). Cette solution permet d'affirmer, vis-à-vis de personnes

extérieures à la famille, le lien familial avec un conjoint ou une conjointe ainsi qu'avec les enfants. Certes, le nom d'alliance n'est pas un nom officiel inscrit à l'état civil. Cependant, il est tout à fait possible de l'utiliser dans la vie quotidienne, et il peut sur demande être utilisé dans la correspondance officielle et apparaître sur les documents d'identité. Dès lors, instaurer un double nom (avec ou sans trait d'union) qui serait officiel ne semble présenter aucun avantage supplémentaire.

L'individualisation est l'une des grandes tendances de notre société moderne. Le nom est un élément essentiel de l'identité et de la personnalité d'un individu. Cet état de fait parle clairement en faveur du maintien du principe de la continuité du nom. Soulignons également que, avec un taux de divorce de plus de 40 % et une tendance répandue à la communauté de vie non maritale, l'unité de nom de la famille a considérablement perdu en importance au quotidien. De nombreuses possibilités s'offrent aux couples souhaitant créer une communauté de vie, sans qu'il soit besoin d'avoir un nom de famille commun.

Le retour à l'unité de nom de la famille apparaît diamétralement opposé à l'évolution sociétale et équivaldrait donc à une régression. Selon la tendance actuelle, les assurances sociales et les autres prestations étatiques, de même que l'imposition, sont organisées indépendamment de l'état civil. Il semble donc logique de décorrélérer entièrement le nom de l'état civil. Pouvoir déduire la situation maritale d'une personne à partir de son nom est une exigence obsolète et un facteur discriminant. La graphie du nom de famille ne doit pas permettre de savoir si une personne est mariée ou pas.

## **II. Concernant les propositions de solution**

### **1. « Petite solution »**

Selon cette solution, les époux déterminent leur nom de famille commun. La personne dont le nom n'est pas retenu comme nom de famille commun peut conserver son ancien nom en l'antéposant au nom de la famille. Cette solution correspond au droit en vigueur jusqu'en 2013.

La réintroduction de ce double nom perpétuerait l'ancienne répartition des rôles et irait à l'encontre d'une politique progressiste d'égalité entre femmes et hommes. Il faudrait alors s'attendre, dans la plupart des cas, à ce que le nom de l'homme soit choisi comme nom de famille. De nombreuses femmes porteraient un double nom, tandis que pratiquement aucun homme ne ferait ce choix. Ce n'est pas là l'esprit d'un droit du nom moderne. On constate d'ailleurs sans surprise que cette initiative parlementaire émane de cercles qui ne se sont pas jusqu'à présent illustrés pour leur engagement en faveur de l'égalité entre femmes et hommes.

### **2. « Grande solution »**

Contrairement à la « petite solution », la « grande solution » donne aux deux époux la possibilité de porter un double nom. Chacun peut conserver son propre nom en le faisant suivre de celui de son conjoint ou de sa conjointe, ou alors les deux époux choisissent un nom de

famille commun qu'ils font suivre de l'autre nom, si bien que les deux personnes portent le même double nom. Par ailleurs, les époux peuvent choisir si le double nom doit s'écrire avec ou sans trait d'union.

Du point de vue de la politique en faveur de l'égalité entre femmes et hommes, la « grande solution » doit être privilégiée par rapport à la « petite solution ». Cette proposition permet d'éliminer largement la primauté de fait du nom de l'homme dans le couple. Les multiples possibilités de choix et la juxtaposition du nom avec ou sans trait d'union présentent toutefois des inconvénients notables. Le droit du nom devient complexe et opaque, ce qui va à l'encontre du sens pratique et de la sécurité juridique.

L'objectif devrait être une législation simple et non discriminatoire. La meilleure façon de réaliser cet objectif consisterait à disposer que chaque époux conserve son nom lors du mariage, comme le prévoit l'art. 160, al. 1 CC, et à supprimer la possibilité de choix selon l'art. 160, al. 2 CC. La position de la femme s'en trouverait renforcée, puisqu'elle conserverait son nom d'origine en toute circonstance, un droit que la plupart des hommes considèrent comme allant de soi.

Traduction : Julie Bégic



**Versand per E-Mail: [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)**

Nationalrat Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

Regensdorf, 08. Oktober 2022

**Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative [17.523](#) n Pa. Iv. (Stamm)  
Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Dachorganisation der über 200 angeschlossenen muslimischen Vereine in der Schweiz vertritt die Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) die Interessen von der Mehrheit der organisierten Muslime in der Schweiz. Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Die FIDS begrüsst den neuen Vorstoss zur Wiedereinführung von amtlichen Doppelnamen. Die seit 2013 geltende Rechtslage erlaubt es Verlobten nicht mehr, nach einer Heirat einen amtlichen Doppelnamen zu bilden. In der Praxis hat dies unter anderem zur Folge, dass viele Frauen ihren Ledignamen und damit einen Teil ihrer Identität aufgeben. Die FIDS ist der Ansicht, dass einige Änderungen sinnvoll wären und unterstützt daher klar die Revision des Namensrechts.

Die FIDS spricht sich eher für die "kleine Lösung" aus. Diese sei leichter umzusetzen und klarer. Mit dieser Regelung wird zudem die Einheit der Familie durch den gemeinsamen Familiennamen zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig die Bildung eines amtlichen Doppelnamens ermöglicht. Das Namensrecht der Kinder muss auch berücksichtigt werden. Die "große Lösung" könnte zu unerwünschten Situationen führen, in denen ein minderjähriges Kind zum einzigen Familienmitglied wird, das den Ledignamen eines Elternteils trägt (wobei die Eltern sich möglicherweise für einen Doppelnamen entschieden haben). Die FIDS ist daher überzeugt, dass die "kleine Lösung" den verschiedenen Anliegen einer großen Anzahl von Ehepaaren besser gerecht wird und die Kontinuität des Namens als Persönlichkeitsrecht sicherstellt.

Der Vorstand der FIDS dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Namen der FIDS – Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz

Dr. Montassar BenMrad  
Präsident

[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch) (PDF- und Word-Version)

Bern, im September 2022  
PS/PD

### **Vernehmlassung 2022/41: Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Doppelname bei der Eheschliessung)**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie das rubrizierte Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Dachverband Freikirchen Schweiz (vormals VFG) ist ein nationaler Kirchenverband mit gegenwärtig 17 freikirchlichen Bewegungen aus der Deutschschweiz und dem Tessin, zu denen über 700 örtliche Kirchen mit ihren diakonischen Werken gehören. Nach Schätzungen machen die Evangelisch-Freikirchlichen 2,5-3,2% der Schweizer Bevölkerung aus.

Neben der Schweizer Bischofskonferenz und dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund versteht sich Freikirchen.ch zusammen mit dem Réseau als dritte Kraft der christlichen Kirchen in der Schweiz und als Sprachrohr für die gemeinsamen Anliegen der Freikirchen. Das Nationale Forschungsprogramm "Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft" (NFP 58) hat 2008 für ein normales Wochenende in der Schweiz 690'000 Personen ermittelt, die an einem religiösen Ritual teilnehmen. 189'070 Personen (27.4%) machen das in einem freikirchlichen Gottesdienst (gegenüber 99'352 Personen (14.4%) in ev. ref. Kirchen und 264'596 (38,4%) in katholischen Gemeinden.)

Freikirchen.ch debattiert sehr unterschiedliche Fragen. Wir begrenzen uns nicht nur auf kulturelle und religiöse Fragen. Für uns ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass wir im 21. Jahrhundert in unserer Gesellschaft zu einem gelingenden Miteinander finden. Dazu möchten wir beitragen.

**Unser Dachverband begrüsst die vorgesehene Gesetzesänderung. Er spricht sich für die grosse Lösung aus.**

Nach Meinung unseres Verbandes sollte das Namensrecht möglichst freiheitlich ausgestaltet werden. Die vorgesehenen Änderungen sind zudem ehefreundlich, indem mit dem Namen die gemeinsame Beziehung zum Ausdruck gebracht werden kann.

Kontaktperson: Peter D. Deutsch, Fürsprecher, [deutsch@ad-p.ch](mailto:deutsch@ad-p.ch).

Freundliche Grüsse



Peter Schneeberger, Präsident  
DACHVERBAND FREIKIRCHEN.CH

**KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN IM ZIVILSTANDSDIENST  
CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES DE SURVEILLANCE DE L'ÉTAT CIVIL  
CONFERENZA DELLE AUTORITÀ CANTONALI DI VIGILANZA SULLO STATO CIVILE**

Kommission für Rechtsfragen  
des Nationalrates  
Sekretariat  
3003 Bern

Per Mail an:  
[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Münsingen, 26. September 2022

**Vernehmlassung zur Vorlage „Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat“**  
Stellungnahme Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident  
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder  
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie laden in der eingangs erwähnten Angelegenheit zur Vernehmlassung ein. Gerne nutzen wir die Gelegenheit und lassen uns als Fachkonferenz im Zivilstandswesen vernehmen. Gerne nehmen wir zu den geplanten Gesetzesänderungen Stellung.

Grundsätzlich begrüssen wir die Möglichkeit für Eheleute, in Zukunft einen amtlichen Doppelnamen führen zu können. Die beiden vorgeschlagenen Varianten, insbesondere die zweite Variante, lehnen wir jedoch ab. Die beiden Lösungsansätze gehen einerseits zu wenig weit, indem sie beispielsweise das momentan geltende Prinzip des Ledignamens unbesehen übernehmen und damit die Interessen der Kinder zu wenig bzw. überhaupt nicht berücksichtigen. Andererseits sind sie zu komplex und kompliziert, um alltagstauglich angewendet zu werden. Beide Varianten, insbesondere aber die zweite Variante, würden zu grosser Verwirrung und Unsicherheit führen. Dies zeigt sich anhand eines Beispiels mit zwei Eheleuten die jeweils ihren vor der Ehe geführten und nicht ihrem Ledignamen entsprechenden Namen beibehalten. Ihre Kinder würden aufgrund der zwingend zu berücksichtigenden Anknüpfung an die Ledignamen anders wie ihre Eltern heissen. Daran zeigt sich auch, dass das vorgegebene Ziel der Vorlage, nämlich die familiäre Zusammengehörigkeit mittels des Namens zum Ausdruck zu bringen, mit den vorgeschlagenen Varianten nicht erreicht wird.

Heute sind Ehegatten, welche keinen gemeinsamen Familiennamen führen, verpflichtet, den Ledignamen der Kinder anlässlich der Eheschliessung, bzw. des Ehevorbereitungsverfahrens

festzulegen. Dies zeigt, dass die Namenswahl der Ehegatten in einem engen Zusammenhang mit der Namensführung der Kinder steht und nicht losgelöst davon zu betrachten ist. Schon deshalb ist es nicht sinnvoll, die Namensführung der Kinder aus der Vorlage auszuklammern. Zudem ist zu beachten, dass das heute geltende Namensrecht ungenügend ist und die Namensänderungsbehörden im Rahmen von Art. 30 Abs. 1 ZGB zum Teil korrigierend eingreifen müssen.

Wir beantragen, die Vorlage vollständig zu überarbeiten und zu vereinfachen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt bzw. in die Überlegungen miteinbezogen werden:

- Die aktuelle und in der Vorlage übernommene exklusive Anknüpfung an den Ledignamen ist aufzugeben. Wie zwischen 1988 und 2012 soll ein von einem der Ehegatten vor der Trauung geführter Name unabhängig von dessen Qualifikation als Ledignamen zum gemeinsamen Familienname bestimmt werden können. Nach einer Eheauflösung soll jederzeit die Rückkehr zum vor der Ehe getragenen Familiennamen oder zum Ledignamen möglich sein.
- Bei einem gemeinsamen Familiennamen soll der bisher geführte Name oder der Ledignamen mit Bindestrich angefügt werden können. Hat sich sodann das Prinzip des Allianznamen in der Schweiz bewährt, stellt sich die Frage, ob dieser nicht zu einer amtlichen und somit in Infostar zu beurkundenden Namensführung deklariert wird.
- Auch bei der Bestimmung der Namensgebung bei Kindern ist zwingend die "Selbstbeschränkung" auf Ledignamen fallen zu lassen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Kinder den tatsächlich von einem ihrer Elternteile geführten Namen tragen und damit auch für Dritte erkennbar eine Familieneinheit bilden.
- Wird die Ermöglichung von Doppelnamen bei Ehegatten angestrebt, ist absehbar, dass entsprechende Forderungen auch für die Namensführung von Kindern laut werden. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates soll sich ebenfalls mit dieser Option auseinandersetzen.
- Die Verpflichtung zur Namensbestimmung der gemeinsamen Kinder bereits im Rahmen des Ehevorbereitungsverfahrens drängt sich in der Praxis nicht auf. Die Eltern sollen sich diesbezüglich neu zum Zeitpunkt der Geburt festlegen dürfen.

Im Gesamtkontext des Namensrechts soll zudem im Zuge der Parlamentarischen Initiative Walliser die Möglichkeit ergriffen werden, die Zuständigkeit für Namensänderungen den aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen anzupassen. Art. 30 Abs. 1 ZGB benennt die Regierung des Wohnsitzkantons als Namensänderungsbehörde. Tatsächlich werden die entsprechenden Entscheidungen aber schon aktuell meist von den kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst getroffen.

Ein Namensänderungsgesuch kann nur vollständig und richtig beurteilt werden, sofern das spezifische Fachwissen und die nötigen Personenstandsregisterinformationen vorhanden sind. Letzteres kann durch eine Namensänderungsbehörde ohne direkte Verbindung zur kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandsdienst nur mit viel zusätzlichem Aufwand (auch für Gesuchstellende -> je nach Konstellation Beschaffung und Kauf von mehreren Dokumenten) gewährleistet werden. Mit der Entwicklung seit den letzten, in kürzeren Rhythmen erfolgten Namensrechtsrevisionen, wird diese Abhängigkeit immer offensichtlicher. So bedingen die bereits oben erwähnten, notwendigen und vorgesehenen Korrektur Namensänderungen nach abgelaufenen Namenserklärungsfristen (teilweise in den Materialien erwähnt) eine generelle

Beurteilung der personenstandsrechtlichen Situation der Gesuchstellenden und ggf. von Familienangehörigen. Aus den vorstehenden Gründen ist es naheliegend, dass in Art. 30 Abs. 1 ZGB neu die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst als Namensänderungsbehörde aufgeführt werden.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Eingabe.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN  
IM ZIVILSTANDSDIENST**

**Namens des Vorstandes**

**Der Präsident:**



Jon Peider Arquint

**Der Geschäftsführer:**



Walter Grossenbacher

Kopie an

- Mitglieder KAZ
- KKJPD
- SVZ, Präsident Roland Peterhans



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren  
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police  
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Per Mail an:  
eazw@bj.admin.ch

Bern, 21.09.2022  
13 jäg

**Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 17.523 n Pa. Iv.  
(Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) wurde eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür bestens.

Der Vorstand KKJPD hat in seiner Sitzung vom 27. Juni 2022 beschlossen, auf eine Stellungnahme im Namen der KKJPD zu verzichten. Für die fachliche Einschätzung der Vorlage verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ).

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Florian Düblin  
Generalsekretär

M. Marcello Cangialosi  
Rue de Moillebeau 42 B  
1209 Genève  
[marcellocangialosi@hotmail.com](mailto:marcellocangialosi@hotmail.com)  
0764378037

Commission des affaires juridiques  
CH-3003 Berne

**Procédure de consultation 2022/41**  
**Code civil suisse (double nom en cas de mariage)**

---

Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques,  
Madame, Monsieur,

Par la présente, je me permets de vous faire part de mes commentaires dans le cadre de la procédure de consultation 2022/41 portant sur l'avant-projet visant à mettre en œuvre l'initiative parlementaire 17.523 (Stamm) Walliser « Autoriser le double nom en cas de mariage ».

Bien que je salue les avancées très positives que cet avant-projet représente pour les couples qui choisissent de se marier, je trouve regrettable que la commission des affaires juridiques (CAJ) ne saisisse pas l'occasion de ce débat pour également proposer une évolution en matière du nom des enfants des couples mariés. A la lecture de l'avant-projet il reste un sentiment d'inachevé qui interroge sur la portée et l'utilité finale du compromis trouvé. Mes remarques portent principalement sur trois points :

**Point 1. Nom des enfants**

Je relève tout d'abord que le rapport prend d'emblée de court le lecteur-citoyen en indiquant que « le projet de loi n'aura pas d'effet sur le nom des enfants <sup>1</sup> », sans donner d'explication sur les raisons qui motivent la décision de la CAJ de ne pas débattre d'une évolution qui pourrait être positive en matière du nom de l'enfant, thème pourtant directement corrélé au nom des parents mariés.

Le moment semble pourtant opportun pour que le législatif ouvre le débat sur le double nom des enfants, refusé jusqu'ici et une nouvelle fois encore avec cet avant-projet. Pour quelles raisons ? Il s'agit d'une réelle occasion manquée qui suscite l'incompréhension de la génération des 25-45 ans dans un pays moderne comme le nôtre.

Comme le démontrent en effet les études comparatives les plus récentes sur le droit du nom<sup>2</sup>, que le rapport lui-même cite, « la tendance générale dans le monde occidental est à un large choix du nom pour les personnes mariées et pour les enfants ». Il est surprenant dès lors que malgré une sympathie démontrée depuis plusieurs années dans la population suisse pour cette solution, celle-ci ne soit pas examinée par CAJ. Une telle solution constituerait par ailleurs une évolution plus égalitaire en matière de genre au sein de notre société.

Je demande donc que la commission des affaires juridiques (CAJ) :

- présente de manière exhaustive les différents scénarios examinés parmi lesquels les deux scénarios proposés dans l'avant-projet ont été retenus (« petite » et « grande » solution) ;
- explique les raisons qui poussent la CAJ à ne pas entrer en matière sur une évolution positive concernant le nom des enfants ;
- réexamine son avant-projet en proposant une modification du Code civil (art. 270 et ss.) de manière à le faire évoluer positivement en matière du nom de l'enfant, incluant la possibilité de transmettre aux enfants de couples mariés un double nom, composé des noms de célibataires des deux parents, afin de s'aligner sur la tendance des pays animés d'un esprit des lois similaire au nôtre en Suisse. Une proposition d'amendement pourrait être la suivante<sup>3</sup> :

---

<sup>1</sup> 17.523 Initiative parlementaire Autoriser le double nom en cas de mariage, Rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national (ci-après « Rapport explicatif »), p.2.

<sup>2</sup> BADDELEY, Margareta. Le droit du nom suisse : état des lieux et plaidoyer pour un droit "libéré". La pratique du droit de la famille, 2020, vol. 21, no. 3, p. 613-643.

<sup>3</sup> BADDELEY, Margareta, p. 641.

M. Marcello Cangialosi  
Rue de Moillebeau 42 B  
1209 Genève  
[marcellocangialosi@hotmail.com](mailto:marcellocangialosi@hotmail.com)  
0764378037

« (...) Art. 270 Le nom de l'enfant de parents investis de l'autorité parentale conjointe

1 Les parents investis de l'autorité parentale conjointe déclarent à l'officier de l'état civil à la naissance ou à l'adoption de leur premier enfant le nom choisi pour celui-ci. Ce nom peut être le nom commun des parents, le nom simple ou double de l'un ou de l'autre parent, ou un double nom composé de deux éléments provenant du nom de la mère et du nom du père.

2 Dans le délai d'un an, les parents peuvent déclarer conjointement à l'officier de l'état civil que l'enfant portera un autre nom parmi les noms autorisés.

3 Les enfants nés ou adoptés ultérieurement portent le même nom.

4 Les changements ultérieurs de l'attribution de l'autorité parentale n'ont pas d'effet sur le nom de l'enfant. Si l'autorité parentale est retirée à l'un des parents pendant l'année suivant la naissance ou l'adoption de l'enfant, le droit de modifier le nom de l'enfant échoit à l'autre parent. Si l'autorité parentale est retirée aux deux parents, l'enfant conserve son nom. (...) »

## Point 2. Argument du lien familial

Un autre point m'interpelle.

La génération actuelle de parents en Suisse, dont je fais partie, estime que la possibilité de transmettre un double nom à nos enfants, composé des noms de célibataire des deux parents, est la forme la plus égalitaire qui réponde aux souhaits des parents, mariés ou non, de mettre en évidence le lien qui les unit à leurs enfants.

La manière dont le rapport explicatif évoque la satisfaction de ce besoin repose sur une argumentation faible et partial qui peut induire le lecteur en erreur quant à la portée réelle de la révision proposée<sup>4</sup>. Pour un parent c'est moins « la perception par autrui du lien qui les unit à leur enfant » qui importe mais davantage le sentiment d'identification obtenu par la transmission du nom à son enfant. Le rapport omet en outre d'indiquer que cela est certainement valable pour l'enfant également durant son propre développement cognitif, ce dont je peux témoigner en tant que père. En effet, un parent qui ne peut pas transmettre son nom de célibataire à son enfant, même s'il opte pour un double nom de mariage partagé avec son/sa conjoint-e, tel que proposé par cette révision, continuera de se sentir lésé dans le lien qui l'unit à son propre enfant - et potentiellement frustré dans son couple - par rapport à une contrainte qu'il se voit inutilement imposé consistant à devoir attribuer le nom de l'autre géniteur légitime à son propre enfant.

Du point de vue des enfants : comme le mentionnent les références suisses les plus récentes en la matière « Le double nom de l'enfant ôterait le danger que le nom de l'enfant soit dégradé en objet de négociations entre futurs époux (...) » mais surtout « *il laisse l'enfant se forger son identité propre sans influence préalable d'une des deux lignes parentales, que ce soit dans le contexte multi-relational d'une famille recomposée, mais aussi dans les cas où l'enfant vit avec ses deux parents.* »<sup>5</sup>

La fonction « d'identification psychologique personnelle et de représentation de soi » n'est donc pas atteinte, contrairement à ce qu'indique le rapport explicatif, si l'on prend pour référence le vécu réel des parents qui sont dans cette situation.

Comme l'indique par ailleurs une autre étude d'envergure internationale, « du point de vue de la société, se pose la question de savoir *si le moment du mariage est le meilleur moment pour le choix du nom des enfants,*

<sup>4</sup> "Rapport explicatif", p.9, « Il est également important de noter que le nom sert d'une part à identifier l'appartenance familiale dans la lignée familiale horizontale et verticale (ascendance) et il permet d'autre part l'identification psychologique personnelle et la représentation de soi. Ces fonctions du nom pourraient être considérablement renforcées par la réintroduction d'un double nom matrimonial. **Cela permettrait de mieux répondre au souhait des époux de mettre en évidence le lien qui les unit à leurs enfants au moyen du nom. Il est ainsi possible à autrui de percevoir d'emblée ce lien parents-enfant.** Dans cette optique et dans le contexte d'une société qui se préoccupe de plus en plus de l'individualité et de la fonction d'identification des (doubles) noms, la (ré)introduction d'un double nom officiel lors du mariage constitue un moyen approprié pour répondre aux besoins de nombreux époux. Les couples ont ainsi un choix supplémentaire en matière de nom, qui leur permet de représenter de façon égalitaire l'unité famille, tout en préservant leur propre identité. »

<sup>5</sup> BADDELEY, p. 627.

M. Marcello Cangialosi  
Rue de Moillebeau 42 B  
1209 Genève  
[marcellocangialosi@hotmail.com](mailto:marcellocangialosi@hotmail.com)  
0764378037

face au constat que ce n'est peut-être qu'au moment où l'enfant s'annonce réellement, éventuellement des années après le mariage, que les parents sont sensibles aux enjeux de leur choix. »<sup>6</sup>

Je demande donc que le rapport explicatif soit complété avec ses éléments et présente la question de « l'identification psychologique personnelle et la représentation de soi » de manière plus nuancée et que l'avant-projet soit adapté, tel que proposé sous le point 1 *supra*.

### **Point 3. Droit comparé, en particulier avec le droit européen**

Enfin, le rapport mentionne « Le droit du nom des enfants varie considérablement d'un pays à l'autre », ce qui est vrai dans les faits.<sup>7</sup> Il est en revanche regrettable de constater que le rapport n'informe pas clairement le lecteur de la tendance progressiste et égalitariste des autres pays occidentaux quant à la possibilité d'attribuer un double nom aux enfants.

Une description plus détaillée de ces développements positifs et réels au niveau européen aurait permis aux citoyens concernés par le présent avant-projet de réaliser de manière plus informée à quel point notre pays est en retard en la matière...et la pertinence qu'il y aurait à ce que la CAJ traite également de cette question dans le cadre de cet avant-projet.

En vous remerciant pour l'opportunité d'avoir ainsi pu contribuer au débat et de la bienveillance avec laquelle vous accueillerez mes commentaires, je vous prie de croire, Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques, Madame, Monsieur, à l'assurance de ma considération distinguée.

Avec mes meilleures salutations,



Marcello Cangialosi

<sup>6</sup> LAMESTA, Jennifer, BADDELEY, Margareta. Au nom du père et de la mère : étude comparative sur le droit du nom dans la perspective du droit du nom en 2013. In: Baddeley, Margareta, Foëx, Bénédicte, Leuba, Audrey et Papaux van Delden, Marie-Laure. Le droit civil dans le contexte international : Journée de droit civil 2011. Genève : Schulthess, 2012. p. 77-107, p.102.

<sup>7</sup> Rapport explicatif, page 10.

## **Stellungnahme Herr Riccardo Gabriele**

Pareri su iniziativa parlamentare 17.523

Buongiorno,

a mio parere e quello della mia compagna l'iniziativa 17.523 è molto interessante e può apportare ottimi benefici a tutte le coppie che desiderano il doppio cognome per loro e/o per i loro figli.

In questo modo i figli potranno ottenere il cognome sia paterno che materno allo stesso tempo, così da rendere felici entrambe le parti (e le loro famiglie che, specie se tradizionaliste, tengono molto ad avere figli o nipoti con il loro cognome).

Non vedo controindicazioni evidenti o influenti.

Grazie mille per il vostro lavoro,  
Riccardo



Per Mail an  
Kommission für Rechtsfragen NR

eazw@bj.admin.ch

Luzern, 28. September 2022

## **Vernehmlassungsstellungnahme**

# **17.523 Parlamentarische Initiative «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»**

Guten Tag!

Vielen Dank für die Gelegenheit, uns zum Entwurf zur Umsetzung der oben erwähnten Parlamentarischen Initiative zu äussern.

### **1. Grundsatz**

Als SKF stimmen wir der vorliegenden Revision des Namensrechts zu, weil wir in der vorgeschlagenen «grossen Lösung» valable Chancen erkennen, den Grundsatz der Unveränderbarkeit des Namens gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB zu stärken («Gleicher Name von der Wiege bis zur Bahre»). Gleichzeitig kann dem Wunsch, die Zusammengehörigkeit eines Paares bzw. einer Familie mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, besser entsprochen werden.

Da die «kleine Lösung» nicht beiden Verlobten dieselben Möglichkeiten eröffnet, einen Doppelnamen zu führen, lehnen wir diese ab.

### **2. Warum die Änderung sinnvoll ist**

Wir sind überzeugt, dass mit der Wahlmöglichkeit von Doppelnamen mehr Verlobte ihren ledigen Namen als Teil ihres amtlichen Namens beibehalten werden, auch wenn sie sich für einen einheitlichen Familiennamen entscheiden. Fakt ist, dass seit der Einführung der geltenden Regelung 2013 sich viele Paare für einen einheitlichen Familiennamen entschieden haben. Dazu muss aber ein:e Partner:in bzw. Verlobte:r ihren/seinen ledigen Namen aufgeben, was zu zwei Drittel die Frauen machen. Das heisst, sie/er kann diesen ledigen Namen nur noch als nicht-amtlichen Allianznamen dem Familiennamen hintenanstellen. Wie oft diese informelle Lösung genutzt wird, wissen wir nicht. Das heisst, dass es diesen Personen amtlich verwehrt ist, ihren ledigen Namen zu nutzen.



### 3. Gegentrend zur Individualisierung

Der Megatrend der Individualisierung ist fakt und wird Frauen grundsätzlich in ihrem subjektiven Menschsein bestärken. Dass auch Gesetze in diesem Sinne angepasst werden ist für uns als Frauendachverband mit feministischer Ausrichtung eine explizite Forderung und fördert die Gleichstellung. Die Individualisierung hat aber auch negative Folgen betreffend Verbindlichkeit von Beziehungen oder fehlender Zugehörigkeit zu einer Gruppe (Auflösung der Milieus, Auflösung von formell strukturierten Vereinen). Die Pandemie hat zudem die Gefahr der Vereinzelung und damit der Vereinsamung von Menschen verstärkt.

Wir Menschen sind soziale Wesen und aufeinander angewiesen, was nicht mit einer ungleichen Abhängigkeit gleichzusetzen ist. Wir brauchen daher beides: gemeinschaftliche Verbundenheit bzw. Verbindlichkeit sowie selbstbestimmte individuelle Entfaltung und Gestaltung des eigenen Lebens.

### 4. Familienname wird in der Vorlage nicht infrage gestellt

Eine Ehe einzugehen ist nicht nur ein rechtlicher, sondern auch ein emotionaler Akt. Als Paar gemeinsam den Lebensweg zu gehen ist eine Sehnsucht von vielen, nicht nur jungen Menschen. Dabei ist der Wunsch nach einer Familiengründung bzw. von gemeinsamen Kindern häufig. Das ist aus unserer Sicht einer der Hauptgründe für viele Paare, sich für einen gemeinsamen Familiennamen zu entscheiden. Das Paar will die Zusammengehörigkeit untereinander und mit allfälligen Kindern zeigen. Dieser Familienname widerspricht eigentlich dem Grundsatz des Gesetzes, dass beide Ehepartner:innen ihren Ledignamen behalten und wird daher nur mittels Erklärung ermöglicht. Solange diese Regelung besteht, soll daher von beiden Ehepartnern der amtliche Doppelname geführt werden können.

### 5. Vereinfachung der Komplexität bei «Grosser Lösung»

Die Komplexität von Beziehungskonstellationen und deren Benennung ist hoch, was sich in den Beispielen und Varianten zur «Grossen Lösung» eindrücklich zeigt. Diese Vielfalt würde durch die vorgeschlagene Umsetzung der «grossen Lösung» noch vergrössert, weil sie den Paaren grössere Freiheit in der (amtlichen) Namenswahl ermöglicht. Wir sind der Meinung, dass die «grosse Lösung» vereinfacht werden kann, indem Doppelnamen grundsätzlich mit oder ohne Bindestrich geschrieben werden und auf die Auswahl verzichtet wird (s. 4.4 verworfene Lösungsansätze und 4.7 Zukunft des Allianznamen). Die Allianznamen verlieren mit der «grossen Lösung» ihre Bedeutung, da die Paare die Möglichkeit erhalten, den (amtlichen) Doppelnamen zu wählen, der automatisch auch in den persönlichen Ausweisen aufgeführt wird.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Argumente und sind gerne bereit, diese auch in einem Hearing zu vertreten.

Freundliche Grüsse  
Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF

  
Simone Curau-Aeppli  
Präsidentin

  
Karin Ottiger  
Co-Geschäftsleiterin



**EQUALITY.CH**

Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten SKG  
Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité CSDE  
Conferenza svizzera delle-i delegat-e-i alla parità CSP

Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen  
CH-3003 Bern

Via E-Mail an:  
[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Bern, 7. Oktober 2022

## **Vernehmlassungsverfahren 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident  
Sehr geehrte Mitglieder der Kommission  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Begleitschreiben vom 17. Juni haben Sie die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG) dazu eingeladen, zum Vorentwurf der Revision des Zivilgesetzbuchs zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat Stellung zu nehmen. Die SKG dankt Ihnen für die Gelegenheit, sich zu der Vorlage zu äussern.

### **I. Ausgangslage**

Ziel der Revision des Namensrechts von 2011 war insbesondere die rechtliche Gleichbehandlung von Frau und Mann beim ehelichen Namen. Die SKG beantragte damals, keine Ausnahme vom Grundsatz der Unveränderlichkeit des Geburtsnamens vorzusehen und auf die Möglichkeit der Wahl eines Familiennamens zu verzichten. Sie begründete dies mit der Befürchtung, dass die Mehrzahl der Paare wohl einen gemeinsamen Familiennamen wählen werden und es sich bei diesem mehrheitlich um den Namen des Ehemannes handeln werde. Dies, weil in den letzten 100 Jahren von Gesetzes wegen der Name des Mannes der Familienname gewesen sei.<sup>1</sup>

Wie der erläuternde Bericht zur Vorlage ausführt, wird seit der Revision des Namensrechts in der Praxis bei der Eheschliessung das von vor der Revision geltende Namensrecht faktisch weitergelebt. So haben im Jahr 2020 über zwei Drittel der Frauen

---

<sup>1</sup> [SKG, Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 03.428](#), S. 2.

den Namen des Mannes angenommen, während nur drei von hundert Männern den Namen der Frau gewählt haben.<sup>2</sup>

## II. Befürwortung der «grossen Lösung»

Die Praxis zeigt, dass bei vielen Eheleuten nach wie vor das Bedürfnis besteht, ihre Verbundenheit über einen gemeinsamen Namen zu unterstreichen. Aus Gleichstellungsperspektive ist daher ein Namensrecht angezeigt, welches es erlaubt, die eheliche Zusammengehörigkeit über einen Doppelnamen auszudrücken, ohne dass zwingend ein Familienname bestimmt und damit einem Namen den Vorrang gegeben werden muss.

Die in der Vorlage als erste Variante enthaltene «kleinen Lösung» würde zwar das Führen eines Doppelnamens ermöglichen. Sie setzt indes weiterhin voraus, dass sich die Eheleute für einen Namen als Familiennamen entscheiden müssen. Nur diejenige Person, deren Name nicht als Familienname gewählt wurde, kann ihren Ledignamen dem Familiennamen **voranstellen**. Bei dieser Variante muss also zwingend immer ein Familienname gewählt und damit einem der Namen den Vorrang eingeräumt werden. Damit würde auch diese neue Regelung auf eine rein formelle Gleichstellung hinauslaufen.

Die «grosse Lösung» umfasst einerseits eine abgewandelte Form der «kleinen Lösung»: Beide Eheleute können den Namen, der nicht als Familienname gewählt wurde, dem Familiennamen **anfügen**. In einem solchen Fall hätten beide Eheleute den gleichen Doppelnamen.

Es erscheint uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass es diesbezüglich einen Widerspruch im Übergangsrecht zu geben scheint.<sup>3</sup> In der Darstellung der grossen Lösung heisst es: «Umgekehrt ist es auch nicht möglich, nachträglich wieder den bisherigen Namen anzunehmen, um mit diesem einen Doppelnamen zu bilden, wenn die Ehegatten seit der Eingehung der Ehe einen Familiennamen tragen.» Wenn wir das richtig verstehen, bedeutet dies, dass Paare, die sich vor dem Inkrafttreten der Reform für einen Familiennamen entschieden haben, daran gehindert werden, dem gemeinsamen Namen den Ledignamen folgen zu lassen, der nicht als Familienname gewählt wurde, wie es jedoch neu verheiratete Paare nach dem neuen Art. 160 Abs. 4 Ziff. 2 tun könnten.

Die «grosse Lösung» sieht andererseits eine weitere Option vor. Bei dieser müsste **nicht zwingend ein Familienname gewählt** werden, sondern *beide* Eheleute hätten die Möglichkeit, ihre Ledignamen zu behalten, jedoch den Namen der anderen Person

---

<sup>2</sup> [Erläuternder Bericht](#), S. 8 f.

<sup>3</sup> vgl. [Erläuternder Bericht](#), Punkt 4.8.

**anzufügen.** Bei Inanspruchnahme der zweiten Option hätten die beiden Eheleute unterschiedliche Doppelnamen.<sup>4</sup>

Folgendes ist somit bei der «grossen Lösung» auf Anhieb klar: Führen beide Ehegatten **unterschiedliche** Doppelnamen, so haben sie ihren Namen behalten. Tragen die Ehegatten jedoch **denselben** Doppelnamen, entspricht der **erste Name dem gemeinsamen Familiennamen**.

**Die SKG unterstützt das Revisionsvorhaben und befürwortet die vorgeschlagene «grosse Lösung». Die «kleine Lösung» wird von der SKG abgelehnt, da sie weiterhin zwingend die Wahl eines Familiennamens vorsieht.**

### III. Kindernamen

Nicht Teil des Revisionsvorhabens ist der Name der Kinder. Wurde bei der Heirat ein gemeinsamer Familienname bestimmt, erhalten auch die Kinder diesen Namen. Haben beide Elternteile ihren Namen behalten, entscheiden sie, ob die Kinder den Ledignamen der Mutter oder des Vaters erhalten (Art. 160 Abs. 3 ZGB). Damit würden Eltern auch im Falle der Einführung des Doppelnamens im Sinne der «grossen Lösung» weiterhin mit der Situation konfrontiert, für das Festlegen des Namens ihrer Kinder, einem ihrer Ledignamen den Vorrang geben zu müssen.

Aus Gleichstellungsperspektive wäre es zu begrüssen, wenn auch in Bezug auf den Namen der Kinder eine Option bestünde, bei der sich die Eltern nicht für einen ihrer Namen entscheiden müssten. Praktikabelste Lösung wäre das Einführen eines Doppelnamens für Kinder.

**Die SKG beantragt daher, die Option eines Doppelnamens für Kinder in das Revisionsvorhaben aufzunehmen.**

---

<sup>4</sup> Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass der Entwurf in der französischsprachigen Fassung eine Formulierung enthält, die wir für widersprüchlich halten. Art. 160 Abs. 4 Ziff. 1 sieht vor: «si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut suivre le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé». Unserer Ansicht nach sollte es heissen: «si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut ~~suivre le~~ être suivi du nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé» oder «si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut ~~suivre le~~ précéder le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé».

Wir danken Ihnen im Voraus für die Berücksichtigung der Anmerkungen der SKG und grüssen Sie freundlich.

Für die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG)

Präsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M Rodriguez', written in a cursive style.

Maribel Rodriguez



**EQUALITY.CH**

Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten SKG  
Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité CSDE  
Conferenza svizzera delle-i delegate-i alla parità CSP

Conseil national  
Commission des affaires juridiques  
CH-3003 Berne

Par courriel à :  
[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Berne, le 7 octobre 2022

**Procédure de consultation 17.523 n Iv. pa. (Stamm) Walliser. Autoriser le double nom en cas de mariage**

Monsieur le Vice-président,  
Mesdames et Messieurs les membres de la commission,  
Mesdames, Messieurs,

Par courrier du 17 juin, vous avez invité la Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité (CSDE) à prendre position sur l'avant-projet de la révision du Code civil pour autoriser le double nom en cas de mariage. La CSDE vous remercie de l'occasion offerte de s'exprimer sur le projet.

**I. Contexte**

Le but de la révision du droit du nom de 2011 était notamment l'égalité de traitement entre les femmes et les hommes en matière de nom de famille lors du mariage. La CSDE avait proposé à l'époque de ne prévoir aucune exception au principe de l'immutabilité du nom de naissance et de renoncer à la possibilité de choix d'un nom de famille. Elle l'avait motivé par la crainte que la plupart des couples choisissent un nom de famille commun qui reste majoritairement le nom du mari. En effet, au cours des 100 dernières années, le nom de famille était d'office le nom de l'homme.<sup>1</sup>

Ainsi que l'expose le rapport explicatif du projet, depuis la révision du droit du nom, c'est en réalité le droit du nom en vigueur auparavant qui se maintient dans la pratique lors des célébrations de mariage. En 2020, plus de deux tiers des femmes ont adopté le nom de leur mari, alors que seuls trois hommes sur cent ont choisi le nom de leur femme.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> [CSDE, Prise de position](#), p. 2.

<sup>2</sup> [Rapport explicatif](#), p. 8 s.

## II. Approbation de la « grande solution »

La pratique montre que le besoin de souligner leurs liens par un nom commun subsiste toujours pour de nombreux couples mariés. Du point de vue de l'égalité, il serait donc indiqué que le droit du nom permette d'exprimer l'union conjugale par le biais d'un double nom, sans devoir obligatoirement former un nom de famille à cette fin et, ce faisant, accorder la priorité à l'un des noms.

La « petite solution » présente dans le projet au titre de première variante permettrait effectivement le port du double nom. Elle maintient cependant la condition que les couples mariés doivent décider quel nom prendre comme nom de famille. Seule la personne dont le nom n'aura pas été choisi comme nom de famille pourra **conserver** son nom de célibataire, suivi du nom de famille. Dans cette variante, il faut donc impérativement toujours choisir un nom de famille et donc accorder la priorité à l'un des noms. Dès lors, cette nouvelle réglementation équivaldrait à une égalité purement formelle.

La « grande solution » comprend d'une part une forme modifiée de la « petite solution » : les deux personnes mariées peuvent **ajouter** au nom de famille le nom qui n'a pas été choisi comme nom de famille. Dans un tel cas, les deux personnes mariées auraient le même double nom. Il nous paraît important de souligner qu'il semble y avoir une contradiction à ce sujet dans le droit transitoire.<sup>3</sup> Dans la présentation de la grande solution, il est indiqué « À l'inverse, si les époux portent un nom de famille depuis la conclusion de leur mariage, ils ne peuvent plus reprendre leur nom antérieur pour former un double nom ». Si notre compréhension est bonne, cela revient à empêcher les couples ayant opté pour un nom de famille avant l'entrée en vigueur de la future réforme de faire suivre le nom commun du nom de célibataire qui n'a pas été choisi comme nom de famille, comme pourraient pourtant le faire les couples nouvellement mariés en application du nouvel art. 160 al. 4 ch. 2.

D'autre part, la « grande solution » prévoit une option supplémentaire. **Un nom de famille ne devrait pas obligatoirement être choisi**, mais les deux personnes mariées auraient la possibilité de conserver leur nom de célibataire, tout en y **ajoutant** le nom de l'autre personne. En cas de recours à la deuxième option, les doubles noms de deux personnes mariées seraient différents.<sup>4</sup>

Avec la « grande solution », la situation sera claire d'emblée : si les deux personnes mariées portent un double nom **différent**, c'est qu'elles ont conservé leur nom. Si les personnes mariées portent le **même** double nom, le **premier nom correspond au nom de**

---

<sup>3</sup> Cf. [Rapport explicatif](#), point 4.8.

<sup>4</sup> Nous relevons ici que la version française du projet comporte une tournure que nous trouvons contradictoire : le projet d'art. 160 al. 4 ch. 1 prévoit que « si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut suivre le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé ». Or il conviendrait à notre sens d'indiquer que « si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut ~~suivre le~~ être suivi du nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé » ou bien « si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut ~~suivre le~~ précéder le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé ».

**famille commun.**

**La CSDE soutient le projet de révision et approuve la « grande solution » proposée. La « petite solution » est rejetée, car elle prévoit le choix obligatoire d'un nom de famille.**

### **III. Nom des enfants**

Le nom des enfants ne fait pas partie du projet de révision. Si un nom de famille commun a été déterminé au moment du mariage, les enfants portent aussi ce nom. Si les deux parents ont conservé leur nom, ils décident si les enfants portent le nom de la mère ou du père (art. 160 al. 3 CC). Ainsi, les parents resteraient confrontés à la décision d'accorder la priorité à l'un de leurs noms de célibataire pour la détermination du nom de l'enfant, même en cas d'introduction du double nom au sens de la « grande solution ».

Du point de vue de l'égalité, une option qui ne contraindrait pas les parents à opter pour l'un de leurs noms également en relation avec le nom des enfants serait la bienvenue. La solution la plus praticable serait l'introduction d'un double nom pour les enfants.

**C'est pourquoi la CSDE propose d'inclure l'option d'un double nom pour les enfants dans le projet de révision.**

En vous remerciant d'avance de la prise en considération des remarques de la CSDE, nous vous adressons, Mesdames, Messieurs, nos meilleures salutations.

Au nom de la Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité (CSDE)

Présidente



Maribel Rodriguez

Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern  
[rk.caj@parl.admin.ch](mailto:rk.caj@parl.admin.ch) / [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Bern, 7. Oktober 2022

**Vernehmlassung: Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Doppelname bei der Eheschliessung)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der SVBK vertritt die rund 1'650 Bürgergemeinden und Korporationen in der Schweiz. Da das Namensrecht eng mit dem Heimatort verknüpft ist, sind die Bürgergemeinden von der Vorlage direkt betroffen.

Mit der Vorlage soll die parlamentarische Initiative 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat» umgesetzt werden. Grundsätzlich unterstützt der SVBK die Möglichkeit der freien Wahl der Namensführung mit einem amtlichen Doppelnamen. Dies sowohl mit der kleinen als auch der grossen Lösung.

Wir begrüssen ausdrücklich, dass auf die Führung eines Doppelnamens für Kinder verzichtet wird und somit keine Auswirkungen auf die Kinder hat. Wir weisen darauf hin, dass gemäss Art. 27 ZGB der Heimatort der Kinder dem Familiennamen folgt und bei einer Änderung des Familiennamens (respektive bei einer Einführung von Doppelnamen für Kinder) Auswirkungen auf die Heimatorte von minderjährigen Kindern hätte. Minderjährigen Kinder könnten damit das Gemeindebürgerrecht verlieren. Zudem fordern wir, dass die Zivilstandesämter darauf hinweisen, dass die Wahl des Familiennamens Auswirkungen auf den Heimatort haben.

Bei Fragen stehen wir Ihnen unter der Emailadresse [info@svbk.ch](mailto:info@svbk.ch) gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Verband der Schweiz. Bürgergemeinden und Korporationen**

A blue ink signature of Georges Schmid, consisting of a stylized 'G' and 'S'.

Georges Schmid  
Präsident

A blue ink signature of Elias Maier, written in a cursive style.

Elias Maier  
Geschäftsführer

*Ne lâchons rien - ça vaut la peine!  
Dranbleiben - es lohnt sich!*



Association suisse pour les droits des femmes **adf**  
Schweizerischer Verband für Frauenrechte **svf**

Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen  
z.H. Vincent Maître Vizepräsident  
Mail an: [eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Basel, 1. Oktober 2022

**Stellungnahme zu Vernehmlassung Pa. Iv. 17.523  
Ermöglichung von Doppelnamen bei Heirat**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Verband für Frauenrechte SVF-ADF Suisse begrüsst den Vorschlag betr. der erneuten Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat sehr. Dies entspricht ganz unseren früheren Forderungen.

Seit jeher hat sich SVF-ADF für die Gleichberechtigung der Geschlechter auch beim Namensrecht eingesetzt. Schon bei der Einführung des neuen Eherechts 1988 war es für SVF-ADF wichtig, dass in allen amtlichen Dokumenten der Allianznamen mit dem Ledignamen aufgeführt wurde, und die verheirateten Frauen damit ihre lebenslange Identität bewahren konnten und nicht einfach „verschwanden“. Das wurde später auch bei Scheidungen weitgehend berücksichtigt.

Folglich hat SVF-ADF die bis 2013 geltende Regelung der Voranstellung des Ledignamens voll unterstützt. Die seitherige Praxis zeigt jedoch leider, dass heute in über 90% der Eheschliessungen der Name des Mannes gewählt wird und somit einzig der Name des Mannes in amtlichen Dokumenten erwähnt wird.

**SVF-ADF ist deshalb über die erneute Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat sehr erfreut, und unterstützt den Vorschlag der parlamentarischen Initiative zur «kleinen Lösung» sehr.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Verband für Frauenrechte SVF-ADF Suisse

Annemarie Heiniger  
Co-Präsidentin

Ursula Nakamura-Stoecklin  
Co-Präsidentin

**[www.feminism.ch](http://www.feminism.ch)**

SVF-ADF Schweizerischer Verband für Frauenrechte  
Postfach 2206 4001 Basel

Tel. 079 133 80 90 / 062 877 16 64 Mail: [adf\\_svf\\_secret@bluewin.ch](mailto:adf_svf_secret@bluewin.ch)

PC-Konto 80-6885-1 / CH54 0900 0000 8000 6885 1

[www.feminism.ch](http://www.feminism.ch)

**Per E-Mail**[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

Neuenburg, 4. Oktober 2022

**Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit. Das zur Diskussion stehende Vorhaben beinhaltet keine Aspekte, welche im Lichte der statutarischen Aufgaben der Schweizerischen Vereinigung der Richterinnen und Richter (SVR-ASM) nach einer besonderen Stellungnahme unsererseits verlangen würden. Entsprechend verzichten wir auf eine Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen

Marie-Pierre de Montmollin  
Präsidentin SVR-ASM



Kommission für Rechtsfragen  
des Nationalrates  
Sekretariat  
3003 Bern

Per Mail an:  
[eazw@bj.admin.ch](mailto:eazw@bj.admin.ch)

Zürich, 8. Oktober 2022

**Vernehmlassung zur Vorlage 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser.  
Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**  
Stellungnahme des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen (SVZ)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident  
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen bedankt sich für die Möglichkeit, zum im Titel genannten Geschäft Stellung nehmen zu dürfen.

Mit Einführung des neuen Eherechts am 01.01.1988 wurde die Möglichkeit geschaffen, dass die Ehegatten (mit vorgängiger Bewilligung) den Familiennamen der Frau als Ehenamen führen können. Ebenso wurde ermöglicht, dass die Ehefrau ihren Namen dem Ehenamen voranstellen konnte (später tat sich diese Möglichkeit auch für den Ehemann auf). Der Doppelname wurde immer ohne Bindestrich geschrieben; dies im Gegensatz zum (nicht amtlichen, aber im Pass eingetragenen) Allianznamen.

Seit dem 01.01.2013 bewirkt die Eheschliessung grundsätzlich keine Änderung des Familiennamens mehr. Es kann jedoch der Ledigname eines der Verlobten zum Ehenamen erklärt werden. Und es können (nach schweizerischem Recht) keine Doppelnamen mehr gewählt werden. Die Allianznamen werden weiterhin verwendet.

Weder der Stand 1988 noch der Stand 2013 konnte befriedigen. Beide Versionen bildeten nicht das ab, was von der Gesellschaft gewünscht ist. Mit dem nun vorliegenden Entwurf bleibt es bei einer unbefriedigenden Situation.

Dass Eheleute in Zukunft einen amtlichen Doppelnamen führen können, ist zu begrüßen. Jedoch gehen beide vorgeschlagenen Varianten zu wenig weit, es steht weiterhin der Ledigname im Fokus und die Interessen der Kinder werden nicht berücksichtigt. Wir verstehen, dass es im Titel dieser parlamentarischen Initiative in erster Linie um die «Wiedereinführung von Doppelnamen bei der Heirat» geht. Würde eine der beiden vorgeschlagenen Lösungen umgesetzt, entstünde wieder ein Flickwerk und die nächste Revision müsste bald angegangen werden. Dies ist zu verhindern.

Der Schweizerische Verband für Zivilstandswesen **lehnt beide Lösungen ab** und ersucht die Rechtskommission um Ausarbeitung einer neuen Vorlage. Was aus unserer Sicht in einer neuen Vorlage enthalten sein muss, ergibt sich aus nachstehenden Begründungen, in denen wir auf beide Lösungen eingehen.

#### **Die Kleine Lösung lehnen wir klar ab.**

Sollte es, was wir nicht hoffen, zur kleinen Lösung kommen, ist es zu ermöglichen, dass neben dem Ledignamen einer oder eines der Verlobten auch der aktuell geführte Familienname zum gemeinsamen Familiennamen gewählt werden kann. Des Weiteren beantragen wir, dass nicht nur die Voranstellung sondern auch die Hintanstellung möglich wird. Und wichtig ist, dass mit dieser Revision auf jeden Fall die unterschiedliche Namensführung im Personenstandsregister und im Pass aufgehoben wird; konkret: Doppelnamen sind zwingend mit Bindestrich zu verbinden. Der heutige Allianzname würde also überall geführter amtlicher Name: im Personenstandsregister und im Pass. Schliesslich sollte eine verlobte Person, die bereits einen eherechtlichen Doppelnamen trägt, frei wählen können, ob sie den ersten oder den zweiten Namen voran- oder hintanstellen will.

Die Möglichkeit der Führung eines Doppelnamens ist in der Kleinen Lösung nur für den Fall vorgesehen, dass die Ehegatten einen gemeinsamen Familiennamen führen. Die Möglichkeit eines Doppelnamens sollte aber auch dann bestehen, wenn die Ehegatten keinen gemeinsamen Familiennamen führen, also beide Verlobten je den bisherigen Namen behalten. Es ist davon auszugehen, dass in diesen Fällen teilweise wieder Allianznamen gebildet werden, die dann vom Gesetz nicht abgedeckt wären und somit bestünde hier wieder die Differenz zwischen Personenstandsregister und Pass. Somit könnten auch hier die Allianznamen verschwinden und zum amtlichen Namen werden.

#### **Auch die Grosse Lösung lehnen wir ab. Sollte jedoch eine der beiden Lösungen eingeführt werden, sprechen wir uns für die Grosse Lösung aus.**

Zusätzlich zum Vorentwurf wäre auch der bisherige Name eines oder einer der Verlobten als gemeinsamer Familiennamen zuzulassen. Dies hätte direkte Auswirkungen auf Art. 160 Abs. 3 ZGB: Für die gemeinsamen Kinder ist neben dem Ledignamen auch der aktuelle Name einer oder eines der Verlobten zuzulassen. Zusätzlich soll von der Verpflichtung zur Bestimmung des Familiennamens der Kinder bei der Ehevorbereitung abgesehen und durch eine Möglichkeit ersetzt werden. Dadurch könnte die Befreiung von dieser Verpflichtung durch die Zivilstandsbeamtin oder den Zivilstandsbeamten entfallen. Es ist störend, dass mit Brautleuten die Diskussion über die Namen zukünftiger Kinder geführt werden muss, da nicht bekannt ist, ob das Paar überhaupt Kinder will oder bekommen kann.

Art. 160 Abs. 4 der Grossen Lösung sieht vor, dass die Verlobten die beiden Teile des Doppelnamens mit einem Bindestrich verbinden können. Der Bindestrich soll jedoch nicht freiwillig sein. Wie schon in den Bemerkungen zur Kleinen Lösung ausgeführt, sollen eherechtliche Doppelnamen immer mit Bindestrich geführt werden. Der Bindestrich soll bei eherechtlichen Doppelnamen Pflicht sein. Auf die Bezeichnung "anfügen" ist zu verzichten. Es soll den Menschen freigestellt sein, ob sie den Namen voranstellen oder hintanfügen wollen.

Art. 160 Abs. 5 legt fest, dass Verlobte, die bereits einen eherechtlichen Doppelnamen führen, nur einen dieser Namen für den neuen Doppelnamen verwenden dürfen. Dies unterstützen wir.

Zwischen-Fazit:

Vielleicht könnte – etwas überspitzt oder «salopp» - gesagt werden, dass die Brautleute aus ihren bei der Heirat geführten und den Ledignamen beider Verlobten je einen Familiennamen «zusammenstellen» können.

Dass sich diese Vorlage auf die Namen der Ehegatten beschränkt und die Kinder ausser Acht lässt, bedauern wir. Es ist auch die Namensführung der Kinder vertieft anzuschauen und auch den Kindern ist das Führen eines Doppelnames zu ermöglichen. Dadurch könnten viele Diskussionen von Eltern, ob das Kind nun den (Ledig-)Namen der Mutter oder des Vaters führen soll, unnötig werden. Wir wollen aber nicht verschweigen, dass sich neue Diskussionen – z.B. über die Reihenfolge – ergeben könnten.

Im Sinne einer weiteren Liberalisierung und weil sich auch namensrechtliche Bedürfnisse von Ehegatten ändern können, sollen Ehegatten, die mit der bei der Heirat gewählten Namensführung nicht mehr zufrieden sind, auch nachträglich (und unabhängig davon welches Namensrecht bei der Heirat Gültigkeit hatte) die Möglichkeit erhalten, auf dem Zivilstandsamt eine ehenamensrechtliche Erklärung abzugeben (unter Verrechnung der Gebühr für eine Namensklärung).

In diesen Fällen ist auf eine Namensänderung durch die Namensänderungsbehörde zu verzichten.

### **Kurzer Rückblick**

In seiner Stellungnahme vom 9. Oktober 2007 zum Vorentwurf zur Änderung des ZGB in Sachen Namen und Bürgerrecht der Ehegatten und der Kinder hat unser Verband sehr ausführlich aufgezeigt, wie das Namensrecht ausgestaltet sein soll. Was die Namen der Ehegatten betrifft, hat unser damaliger Vorschlag weitgehend Gültigkeit.

Die Namensführung der Kinder ist aus heutiger Betrachtung jedoch offener zu gestalten und Doppelnamen sind zu ermöglichen. Sie finden unsere damalige Stellungnahme im Anhang und sie soll aufzeigen, wie lang unser Verband bereits einen amtlichen Doppelnamen fordert.

### **Antrag**

Abschliessend bitten wir Sie um Berücksichtigung unserer Eingabe. Ermöglichen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, den Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz ein zeitgemässes, liberales Namensrecht, in welchem der Wille der Personen im Mittelpunkt steht und der Staat nicht unnötige Einschränkungen macht.

Selbstverständlich sind wir gerne bereit, bei der Ausarbeitung einer neuen Vorlage mitzuwirken und unsere Erfahrungen, die wir im Verkehr mit unserer Kundschaft machen, einzubringen.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen**



Roland Peterhans  
Präsident

Anhang: Stellungnahme SVZ vom 09.10.2007

Eidg. Amt für Zivilstandswesen  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Liestal/Chur, 09. Oktober 2007

## **Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Änderung des ZGB in Sachen Namen und Bürgerrecht der Ehegatten und der Kinder (03.428 n)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand des **Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen** bedankt sich für die ihm gewährte Möglichkeit, zum *Vorentwurf zur Änderung des ZGB in Sachen Namen und Bürgerrecht der Ehegatten und der Kinder* Stellung nehmen zu können.

Zum Namen:

Unser Verband begrüsst, dass mit dem vorliegenden Vorentwurf endlich die Möglichkeit geschaffen wird, den aktuellen Namen auch nach der Trauung beibehalten zu können. Der Umweg über den Doppelnamen, der vielfach nur in Ermangelung einer andern Möglichkeit gewählt wurde, kann somit auch umgangen werden. Gleichzeitig begrüssen wir auch die Beseitigung der Ungleichbehandlung von Mann und Frau im Gesetz.

Die Mitglieder des Vorstandes möchten jetzt jedoch die Möglichkeit nutzen, in einem noch breiteren Konsens, als die Kommission dies vorgesehen hat, eine noch fortschrittlichere Vorlage einzubringen. Es soll eine Vorlage sein, welche dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt und endlich auch mit dem „Nebenprodukt Allianznamen“ aufräumt. Wie allgemein bekannt ist, führt der Allianzname immer wieder zu Verwirrungen. Einer Bürgerin oder einem Bürger klar zu machen, weshalb zivilrechtlich kein Allianzname existiert, jedoch bei der Einwohnerkontrolle schon (Pass, ID-Karte werden auf Wunsch mit

diesem versehen), ist schlicht und ergreifend ein erfolgloses Unterfangen.

Brautleuten, die ihre Verbundenheit auch im Namen dokumentieren wollen, sollten die Freiheit haben, unter verschiedenen Varianten auszuwählen. In Kombination mit dem vorliegenden Entwurf schlägt der SVZ aus den Überlegungen, dass die Angaben im Zivilstandswesen und in Ausweisdokumenten wie Pass und/oder Identitätskarte übereinstimmen sollten folgende Namensführungsmöglichkeiten vor:

**Braut ist ledig**

<b>Mann: Müller (aktueller Name), ledig / geschieden / verwitwet</b>	<b>Frau: Huber (aktueller Name), ledig</b>	<b>Kind</b>
Müller oder Müller-Huber oder Huber-Müller	Huber oder Huber-Müller oder Müller-Huber	Müller oder Huber *
Müller oder Müller-Huber oder Huber-Müller	Müller	Müller
Huber	Huber oder Huber-Müller oder Müller-Huber	Huber

\* Falls keine Einigung zustande kommt, entscheidet die Mutter.

**Braut war unter dem bisherigen Recht verheiratet, hat den Namen des Mannes „Meier“ übernommen und diesen nach der Eheauflösung behalten**

<b>Mann: Müller (aktueller Name), ledig / geschieden / verwitwet</b>	<b>Frau: Meier (aktueller Name, ledig Huber), geschieden / verwitwet</b>	<b>Kind</b>
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Müller oder Meier *
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Müller	Müller
Meier	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Meier

\* Falls keine Einigung zustande kommt, entscheidet die Mutter.

(Namensführungsmöglichkeiten mit dem Namen „Huber“ nur nach einer Namensklärung der Braut vor der Eheschliessung.

**Braut war unter dem bisherigen Recht bereits verheiratet, hat bei der Eheschliessung ihren ledigen Namen „Huber“ demjenigen des Mannes „Meier“ vorangestellt und diesen „künstlichen/unechten“ Doppelnamen „Huber Meier“ nach der Eheauflösung behalten**

<b>Mann: Müller (aktueller Name), ledig / geschieden / verwitwet</b>	<b>Frau: Huber Meier (aktueller „künstlicher/unechter“ Doppelname, ledig Huber), geschieden / verwitwet</b>	<b>Kind</b>
Müller oder Müller-Huber oder Huber-Müller	Huber oder Huber-Müller oder Müller-Huber	Müller oder Huber *
Müller oder Müller-Huber oder Huber-Müller	Müller	Müller
Huber	Huber oder Huber-Müller oder Müller-Huber	Huber
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Müller oder Meier *
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Müller	Müller
Meier	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Meier

\* Falls keine Einigung zustande kommt, entscheidet die Mutter.

**Braut war unter dem bisherigen Recht bereits zwei Mal verheiratet, hat bei der ersten Eheschliessung den Namen des Mannes „Meier“ angenommen und diesen nach der Eheauflösung behalten, hat bei der zweiten Eheschliessung den bisherigen Namen „Meier“ demjenigen des Mannes „Muster“ vorangestellt und diesen „künstlichen/unechten“ Doppelnamen „Meier Muster“ nach der Eheauflösung behalten**

<b>Mann: Müller (aktueller Name), ledig / geschieden / verwitwet</b>	<b>Frau: Meier Muster (aktueller „künstlicher/unechter“ Doppelname, ledig Huber), geschieden / verwitwet</b>	<b>Kind</b>
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Müller oder Meier *
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Müller	Müller
Meier	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Meier
Müller oder Müller-Muster oder Muster-Müller	Muster oder Muster-Müller oder Müller-Muster	Müller oder Muster *
Müller oder Müller-Muster oder Muster-Müller	Müller	Müller
Muster	Muster oder Muster-Müller oder Müller-Muster	Muster

\* Falls keine Einigung zustande kommt, entscheidet die Mutter.

(Namensführungsmöglichkeiten mit dem Namen „Huber“ nur nach einer Namensklärung der Braut vor der Eheschliessung.)

Wie Sie oben ersehen können, erlauben wir uns hiermit auch, die Namensführung der Kinder unter eine neue Sichtweise zu stellen:

- Es wird keine namensrechtliche Unterscheidung mehr zwischen ehelichen und ausserehelichen Kindern gemacht. Voraussetzung ist einzig die vorliegende Kindeserkennung durch den biologischen Vater.
- „Natürliche/echte“ Doppelnamen wie z.B. Robert-Tissot oder Lalive d'Épinay oder Namensführungen bei ausländischen Staatsangehörigen (Spanien, Portugal usw.) bleiben zwingend erhalten. In einem solchen Fall können von Gesetzes wegen nur alle Namensteile dem Kinde übertragen werden.
- Kinder erhalten keine „künstlichen/unechten“ (angeheirateten) Doppelnamen.
- Bei Uneinigkeit über die Namensführung entscheidet die Mutter („mater semper certa est“).

Mit diesen oben aufgeführten Möglichkeiten wird dem Wunsch traditionsverbundener Personen entsprochen und gleichzeitig kann so die unterschiedliche Handhabung der Namensführung zwischen dem Zivilrecht und den nicht rechtlich untermauerten Gepflogenheiten bei den Einwohnerkontrollen eliminiert werden. Zusätzlich wird dadurch auch die Harmonisierung zwischen den verschiedenen Registern unterstützt (siehe dazu die entsprechenden Vernehmlassungen „Neue AHV-Versichertennummer“ und „Registerharmonisierung“).

Grundsätzliches zur Terminologie in Sachen Namen:

Im heutigen Recht ist von Name, Familienname, Vorname und Ledigname die Rede. Wir schlagen vor, künftig nur noch *Name(n)* und *Vorname(n)* zivilrechtlich gelten zu lassen, was zu einer Vereinfachung, auch nach aussen, führen würde. Bitte beachten Sie jedoch, dass unser Antrag nur die amtliche Namensführung betrifft, will heissen: Der *Ledigname* sowie *Andere Namen* im System Infostar müssen weiterhin bestehen bleiben.

Im Rahmen der Registerharmonisierung und der neuen AHV-Versichertennummer sollten sich dann auch die Einwohnerkontrollen und andere Registerführer zwingend an die amtlichen Namen halten; will heissen, **die Namensführung einer Person wird zwingend nur noch aus Infostar in die übrigen Register übertragen**. Dies betrifft auch die ausländischen Staatsangehörigen, die hier in der Schweiz geheiratet haben oder hier in der Schweiz geboren wurden. Der Pass einer ausländischen Person darf nicht mehr als Grundlage für die Eintragung in die Einwohnerregister dienen, wie es mit der heutigen Regelung üblicherweise, aber doch nicht konsequent – in Abweichung der Infostardaten – praktiziert wird.

## **Zum Bürgerrecht**

Ehegatten:

Jeder Ehegatte behält grundsätzlich sein/seine Bürgerrechte.

Bemerkungen im Zusammenhang mit den Artikeln 30a, 119 und 8a  
Schlusstitel ZGB:

Der Ehegatte, der seinen Familiennamen bei der Eheschliessung geändert hatte, soll nicht nur seinen Ledignamen wieder annehmen können, sondern auch auf das mit der Eheschliessung erworbene Bürgerrecht des andern Ehegatten verzichten können, und zwar nicht nur nach Auflösung der Ehe, sondern auch noch während der bestehenden Ehe.

Kinder:

Durch Erklärung der Eltern werden dem Kind entweder das oder die Bürgerrechte der Mutter oder des Vaters, einzelne oder alle der Eltern zusammen übertragen.

Alle folgenden Kinder erhalten von Gesetzes wegen die gleichen Bürgerrechte.

Bei Nichteinigung in Sachen Bürgerrecht wird am festgelegten Namen des Kindes angeknüpft.

### Kommentar speziell zu einzelnen Artikeln

#### Art. 8a Schlusstitel

Alle Personen, denen die neue Namensführung durch das Gesetz bisher verwehrt war, sollen die Möglichkeit haben, die gewünschte Namensführung nun doch noch zu erreichen.

Zu bedenken ist dabei, dass den Zivilstandsämtern dadurch ein beträchtlicher Mehraufwand entsteht, ist doch damit zu rechnen, dass viele betroffene Personen von der neuen Möglichkeit Gebrauch machen werden. Eine Fristansetzung im Sinne einer Übergangsfrist ist hier zu überdenken

#### Art. 30 Abs. 2

Wird aufgehoben, was der Verband sehr begrüsst.

#### Art. 30a

Hier wird endlich ein Schritt in die richtige Richtung getan. Es war schon immer stossend, dass nach Auflösung der Ehe durch den Tod keine Namensklärung möglich war. Diese Regelung muss jedoch in logischer Konsequenz auch nach Auflösung der Ehe durch eine Verschollenerklärung gelten.

#### Art. 119

Der zukünftige Verzicht auf das Setzen einer Frist für die Abgabe der Namensklärung vereinfacht der Bürgerin/dem Bürger und der Namensänderungsbehörde das Verfahren sehr. Der Artikel findet volle Unterstützung durch den Verband.

Dass der Ledigname angenommen werden kann, ist auch folgerichtig. Der geschiedenen Person soll jedoch weiterhin auch gestattet sein, den Namen, den sie vor der letzten Heirat trug, wieder anzunehmen.

Bei einer Heirat im Ausland können die Brautleute vor der Heirat eine Namensklärung auf dem Zivilstandsamt abgeben. Ist dies nicht geschehen und wird die Eheschliessung bei der zuständigen Aufsichtsbehörde gemeldet, entscheidet ebendiese Behörde, ob die Namensführung zugelassen wird oder nicht. In den einzelnen Kantonen wird die Praxis dazu heute jedoch uneinheitlich gehandhabt; einzelne Kantone stellen sich auf den Standpunkt, dass die Namenswahl unbedingt vor der Heirat getroffen werden muss, andere wiederum geben den Eheleuten mit der Namenswahl Zeit bis zur Eintragung der Heirat in der Schweiz. Hier muss ebenfalls eine schweizerisch einheitliche Lösung gefunden werden.

Zum Schluss, aber nicht weniger wichtig, benutzen wir noch die Möglichkeit, zwei weitere Punkte einzubringen, die nicht direkt mit diesem Thema zu tun haben, jedoch von enormer Wichtigkeit sind für die praktische Arbeit an der Front, da wir damit tagtäglich konfrontiert werden:

1. Wir beantragen mit Nachdruck, dass die Möglichkeit geschaffen wird, eine **Kindesanerkennung auch für totgeborene Kinder** durchführen zu können !  
Wir erleben jeden Tag, wie verzweifelt die Eltern eines totgeborenen Kindes reagieren, wenn der Vater sein Kind nicht anerkennen kann, nur weil das Gesetz dies nicht vorsieht. Überaus stossend ist auch, dass eine vorgeburtliche Kindesanerkennung bei der Beurkundung eines totgeborenen Kindes nicht berücksichtigt wird. Es darf nicht sein, dass in einem solchen Falle der Vater des Kindes nicht aufgeführt wird, obwohl die Anerkennung vorliegt.
2. Art. 100 Abs. 1 ZGB sagt aus: *die Trauung kann frühestens zehn Tage und spätestens drei Monate, nachdem der Abschluss des Vorbereitungsverfahrens mitgeteilt wurde, stattfinden.*  
In diesem Punkt beantragen wir auch mit Nachdruck, dass die **Frist wieder auf sechs Monate** festgeschrieben wird.

Die Mitglieder des Vorstandes wollen mit diesem weitreichenden Vorschlag in Sachen Namen und Bürgerrecht festen Schrittes in die fernere Zukunft gehen und damit vermeiden, dass schon in ein paar wenigen Jahren die Gesetzgebung neuerlich dem gesellschaftlichen Wandel und der zunehmenden Mobilität angepasst werden muss.

Wir bitten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Stellungnahme mutig und mit offenem Blick nach vorne zu würdigen und danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Standpunkte.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Peterhans  
Vize-Präsident

Gian Carlo Pescio  
Sekretär

Consultation ouverte au sujet du

**Rapport explicatif du 17 juin 2022 et de l'avant-projet de loi de la Commission des affaires juridiques du Conseil national**

pour mettre en œuvre l'initiative parlementaire Stamm 17.523<sup>1</sup>

**Prise de position de la Faculté de droit de l'Université de Genève**

**I. Remarques préliminaires**

- Le but du droit actuel, qui a supprimé le nom de famille unique afin de « garantir l'égalité de droit entre les femmes et les hommes » en incitant les femmes à conserver leur nom pendant le mariage, n'a pas été atteint. Comme l'indique le Rapport (p. 8 et 9), sous le droit actuel, les femmes mariées prennent majoritairement (« plus de deux tiers » en 2020, pt 2.4, p. 9) le nom de leur époux et abandonnent leur propre nom. A l'inverse, les hommes ne changent, dans la règle, pas leur nom en raison de leur mariage. La nouvelle réforme est donc souhaitable pour atteindre une réelle égalité de droit des hommes et des femmes mariées. Le maintien de l'art. 160 CC actuel ne paraîtrait pas défendable au nom de l'égalité matérielle. Placer formellement l'homme et la femme sur un pied d'égalité quant au choix du nom de famille, tout en promulguant une société qui reste attachée à la transmission du nom du mari, maintient dans la pratique une inégalité patronymique, qui ne respecte pas les exigences de l'art. 16 § 1 let. g de la Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes, entrée en vigueur pour la Suisse le 26 avril 1997 (CEDEF ; RS 0.108).
- Le Rapport présente de manière succincte deux solutions pour réintroduire dans le Code civil (CC) la possibilité, pour les personnes mariées, d'adopter un double nom légal (ainsi que l'abrogation proposée de l'art. 12a de la Loi sur le partenariat enregistré (LPart) et une nouvelle disposition transitoire, l'art. 37b T.fin.P-CC). Ce faisant, il se réfère surtout à la doctrine suisse-allemande et en grande partie à la doctrine antérieure ou contemporaine à la dernière réforme, entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2013. Cette approche paraît étroite. Après dix années d'application (insatisfaisante) de la loi de 2013, la réforme en cours serait l'occasion pour vérifier si d'autres aspects du droit actuel ne correspondent également pas ou plus à la perception du nom et aux attentes à ce sujet dans la société suisse actuelle.

En effet, sur la période des dix dernières années, l'évolution de la société en matière de nom paraît importante sur plusieurs plans. L'acceptance de modes de vie familial non traditionnels a grandi et l'on constate aussi une tendance à l'utilisation très libre

---

<sup>1</sup> Ci-après respectivement, Rapport, CAJ-CN et AP-CC. Cf. <https://www.parlament.ch/fr/organe/commissions/commissions-thematiques/commissions-caj/rapports-consultations-caj/consultation-caj-n-17-523> (19.9.2022).

des noms par les individus dans leurs relations privées et professionnelles, sans égard à la composition du nom selon l'état civil. De nombreuses femmes utilisent un seul de leurs doubles noms, le premier ou le second, portent un nom double légal ou non, mentionné ou non sur des documents officiels, écrit avec ou sans trait-d'union. Une évaluation plus large de la loi actuelle serait ainsi souhaitable.

- En particulier, deux caractéristiques du droit actuel, selon le Rapport (pt 4.2, al. 3, p. 12) ne sont pas revues, et mériteraient une réflexion à la lumière de la situation actuelle, à savoir le rôle du nom de célibataire et le nom d'alliance.

Le nom de célibataire est, depuis 2013, le seul nom qui peut être choisi comme nom commun et le seul à être transmissible. Ce principe peut poser un problème d'identification notamment aux personnes – en règle générale des femmes – dont le mariage est en réalité un remariage et qui, avant de se remarier, portent un nom acquis lors d'un mariage antérieur avec lequel elles ont un lien affectif bien plus fort qu'avec leur nom de célibataire. Les options des art. 119 et 30a CC, leur permettant de reprendre leurs noms de célibataire, ne sont d'aucune aide dans cette situation. Le Rapport souligne, dans son point 2.4 (p. 9), l'importance du nom pour « l'identification psychologique personnelle et la représentation de soi », ainsi que pour celle de « l'appartenance familiale » de son titulaire. La réglementation actuelle soulève des questions quant au respect des droits de la personnalité (art. 28 CC) et de la sphère privée et familiale au sens de l'art. 8 CEDH. La Cour européenne des droits de l'homme reconnaît que le nom, en tant qu'élément d'individualisation principale d'une personne au sein de la société, appartient au noyau dur des considérations relatives au droit au respect de la vie privée et familiale (ACEDH Losonci Rose et Rose c. Suisse du 9.11.2010, n° 664/06, § 51). La transmissibilité des noms mériterait une nouvelle réflexion. Ceci est d'autant plus vrai que la réforme proposée (petite comme grande solution) accepte que « le nom porté jusqu'alors » fasse partie du nom officiel et remet en cause le fondement même de l'importance prise par le nom de célibataire dans la réforme entrée en vigueur en 2013.

Des remarques quant à l'articulation du nom d'alliance avec les différentes solutions et variantes proposées dans le Rapport figurent ci-dessous (II.a et b), mais une réflexion plus générale mériterait d'être entreprise sur le maintien de ce nom extra-légal, car il n'est ni conféré ni défini dans la loi, tout en étant semi-officiel, par sa mention sur des documents officiels importants. Quelle est sa finalité notamment, mais pas seulement, en parallèle avec des doubles noms légaux, au choix avec un trait d'union ?

- Comme l'indique le Rapport (p. 4.10, p. 19), les textes légaux présentés seront encore à compléter notamment à l'égard des modifications de l'OEC (cf. art. 8c, 12, 14a, 18 et 21), voire d'autres normes. Si le nom d'alliance est maintenu, il paraîtrait souhaitable, vu la pratique non uniforme à son égard, d'en introduire une définition dans l'OEC, voire dans la LDI, étant rappelé que le droit du nom fait par essence partie du droit des personnes régi par le Code civil et l'OEC.

## II. Commentaires des dispositions légales proposées

Les commentaires ci-après traitent, dans l'ordre des dispositions du projet, sous a. la 'petite' solution, et sous b. la 'grande' solution et ses variantes ; des remarques concernant les deux solutions et les éléments manquants dans le projet de loi seront faites sous c.

### a. Petite solution

- Art. 160 al. 2 AP-CC : cette disposition prévoit que le double nom légal de l'époux qui aura changé de nom sera composé du nom d'avant le mariage *suivi* du nom commun, qui est nécessairement le nom de célibataire du conjoint.
  - o Cette solution correspond essentiellement à celle de l'art. 160 al. 2 CC1988<sup>2</sup>, sauf que le nom commun pouvait alors aussi être le nom que l'époux concerné pouvait avoir adopté lors d'un mariage antérieur. Il paraît souhaitable d'assouplir cette règle, comme déjà discuté sous I., pour respecter les droits de la personnalité (art. 28 CC) et à la sphère privée et familiale (art. 8 CEDH) des personnes divorcées et veuves remariées.
  - o Cette règle crée une inégalité de traitement entre les couples mariés après et avant l'entrée en vigueur de la présente réforme. Les premiers devront opérer ce choix irrévocable (sauf à passer par une modification du nom au sens de l'art. 30 CC) avant leur mariage (Rapport p. 20, dernier paragraphe), alors que les seconds pourront bénéficier de l'option du double nom *en tout temps* (cf. art. 8a<sup>bis</sup> AP-T.fin. CC ; Rapport p. 21, 5<sup>e</sup> paragraphe). Il paraît souhaitable de permettre le choix *en tout temps* à tous les couples. Une différenciation selon la date du mariage ne semble pas justifiable.
- LDI : aucun changement du texte légal n'est prévu ; le nom d'alliance subsiste dans cette solution. Les doutes évoqués sous I. quant au maintien du nom d'alliance se fondent sur le constat que déjà en l'état de la législation actuelle, la confusion dans le public, mais aussi parmi les juristes, est grande au sujet des doubles noms, de leur acquisition et de leur composition. Ajouter un double nom légal aux options existantes ne fera qu'augmenter la confusion. Dans cette situation, la quasi-reconnaissance en droit du nom d'alliance paraîtra moins justifiable. Une réflexion globale sur les définitions des noms non officiels et sur leur inscription dans les documents officiels paraît nécessaire dans le cadre ou suivant la réforme du droit du nom prévue.
- Art. 8a<sup>bis</sup> AP-T.fin. CC : la formulation « juste avant » paraît relever du langage parlé ; en conformité avec les textes allemand et italien, la version française pourrait lire « ...porté avant le mariage » ou « ...porté avant la conclusion du mariage ».
- Art. 37b al. 1 *in fine* AP-LPart : la même remarque quant à la formulation que celle au sujet de l'art. 8a<sup>bis</sup> AP-T.fin. CC peut être faite.

---

<sup>2</sup> Code civil en vigueur du 1<sup>er</sup> janvier 1988 au 31 décembre 2012.

- L'art. 37b al. 1 AP-LPart ne posera pas le même problème d'égalité de traitement que pour les couples mariés (cf. ci-dessus, 1<sup>er</sup> tiret), car il ne pourra y avoir de nouveaux couples de partenaires enregistrés après l'entrée en vigueur du futur droit du nom. En d'autres termes : tous et toutes les partenaires enregistré.e.s qui le restent ont le choix de prendre un double nom légal pendant leur partenariat.
- En conclusion, la 'petite' solution présuppose l'existence d'un nom de famille commun et n'est ouverte qu'à l'époux ou partenaire dont le nom de célibataire ne devient pas le nom de famille. Elle est compliquée (l'époux dont le nom de célibataire devient le nom commun doit changer son nom s'il portait un autre nom avant le mariage) et ne permet ni aux deux époux de porter un double nom légal officiel, ni de former un nom commun à partir d'un autre nom que le nom de célibataire de l'un des époux (Rapport pt 4.2, p. 12). Elle ne réalise donc pas l'égalité parfaite des personnes mariées et continue à poser des problèmes au sujet des droits de la personnalité et du droit au respect de la sphère privée (cf. I. et II. premier tiret). S'il s'agit d'une solution minimale, elle demeure insuffisante. Sur le plan sociétal, elle paraît dépassée, comme évoqué sous I. Cette solution est à rejeter, étant précisé que le *statu quo* n'est toutefois pas une option.

### **Grande solution**

- Globalement, cette solution couvre de nombreuses hypothèses et accorde un choix accru aux personnes mariées (et aux partenaires enregistrés), ce d'autant plus que les doubles noms pourront être écrits avec ou sans trait d'union (cf. Rapport pt 4.3, p. 13 ss). Elle permettra donc une large adéquation du nom par rapport aux sentiments d'identité de nombreuses personnes mariées. Elle appelle néanmoins des remarques quant à la rédaction du texte légal et au fond des options proposées.
- **La rédaction de l'art. 160 al. 4 ch. 1 AP-CC, de la version française, doit être corrigée.** Le texte indiqué ne correspond ni au texte reproduit dans le Rapport (p. 22), ni aux textes allemand et italien (corrects), et ne fait pas de sens. Il faut lire : « ch. 1: la fiancée ou le fiancé peut déclarer à l'officier de l'état civil vouloir conserver son nom **et le faire suivre** du nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé. » Les remarques qui suivent se basent sur le texte français corrigé dans ce sens (pour le même problème concernant le double nom des partenaires enregistrés, cf. ci-dessous, art. 37b al. 2 AP-LPart).
- L'art. 160 al. 4 AP-CC vise deux hypothèses, avec l'ordre des deux noms du double nom différent pour chacune d'elles. Lorsque les deux époux ont conservé leurs noms, le nom conservé de chacun d'eux est en première position, suivi du nom du conjoint (ch. 1) ; les éventuels doubles noms des deux époux seraient dans l'ordre inverse. En revanche, lorsque les époux portent un nom commun, soit le nom de célibataire de l'un des époux, le nom porté par l'autre époux jusqu'au mariage suivrait le nom commun ; ce double nom pourrait être porté par un seul ou les deux époux. Dans la pratique, le risque de confusion des deux manières de composer le double nom semble important, car celle du ch. 2 ne correspond ni à celle du ch. 1, ni au double

nom du droit antérieur. Il est difficile de partager l'avis exprimé dans le Rapport (pt 4.3, p. 14), selon lequel ces options sont claires, même si le concept correspond à la philosophie de base de l'art. 160 CC actuel (qui toutefois n'a pas vraiment fait ses preuves). Imposer la solution du ch. 2 paraît problématique également par rapport aux personnes qui voudraient souligner leur identité forgée avant le mariage tout en évoquant celle, secondaire à leur avis, acquise par le mariage. Voir aussi ci-dessous c., en particulier 3<sup>e</sup> tiret.

- Le double nom légal comprenant un nom de famille commun pourrait s'écrire différemment pour les deux époux si seulement l'un d'eux opte pour la version avec le trait d'union (cf. art. 160 al. 4 AP-CC). Cette possibilité est à saluer respectant, elle aussi, les besoins personnels des destinataires des futures normes.
- Le problème de l'inégalité de traitement des couples mariés avant et après l'entrée en vigueur du droit nouveau, se pose aussi dans la 'grande' solution. Cf. Rapport p. 22, dernier paragraphe, p. 23, avant-dernier paragraphe, et ci-dessus I.a, 1<sup>er</sup> tiret.
- LDI : Les variantes 1 ou 2 évitent l'introduction du double nom en parallèle avec le maintien du nom d'alliance (sauf pour une exception dans la variante 2) et paraissent donc préférables à la variante 3, car elles évitent d'ajouter de la confusion et, partant, des situations difficiles à l'égard de l'état civil des personnes concernées. Toutefois, une bonne application de ces variantes exige une information préalable aux offices compétents et l'uniformisation des pratiques.
- **Art. 37b al. 2 et 3 AP-LPart : La formulation de l'al. 2** posant le même problème que celle concernant l'art. 160 al. 2 ch. 1 AP-CC, elle **doit être corrigée**. Il s'y ajoute que la formulation de l'al. 3 de la version française est incomplète et doit également être corrigée, cf. « **celui-ci** » et non « celui ». Voir aussi Rapport pt 5.3, p. 25.
- Art. 37b al. 2 et 3 AP-LPart : même corrigées et complétées, ces règles appellent les mêmes remarques que par rapport aux ch. 1 et 2 de l'art. 160 al. 4 AP-CC. Les doubles noms seraient composés différemment selon que les époux ont conservé leurs noms ou portent un nom commun. Les remarques faites ci-dessus au 2<sup>e</sup> tiret s'appliquent aussi à la situation des partenaires enregistrés concernés.
- Comme pour les couples mariés, la possibilité pour les deux partenaires, sur la base de l'art. 37b AP-LPart, de porter des doubles noms différents (ordre des noms, traits d'union) est à saluer car elle permet à chaque partenaire enregistré de prendre le nom qui correspond le mieux à son identité (sous réserve de l'ordre imposé aux couples ayant opté pour un nom commun).
- En conclusion, la 'grande' solution règle un nombre de cas concrets supérieur à la 'petite solution' et satisfera donc un cercle de personnes plus large, diminuant d'autant le risque d'actions devant la justice, ce qui paraît souhaitable. Les solutions proposées restent néanmoins contraignantes par les règles particulières qui empêchent un choix libre des combinaisons des noms des époux et partenaires enregistrés. Ces règles sont source de confusion pour les personnes concernées, les

offices de l'état civil et la population en général, surtout si le nom d'alliance est maintenu en parallèle. Par ailleurs, les contraintes des règles proposées laisseront encore des attentes de certains destinataires insatisfaites. Un choix plus libre mériterait réflexion, cf. ci-dessous c.

### **c. Commentaires concernant les deux solutions et leurs lacunes**

- La réforme du droit du nom est à saluer. La réintroduction d'un double nom légal correspondra à la volonté de nombreuses personnes mariées et éliminera la faute d'appréciation à la base du droit actuel à l'égard du nom des femmes mariées. Considérant le nombre de cas réglés par les deux solutions et leurs modalités, seule la 'grande' solution paraît répondre aux buts de l'initiative.
- Le futur droit du nom aboutira, par l'effet de la loi ou des décisions des époux, à des situations où les époux ne porteront pas le même double nom (ordre des noms, trait d'union), ce qui est à saluer au nom du respect de l'individualité de chaque destinataire de ces normes. Le Rapport le souligne d'ailleurs à raison dans les développements au point 4.3 (p. 13). La 'grande' solution devrait diminuer le risque d'actions devant la justice de personnes qui considèrent leurs droits de la personnalité et au respect de la sphère privée violés par la loi, sans toutefois éliminer ce risque complètement.
- Les propositions pourraient toutefois aller plus loin pour satisfaire les besoins identitaires de destinataires de ces normes. En l'état, le texte légal proposé reste contraignant, en prescrivant avec précision la composition des deux noms à combiner selon l'option applicable. Mettre le nom d'avant le mariage après le nom commun du couple, même si cela correspond à la logique de la loi adoptée il y a onze années, peut toujours ne pas correspondre au sentiment d'une personne mariée par rapport à son identité. Il en va de même de l'ordre des noms lorsque les époux ont conservé leurs noms. La question se pose alors de déterminer si la réforme, qui implique déjà et le fera encore davantage de coûts et nécessitera des changements importants des pratiques en matière de nom, ne doit pas aller un pas plus loin et permettre le libre choix dans la composition des deux noms des personnes mariées et des partenaires enregistrés dans l'ordre déterminé par chacun d'eux, avec la possibilité de lier les deux noms par un trait d'union<sup>3</sup> ? La loi, plus compréhensible, satisferait un plus grand nombre de personnes concernées que le projet et simplifierait grandement la tâche de l'officier de l'état civil. La transmissibilité des noms mériterait alors encore davantage une nouvelle réflexion cf. *supra* remarques préliminaires, à mener le cas échéant dans un deuxième temps.
- Le maintien du nom d'alliance, en parallèle à un double nom légal écrit de manière identique, comporte le risque d'augmenter la confusion entre ces deux types de nom. Une solution semblable à celle pour le partenariat enregistré pourrait s'avérer utile :

---

<sup>3</sup> Voir pour des textes légaux offrant un choix plus large, p.ex. en droit allemand, § 1355 (4), (5) BGB, et en droit autrichien §§ 93 ss ABGB. Voir aussi une proposition de texte dans Baddeley M., Le droit du nom suisse : état des lieux et plaidoyer pour un droit « libéré », FamPra.ch 3/2020, 613 ss, 641.

dès l'adoption de la loi qui permet un double nom légal (avec ou sans trait d'union), de nouveaux noms d'alliance ne seraient plus acceptés. Pour ne pas prêter les personnes qui, par le passé, ont opté pour un nom d'alliance inscrit sur leurs documents officiels, une solution transitoire dans le sens de l'option 2 de la 'grande' solution (cf. Rapport pt 4.7, 2<sup>e</sup> tiret, p. 18) pourrait être envisagée, excluant toutefois l'adoption par ces personnes d'un double nom légal en plus.

- Si le nom d'alliance est maintenu, sous une forme ou une autre, plus de précisions seraient souhaitables quant à la définition de ce nom, sa composition et sa relation avec les autres noms qui peuvent être inscrits sur les documents officiels.
- Enfin, il est à regretter que ce projet de révision de la loi ait été reporté de deux ans.

Au nom de la Faculté de droit, Genève, le 7 octobre 2022

Prof. Margareta Baddeley et Prof. Marie-Laure Papaux van Delden



UNIL | Université de Lausanne  
Faculté de droit, des sciences criminelles  
et d'administration publique  
bâtiment Internef  
1015 Lausanne

**Philippe Meier**  
**Docteur en droit et avocat**  
**Professeur ordinaire (Chaire de droit civil)**  
**Ancien Vice-doyen et Directeur de l'École de droit**  
E-mail: philippe.meier@unil.ch  
Tél.: +4121 692 28 30 / Fax: +4121 692 28 35

Conseil national  
Commission des affaires juridiques

*Par e-mail rk.caj@parl.admin.ch*

Lausanne, le 4 octobre 2022

**IP 17.523 - consultation**

Madame la Présidente,  
Mesdames et Messieurs les membres de la Commission.

L'Université de Lausanne, par l'intermédiaire de la Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique et du soussigné, vous remercie de l'avoir consultée en lien avec l'initiative parlementaire sous rubrique.

La suppression de la possibilité du double nom, au sens du droit introduit au 1<sup>er</sup> janvier 1988, avait été à juste titre critiquée par les milieux professionnels au moment de l'adoption du nouveau droit entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2013. Un recul statistique de près de 10 ans a conforté ces critiques : le législateur a mal apprécié l'usage qui serait fait par les couples des possibilités nouvellement introduites, couples qui regrettent ne plus pouvoir « marquer » leur mariage aux yeux des tiers par l'ajout du nom porté jusqu'alors avant le nom commun choisi. Il est donc très souhaitable de corriger cette erreur législative par le biais de la « petite solution » proposée dans le rapport explicatif.

La « grande solution » doit être écartée. Le système « coutumier » du nom d'alliance a fait ses preuves et est connu du public, notamment par son usage dans certains documents administratifs. En faire la base d'un nouveau droit du nom n'est pas nécessaire, le droit actuel (avec la réintroduction du double nom au sens de la « petite solution ») suffit. Les révisions de cette matière depuis 20 ans ont montré combien il était opportun d'en rester à des solutions simples et compréhensibles.

Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique  
[Centre de droit privé](#)

La multiplication des options évoquées dans la « grande solution » (sur l'ordre et le choix des noms) aboutit à un véritable libre-service, confus et inutile, ne répondant par ailleurs pas à un besoin social évident. Dans ce domaine, qui touche directement aux éléments d'identification de l'individu et à son statut d'état civil, il ne saurait à nos yeux être question d'une « privatisation » ou d'une « contractualisation », qui conduirait à devoir ouvrir toutes les options imaginables.

Si le législateur voulait réfléchir à la question du double nom, il devrait le faire prioritairement pour les enfants mineurs. Beaucoup de parents ne comprennent pas l'obligation d'un nom unique même lorsqu'eux-mêmes n'ont pas changé de nom au mariage. Bien qu'elle puisse rompre avec une longue tradition, la faculté pour des enfants de porter un double nom (dont il y aurait lieu de déterminer la composition dans la loi) pourrait dès lors mériter un examen dans un deuxième temps. La Commission l'a écarté pour l'heure.

Le projet n'appelle pas d'autres commentaires de la part de notre Faculté.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les Commissaires, à notre considération distinguée.

Pour la Faculté de droit, des sciences criminelles  
et d'administration publique de l'Université de Lausanne

*Philippe Meier*

Prof. Dr Philippe Meier, av.



**Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED)**  
**Association suisse des services des habitants (ASSH)**  
**Associazione svizzera dei servizi agli abitanti (ASSA)**  
**Associazioni svizra dals servetschs als abitants (ASSA)**

Per E-Mail  
eazw@bj.admin.ch

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

Winterthur/Zofingen, 07. Oktober 2022

## **Vernehmlassung zur Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Eheschliessung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen gerne unsere Anmerkungen zukommen:

Der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) begrüsst im Grundsatz die Revision des geltenden Namensrechts. Dabei unterstützt der VSED die «grosse Lösung», welche beiden Ehegatten erlaubt, den Namen voranzustellen und somit als zeitgemässere Variante beurteilt wird. Die «kleine Lösung» würde eher eine Rückkehr zu früheren Regelungen bedeuten, welche vor dem aktuellen Recht in Kraft waren.

Für die Umsetzung in der Praxis werden genaue Definitionen benötigt, bei welchen Namen es sich um amtliche Namen und bei welchen Namen es sich nur um Allianznamen handelt, die im Alltag verwendet und in den Ausweisen wie auch im Einwohnerregister geführt werden können.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Einwohnerdienste

Carmela Schürmann  
Präsidentin

Corinne Schär  
Sekretärin

Präsidium Carmela Schürmann, Leiterin Einwohnerkontrolle Stadt Winterthur,  
Pionierstrasse 7, 8403 Winterthur, Tel. 052 267 57 53, carmela.schuermann@win.ch

Sekretariat Corinne Schär, Leiterin Einwohnerdienste Zofingen, Kirchplatz 26, 4800 Zofingen  
Tel. 062 745 71 41, corinne.schaer@zofingen.ch